Nr. 245.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Vorort-Ausgabe

22. Jahrg.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

A. E.-G.-Professoren.

Das Ingenieurpersonal der Elektrizitätsfirmen hat in den letzten Wochen viel von sich reden gemacht. Ingenieuren war während der Aussperrung und des Streiks in der Elektro-Industrie die Rolle zugeteilt worden, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Wäre den Herren einigermaßen klar gewesen, wie kläglich zumeist auch ihre Lage ist, in welcher beschämenden Abhängigkeit vom allmächtigen Unternehmertum auch sie sich befinden, so hätten sie sich vielleicht nicht ganz so willig gezeigt, ihren „Brotherren" aus der Patsche zu helfen. Aber zu solcher Erkenntnis läßt die meisten ihr „Standesbewußtsein" nicht kommen — und eben deshalb geben sie sich dazu her, an den Kesseln und Maschinen Arbeiterdienste zu verrichten, die ihnen sonst als ganz und gar nicht „standesgemäß" gelten.

Unter welchen Bedingungen und mit welchen Aussichten man bei diesen Firmen als Ingenieur eintreten kann, das hat ein Prozeß gezeigt, der gerade jetzt vor dem Gewerbegericht von einem Ingenieur X. gegen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft geführt worden ist. Interessant ist schon, wie dieser Herr X., als er die Technische Hochschule in Charlottenburg nach Absolvierung seiner Studien mit dem Ingenieurdiplom verließ, just auf die A. E.-G. fiel oder, richtiger gesagt, hineinfiel. Am „Schwarzen Brett" der Technischen Hochschule hatte er ein Plakat der A. E.-G. gefunden, das ungefähr folgenden Wortlaut hatte: „Für unsere Abteilung für Zentralstationen suchen wir mehrere junge Ingenieure, die ihr Diplomexamen mindestens mit „gut" bestanden haben und gute Kenntnisse im Maschinenbau, Elektrotechnik, im Englischen und Französischen besitzen, zu guten Bedingungen und glänzenden Aussichten." Das klang zwar ein bißchen nach Marktschreierei, aber das Plakat trug die vertrauenerweckende Unterschrift des Professors Dr. Klingenberg, seines eigenen Lehrers an der Hochschule. Hier wird mancher fragen, wie denn die Unterschrift des Professors unter ein Plakat der A. E.-G. kommen konnte. Ja, Herr Professor Klingenberg ist eben ein vielseitiger Mann, der sich an dem Amt eines Lehrers der Technischen Hochschule nicht genügen läßt, sondern zugleich auch den Dienst eines Direktors der A. E.-G. versieht. Unkundige meinen vielleicht, daß eine einzelne Person unmöglich zwei so verschiedenartige Posten ausfüllen könne, ohne in einen Konflikt der Interessen zu geraten. Aber Herr Direktor Professor Klingenberg kann's. Als Hochschullehrer bildet er Ingenieure aus, als Fabrikdirektor wirbt er Ingenieure an — warum sollte da nicht das eine zum anderen passen!

Herr X., der junge Diplomingenieur, erwog die Versprechungen des Direktors und machte dann dem Professor seine Aufwartung. Dieser eröffnete ihm, zu den „guten Bedingungen" gehörte eine sechsmonatige Probezeit ohne Gehaltszahlung und die „glänzenden Aussichten" nach etwaiger Anstellung beständen in einem Monatsgehalt von zunächst 150 Mark. Weitere Verhandlungen führten zur Ermäßigung der Probezeit auf drei Monate, und X. trat zum April bei der A. E.-G. ein. Nachdem er ein paar Monate gearbeitet, fragte er an, ob man ihn anstellen wolle. Man sagte ihm, er sollte sich gedulden, und X. arbeitete — immer noch ohne Gehalt — weiter. Als er wieder und wieder mahnte, kam heraus, diese Abteilung könne ihn nicht anstellen, er müsse in eine andere Abteilung hinein und solle dort 120 M. kriegen, obwohl das Anfangsgehalt der Ingenieure nur 100 Mark betrage. X. bestand auf den früheren Abmachungen, aber die Verhandlungen endeten damit, daß er im August kurzerhand entlassen wurde, ohne bisher einen Pfennig Gehalt bekommen zu haben. Warum? Vor dem Gewerbegericht, bei dem er sein Gehalt für Juli-September einklagte und die Forderung einer Gehaltszahlung für April-Juni hinzufügte, erfuhr er, daß er sich gegen einen der Direktoren „unangemessen" benommen habe, als er auf endliche Anstellung drang. Im ersten Termin scheiterte der Versuch, eine Einigung herbeizuführen, im zweiten Termin aber ist jetzt dem Kläger eine Entschädigung nur für die Zeit vom 1. Juli bis zum Tage seiner Entlassung zugebilligt worden. Das „unangemessene" Verhalten wurde als erwiesen angesehen, daher sei die Entlassung gerechtfertigt. Die Meinung des Klägers, es verstoße gegen die guten Sitten, junge Leute durch ein vom Direktor Professor Klingenberg unterzeichnetes Plakat zum Eintritt bei der A. E.-G. zu ermuntern und ihnen dann eine dreimonatige Probezeit ohne Gehalt zuzumuten, wurde vom Gericht nicht geteilt. Sein Anspruch auf Gehalt für diese drei Monate wurde zurückgewiesen.

Ueber die Formen, die bei der A. E.-G. für den Verkehr zwischen Direktoren und Ingenieuren als „angemessen" gelten, können wir kein Urteil haben. Wundern müssen wir uns aber darüber, daß X. nicht wenigstens am 1. Juli und gegen Gehalt von 150 M. angestellt wurde, wie es ihm versprochen worden war. Warum behielt man ihn noch bis in die zweite Hälfte des August, warf ihn dann hinaus und ließ sich wegen des Gehaltes verklagen? Die A. E.-G. machte vor dem Gewerbegericht ganz sonderbare Einwendungen. X. sei als Volontär beschäftigt worden, der wegen mangelhafter Leistungen ohne Entschädigung entlassen werden könne, und er habe in der Tat mangelhafte Leistungen geboten. Demgegenüber behaupteten X., seine unmittelbaren Vorgesetzten hätten ihm ihre Befriedigung ausgesprochen, und man habe ihm sehr bald wichtigste Arbeiten übertragen, die technische Korrespondenz für große Anlagen in Kiew, Baku, Haag, Brüssel usw., die Projektzeichnung für eine Anlage im Berliner Kaiserschloß, die Anfertigung großer Submissionsofferten usw. Es klingt allerdings merkwürdig, daß die A. E.-G. solche Aufgaben einem „Volontär" überlassen haben sollte, dessen Leistungsfähigkeit erst noch zu erproben war und sich angeblich dann als „mangelhaft" erwies.

Doch uns interessieren an diesem Streit weniger die Mitteilungen über Geschäftsinterna der A. E.-G. Lehrreich könnte er sein durch das Schlaglicht, das er auf die „Bedingungen" und „Aussichten" wirft, die den jungen Ingenieur erwarten, wenn er dem Rufe Klingenbergs folgt und bei der A. E.-G. eintritt. Aber eine Nutzanwendung wird aus diesem Schicksal eines Ingenieurs der A. E.-G. schwerlich gezogen werden. Die A. E.-G. wird nach wie vor in der Technischen Hochschule ihre Plakate anheften, die der Direktor Professor Klingenberg unterzeichnet. Nach wie vor wird sie „gute Bedingungen" und „glänzende Aussichten" verkünden und hinterher lange Probezeit ohne Entschädigung und nach endlicher Anstellung karges Gehalt anbieten. Nach wie vor werden sich auch Leute finden, die solche Bedingungen und Aussichten für gut und glänzend halten und darauf eingehen. Und wenn es dann bei der A. E.-G. und ihren Schwesterfirmen wieder mal zu einem Lohnkampf der Arbeiter mit nachfolgender Aussperrung kommt, werden wieder die Ingenieure in die Arbeiterbluse schlüpfen und Arbeiterdienste tun, auf daß das Kapital Herr bleibe und die Arbeit Knecht. Es gibt doch immer noch dankbare Menschen!

Für die Intimitäten des modernen Kapitalismus ist diese persönliche Verschmelzung von Professor und Agent privater Gewerbsgesellschaften höchst belehrsam. Längst sind die guten alten Zeiten vorbei, wo der Kapitalismus nur moralisch und indirekt die Männer der Wissenschaft beeinflußte. Der moderne Kapitalismus wirft die Larve ab und verwandelt die Intellektuellen in unmittelbare Angestellte, in Interessenagenten des Kapitalismus. Schon ist uns der Parlamentarier eine vertraute Gestalt geworden, der im hohen Hause um des „Allgemeinwohles" willen Zuckergesetze durchzubringen sucht, während er daheim Interessent von Zucker-Aktiengesellschaften ist. Der Uebergang von Staatsbeamten in private Unternehmungen ist namentlich in Preußen ein bereits durchaus gewöhnlicher Weg, um den staatlichen Einfluß mit der Erringung eines höheren Einkommens zu vereinigen. Auch der Wohltäter der Menschheit, der zur angeblichen Heilung von Volksseuchen wundertätige Mittel erfindet und doch in Wirklichkeit nur ein Gelehrter irgend welcher Farbwerke ist, gehört in dieses Gebiet. Der Gelehrte wird immer mehr zum bloßen Anreißer privatkapitalistischer Profitrücksichten. Selbst bei altassyrischen Ausgrabungen und Spekulationen über den Ursprung und die Beziehungen der biblischen Offenbarung ist man nicht mehr sicher, wie weit die Deutsche Bank und die Bagdadbahn bei diesen wissenschaftlichen Reklamevorträgen beteiligt ist.

Der Professor aber, der an einer staatlichen Anstalt voraussetzungslose Wissenschaft lehrt und gleichzeitig willige und billige Arbeitskräfte für das Unternehmen anwirbt, in dem er Direktor ist, vollendet im gewissen Sinne diese Verschmelzung von Kapitalismus und Wissenschaft. Die Gelehrten spielen in der modernen Kultur nur noch die Rolle eines unbeträchtlichen Postens im Handlungsunkosten-Konto!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Der Reichsverband der Prahlhänse!

Das Ungefähr hat enthüllt, daß der famose Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aufgebaut ist auf der schmählichsten Skrupellosigkeit, die nur je im deutschen politischen Leben existiert hat. Der Reichsverband hat die Parole ausgegeben, er wolle „alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie einigen". Das jüngst veröffentlichte Schreiben des Vertreters des Verbandes Dr. Bovenschen hat in unübertrefflicher Art gezeigt, was man unter „alle bürgerlichen Parteien" versteht. Zwar will man auch bei wohlhabenden Katholiken betteln gehen, aber die „nationalen" Gegner des Zentrums sucht man zugleich tributpflichtig für den Verband zu machen, indem man gesteht, daß die Bestrebungen des Verbandes die Möglichkeit bieten sollen zur „Zurückdrängung des Ultramontanismus". Die Blätter, welche dem Reichsverbande näher stehen, sind daher in tödlicher Verlegenheit, wie sie sich mit dieser Entlarvung ihres Schützlings abfinden sollen. Sie wissen kein Wort zu sagen über den politischen Trug, dessen der Verband soeben überführt ist. Die Zentrumspresse dagegen ist höchst befriedigt, daß der Reichsverband sich nunmehr selbst verraten hat. Die „Kölnische Volkszeitung" erklärt: „Die Katholiken, die sich bis heute von ihrer aufrichtigen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie haben verleiten lassen, dem Reichsverbande beizutreten, werden mit der Erkenntnis, daß man sie nur zum Drehen des für ihren eigenen Hals bestimmten Strickes verwenden will, natürlich nichts eiligeres zu tun haben, als ihren Austritt zu erklären." Spottend fügt das Zentrumsblatt hinzu, der Reichsverband solle ehrlich den Titel umändern in Reichsverband „zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Ultramontanismus". Freilich es hat nicht erst des selbstverräterischen Schreibens bedurft, um zu erkennen, wes Geistes Kind der Reichsverband ist. Man weiß, daß der Ausschuß des Verbandes sich ausschließlich zusammensetzt aus konservativen und scharfmacherisch-nationalliberalen Reaktionspolitikern. Neben den Arnim-Muskau, Dirksen, Tiedemann, Zedlitz-Neukirch und Manteuffel-Krossen zählen zum Ausschuß Nationalliberale von der Sorte der großindustriellen Arbeiterfeinde a la Hilbck-Dortmund u. a. Man konnte also längst wissen, in wessen Interesse die Einigung „aller bürgerlichen Parteien" gegen die Sozialdemokratie geschehen sollte.

Immerhin ist es einigermaßen interessant, auch die sonstige Tätigkeit des Reichsverbandes im Auge zu behalten. Uns strömen fast täglich bald aus Berlin, bald aus Provinzstädten zahlreiche Briefe zu, welche der Reichsverband entsandt hat, so daß wir stets recht genau orientiert sind über alles, was die Herrschaften um Liebert und Bovenschen planen. Es liegt unter den mannigfaltigen Drucksachen, die der Verband versandt hat, ein „Tätigkeitsprogramm" vor, in dem einige Angaben enthalten sind, die auch unsere Parteigenossen interessieren können. Es wird darin mitgeteilt:

> Der Verband habe bis jetzt über 20 verschiedene Flugblätter und Flugschriften veröffentlicht, von denen teils bei Wahlen, teils bei sonstigen Gelegenheiten mehrere Hunderttausende verbreitet seien. Ferner gibt der Verband eine „Korrespondenz" heraus, die allwöchentlich an mehrere hundert deutsche Zeitungen unentgeltlich versandt werde; bisher hätten sich etwa 825 Zeitungen bereit erklärt, die Aufsätze der Korrespondenz regelmäßig abzudrucken. Auf der Geschäftsstelle in Berlin sei, um den „geistigen Kampf" gegen die Sozialdemokratie zu erleichtern, eine Bibliothek aufgestellt worden, die alle Veröffentlichungen der Sozialdemokratie sowie alle Schriften über und gegen die Sozialdemokratie enthalten soll. Auch ein Archiv sei von der Geschäftsstelle angelegt worden, in dem alle Zeitungsausschnitte, die die Sozialdemokratie betreffen, gesammelt und geordnet werden. Für die gesamten Arbeiten auf diesem Gebiete wolle also der Reichsverband die Zentralstelle bilden, wo das gesamte Material geordnet und allen Mitgliedern, Ortsgruppen, angeschlossenen Vereinen, Reichstags-Abgeordneten usw. je nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden soll.
>
> Eine weitere Aufgabe des Verbandes sei die Errichtung von Rechtsauskunftsstellen an allen hierzu geeigneten Orten. Weiter stehe bevor die Herausgabe eines Handbuches, „in dem alle diejenigen Schlagwörter, die man von sozialdemokratischen Rednern in Versammlungen zu hören bekommt, aufgeführt und unter Beifügung des einschlägigen Materials widerlegt werden sollen."
>
> Zur Ausbildung von Rednern sei eine Rednerschule ins Leben gerufen. Vom Herbst an sollen in größerem Umfange Vortragsreisen der Redner stattfinden, welche die Aufgabe haben, in öffentlichen Versammlungen das „Irrige und Verhängnisvolle der sozialdemokratischen Lehren nachzuweisen".

Es ist nicht erstaunlich, daß der famose Verband vermittels einer immensen Agitation eine größere Zahl von Vereinigungen um sich zu gruppieren sucht und seine Mitgliederzahl steigert. Bei der Unfähigkeit, deren die Konservativen und Nationalliberalen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sich selbst bewußt sind, ist es begreiflich, daß man es zur Abwechselung mit der neuen Flagge versucht. Diese Tatsache steigt aber den Leitern des Verbandes dermaßen in den Kopf, daß sie durch ihre Tätigkeit die Sozialdemokratie bereits zurückgedrängt sehen und für die nächsten Reichstagswahlen eine furchtbare Niederlage unserer Partei verkünden.

Ueberall kehrt in den Drucksachen der Prahlhänse die Vorspiegelung von den „besorgten Stimmen aus dem Lager der Sozialdemokratie" wieder. Man bläht sich auf, als sei man ein gefürchteter Gegner, um also reichliche Bettelgroschen anzulocken. Nun soll es ganz gewiß nicht unsere Sache sein, jemals einen Gegner zu unterschätzen. Doch jene Besorgnis, deren der Verband sich rühmt, wäre schon darum eine ausgemachte Torheit, weil gerade die Gründung dieses Reichsverbandes den Beweis für die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien erbringt, durch selbständige Politik gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu können. Und die Mittel, die der Verband aufwenden will, stellen sich entweder nur als eine Zentralisierung jener blöden Methoden der Sozialistenbekämpfung dar, die schon stets geübt wurden und niemals Erfolg hatten, oder aber sie sind uns besonders willkommen wie die Ankündigung, daß die Redner des Verbandes mit uns in öffentlichen Versammlungen diskutieren sollen. Wenn der Verband hiermit die Wahrheit ankündigt, so wird er mit seinen Prahlereien bald am Ende sein. —

*

Aus Mainz wird gemeldet: Der Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Bovenschen, hat gegen den verantwortlichen Redakteur Hitzler der „Mainzer Volkszeitung" wegen Beleidigung durch Veröffentlichung eines Artikels Klage erhoben.

Der Reichsverband erreicht also auch bereits die übelste Gewohnheit der rückständigsten Presse, den „geistigen Kampf" gegen die Sozialdemokratie als Beleidigungsklage vor dem Kadi auszufechten. Es dürfte ganz lohnend sein, daß die soeben enthüllten Praktiken des Verbandes an Gerichtsstelle gründlich geprüft werden! —

Von Pontius zu Pilatus.

Der Reichskanzler Fürst Bülow hat die Abordnung des deutschen Städtetages, die ihm einen persönlichen Besuch machen wollte, um ihm ihre Wünsche zur Linderung der Fleischnot vortragen zu können, an die Landesregierungen verwiesen, da die Reichsregierung für Maßnahmen auf diesem Gebiete nicht zuständig sei. Nun besteht aber, worauf wir eindringlich verweisen möchten, ein vollkommener Widerspruch zwischen dieser Aeußerung des Reichskanzlers und einer vor einigen Wochen erteilten Auskunft des württembergischen Ministers des Innern, Herrn v. Pischek. Dieser empfing am 11. September den Obermeister der Stuttgarter Fleischerinnung und erklärte ihm gegenüber (siehe „Vorwärts" vom 15. September), daß für die Frage der Oeffnung der Grenzen ausschließlich der Bundesrat zuständig sei. Es besteht also zwischen der württembergischen Regierung und der Reichsregierung eine so schwerwiegende Meinungsdifferenz über die beiderseitigen Rechte in einer für die deutschen Staatsbürger eminent wichtigen Frage, daß eine Entscheidung darüber, wer von beiden recht hat, schleunigst herbeigeführt werden muß. Es geht unmöglich an, daß die deutschen Regierungen jene Millionen Steuerzahler, die durch ihre Vertreter auf Oeffnung der Grenzen antragen, beliebig von Pontius zu

Pilatus schicken können, damit sie sich dann von beiden die drückebergerische Auskunft holen, daß weder Pontius noch Pilatus zuständig seien.

Außerdem besteht aber zwischen dem Fürsten Bülow und Herrn v. Pischek noch eine wesentliche materielle Differenz in der Ansicht, die sie über die Zweckmäßigkeit der Grenzöffnung selbst haben. Fürst Bülow ist ja nicht nur Reichskanzler, sondern er repräsentiert auch eine „Landesregierung". In dieser Eigenschaft könnte er nach seiner eigenen Entscheidung über die Kompetenzfrage zwar eingreifen, aber er tut es nicht, sondern läßt den „Ressortminister", der die Grenzen nicht öffnen will, ungehindert schalten und walten. Das würde zweifellos nicht der Fall sein, wenn Herrn v. Podbielskis sachliche Beurteilung der Frage mit der des Kanzlers nicht übereinstimmen würde. Der Schluß ist also nicht unberechtigt, daß Fürst Bülow gegen jede Oeffnung der Grenzen überhaupt ist. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Herr v. Pischek diese Frage am 11. September dahin beantwortet hat: die Oeffnung der Grenzen gegenüber Italien und Oesterreich könne er zwar nicht empfehlen, wohl aber kämen für eine Oeffnung der Grenzen Dänemark, Holland und Frankreich in Betracht!

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungsmännern sind also sowohl in formeller wie materieller Hinsicht sehr erheblich und es wird anzunehmen sein, daß auch der Vorstand des deutschen Städtetages bei der Beschlußfassung über weiter von ihm zu verfolgende Maßnahmen diese Differenzen in den Kreis seiner Erwägungen ziehen wird. —

Freisinnige und nationalliberale Phrasendrescher haben in den letzten Tagen in der bayerischen Abgeordnetenkammer viele und lange Reden vom Stapel gelassen, in denen sie nicht genug betonen konnten, wie aufrichtig sie es damit meinen, dem Volke ein möglichst freies und gerechtes Wahlrecht zu verschaffen. Zu diesen schönen Reden liefern die liberalen Gemeindeverwaltungen die treffendsten Illustrationen: überall, wo der Liberalismus in der Gemeinde die Mehrheit hat, sucht er seine Klassenherrschaft durch möglichst reaktionäre Gestaltung des kommunalen Wahlrechts zu erhalten. Ein bekanntes Beispiel hierfür bietet Nürnberg. In der Nachbarstadt Fürth schickt man sich nun auch zu einem kleinen Wahlrechtsraub an. Dort wird bei der Gemeindewahl das System der Bezirkswahlen angewendet, das jetzt die Liberalen wieder beseitigen wollen, um an seine Stelle die Listenwahl zu setzen, wodurch jede Minderheit mundtot gemacht würde. Interessant ist die Begründung, die man für einen solchen Schritt anführt. Bei der letzten Wahl hatten die vereinigten Liberalen 3400, die vereinigten Sozialdemokraten und Demokraten 2800 Stimmen. Bei der Listenwahl hätten die Liberalen sämtliche 14 Sitze errungen, während die Sozialdemokraten und Demokraten vollständig leer ausgegangen wären. Die Liberalen behaupten nun, die Wiedereinführung der Listenwahl wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit, da hierbei die Mehrheit den ihr gebührenden Ausdruck finden würde. Man rechnet darauf, daß auch die „Demokraten", die bei der kommenden Wahl mit den Liberalen zusammengehen, diesen Wahlrechtsraub mitmachen werden.

Vor und nach der Wahl.

Der kürzlich im Wahlkreis Essen zum Reichstags-Abgeordneten gewählte ultramontane Arbeitersekretär Giesberts hat mit Rücksicht auf die in diesem Wahlkreis vorherrschende Arbeiterbevölkerung vor der Wahl allerhand Versprechungen gemacht, die zu der bisherigen Praxis des Reichstagszentrums in Widerspruch stehen. Das macht natürlich gar nichts, denn ein Zentrumskandidat darf den Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprechen, wenn er es damit nur fertig bringt, daß man ihn wählt. Wenn die Partei nach der Wahl an seine Versprechungen erinnert wird, kann man sich ja, wenn es gar nicht anders geht, auf „Mißverständnisse" hinauszureden versuchen. Oder man erklärt, der Herr Abgeordnete habe die betr. Zusicherungen „natürlich nur für seine Person" gegeben und die Partei gehe das gar nichts an. Dieses beliebte Mittel wird gerade jetzt wieder einmal in Anwendung gebracht. Herr Giesberts hatte in der Wahlbewegung unter anderem — was hat der Mann nicht alles versprochen — auch die Frage des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter behandelt und dabei ausgeführt: „Das Recht, durch berufliche Selbsthülfe an der religiösen, geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung ihres Standes in geeigneter Form selbst mitzuarbeiten, darf den ländlichen Arbeitern um so weniger vorenthalten werden, als die Landwirte selbst durch genossenschaftliche und berufliche Selbsthülfe mittels der Koalition mustergültiges geleistet und aus eigener Kraft ihre Lage verbessert haben."

Dagegen wendet sich nun mit großer Schärfe die Vereinsschrift des Rheinischen Bauernvereins. Sie bemerkt, die gesetzliche Erlaubnis, Streiks zu organisieren, dürfte den Landarbeitern nicht gegeben werden, weil dadurch „einem koalierten Berufsstande eine solche Macht verliehen wird, daß er eventuell den wirtschaftlichen Ruin anderer, großer und wichtiger Berufsstände und damit die Vernichtung großer nationaler Werte herbeiführen kann. Eine soweit gehende Koalitionsfreiheit würde den Ruin der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung im Gefolge haben".

Daß die Zentrumsbauern eine derartige Haltung einnehmen, ist ja nicht weiter verwunderlich. Aber interessant ist es, zu hören, aus welchen Gründen man erst nach der Wahl gegen Giesberts Stellung nimmt. Der „Rhein. Bauer" schreibt nämlich: **„Um nicht in irgend einer Weise einen Einfluß auf die Wahl des Herrn Giesberts auszuüben,** zumal als Gegenkandidat in erster Linie ein Sozialdemokrat in Frage stand, kommen wir erst heute, nachdem inzwischen die Wahl im Kreise Essen getätigt ist, auf die Angelegenheit zurück."

Da haben wir also das glatte Zugeständnis, daß ultramontane Agitatoren in der Wahlzeit Versprechungen machen dürfen, die die Partei nicht einzulösen gewillt ist und daß man ohne Widerspruch solche Versprechungen machen läßt, um eine Wahl nicht zu gefährden.

Das nennt man dann auch politische Moral! —

Aus Südwestafrika.

Mehreren Blättern in Kapstadt wird bestätigt, daß die Hottentotten in den letzten Tagen in Deutsch-Südwestafrika 47 deutsche Soldaten niedergemacht und 15 Wagen erobert hätten. Es heißt, Hendrik Witboi wolle jetzt nach Süden durchbrechen, um mit seinen Leuten zu Morenga zu stoßen. Der letztere hat den Deutschen mitteilen lassen, daß er die Absicht habe, mit aller Energie vorzugehen und sich nicht mehr darauf zu beschränken, in der Defensive zu verharren.

Berlin, 18. Oktober. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus gestorben: Reiter Wilhelm Grabitz, geboren 17. 11. 83 zu Loblitz, früher im 1. Garde-Regiment zu Fuß, am 11. Oktober im Feldlazarett Bethanien. —

Ausland.

Das neue Kabinett Fejervary.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht das königliche Handschreiben, durch welches Baron Fejervary auf Grund eines vom König genehmigten Programms wieder zum Ministerpräsidenten ernannt wird. Der Ministerpräsident wird gleichzeitig angewiesen, dem Könige Vorschläge für die Besetzung der einzelnen Ministerposten zu machen.

In dem Handschreiben wird darauf hingewiesen, daß es nicht gelungen sei, aus den koalierten Parteien ein Kabinett zu bilden; es müßte also für eine verfassungsmäßig verantwortliche Führung der Staatsangelegenheiten gesorgt werden, die das Zusammenwirken der gesetzgebenden Faktoren aufs neue sichere. Deshalb werde Baron Fejervary neuerdings zum Ministerpräsidenten ernannt. Das königliche Handschreiben hebt bezüglich jener Erklärungen, welche der König an die Führer der Koalition gerichtet hat, hervor, daß, in wahrem Sinne aufgefaßt, ein vollständiges Einvernehmen zwischen der Krone und der Nation bezüglich der durch die Verfassung gewährleisteten Unabhängigkeit herrsche. Das königliche Handschreiben wird in Budapest so aufgefaßt, daß es den Beginn einer neuen Periode in der Wirksamkeit des Kabinetts Fejervary bezeichnet, in dem dieses seinen interimistischen Charakter ablegt und bestrebt sein wird, sich die Majorität eventuell durch Neuwahlen zu verschaffen.

Zu dem Programm des neuen Ministeriums wird ja auch die Wahlreform gehören, ohne die jede Neuwahl von vornherein aussichtslos wäre, da nur durch die Mobilmachung der Massen etwas gegen die Koalition der Gentry ausgerichtet werden kann. Leider, so meint indes die „Wiener Arbeiter-Zeitung", scheint sich Kristoffy in den Wein des allgemeinen Wahlrechtes Wasser schütten gelassen zu haben: es verlautet nämlich, daß das allgemeine Wahlrecht durch die Pluralität „verbessert" werden soll. Und zwar soll eine Bildungspluralität statuiert werden, wonach eine bestimmte Bildung das Recht einer zweiten Stimme (also zwei Stimmen) erhalten soll. Damit wäre der Plan des Wahlreformministers von der Hofburg zu einer Halbheit entstellt worden. —

Republik oder Königreich?

Von den Monarchisten und zum Monarchismus Neubekehrten wird eifrig dafür gewirkt, daß der Storthing nun ohne weiteres zur Königswahl schreite. Die Gefahr, daß Norwegen wider den Willen der Volksmehrheit wiederum mit dem schädlichen Ballast des Königtums belastet wird, ist offenbar sehr groß. Björnson, der nun ja auch zu den Anhängern des Monarchismus zählt, schreibt in „Politiken", daß viele Männer von der Linkenpartei, im Storthing und der Regierung, darunter Führer wie Arctander, Berner, Lövland entschieden gegen das „gefährliche Experiment" seien, „gerade jetzt" die Republik einzuführen, und außerhalb der Things seien auch viele von den Besten zu dieser Ansicht übergegangen. — Nach einem Artikel in „Aftenposten" vom 16. Oktober scheint die Königswahl bei den Machern der Politik beschlossene Sache zu sein. Unter der Voraussetzung, daß König Oskars nun zu erwartende Antwort auf das Thronangebot ablehnend ausfallen wird, schreibt das Blatt:

„Unmittelbar darauf wird die norwegische Regierung das Storthing ersuchen, die Regierung zu ermächtigen, eine Aufforderung an den Prinzen Karl von Dänemark, die Wahl zum König von Norwegen anzunehmen, zu richten. Prinz Karls Antwort wird, was man Grund hat zu glauben, zustimmend sein. Sobald die Antwort eingelaufen ist, wird das Storthing zur Königswahl schreiten."

Gegen all die geheimen Treibereien und öffentlichen Agitationen, das Volk bei der Entscheidung über die Staatsform einfach beiseite zu schieben, hat sich nun im ganzen Lande eine starke und immer mehr anwachsende Volksbewegung erhoben, deren Kern nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch eine große Anzahl ehrlicher Republikaner aus dem Bürgertum bildet. Man sucht auf seiten der für die Königswahl strebenden Presse die Bedeutung des Demonstrationszuges, die, wie bereits eine Depesche meldete, am Sonntag in Kristiania die Forderung der Volksabstimmung propagierte, zu verschleiern. „Verdens Gang" zählte nur 3200 Demonstranten, ein anderes bürgerliches Blatt gab die Zahl allerdings auf 7000 an und nach „Social-Demokratens" Schätzung waren es 5000 bis 6000, was bei dem Umstand, daß die Aufforderung zur Teilnahme erst am Freitag veröffentlicht worden war, gewiß eine stattliche Zahl ist. Um die Rednertribüne aber sammelten sich 8000 Männer und Frauen. Am selben Tage wurde in der zweitgrößten Stadt Norwegens, in Bergen, eine von bürgerlichen Republikanern einberufene Versammlung abgehalten, in der 1400 Personen in einer Resolution verlangten, daß das Volk über die Staatsform entscheide. Die Königsschwärmer hatten versucht, die Versammlung zu sprengen, man hatte aber Kenntnis von ihrem Plan erhalten und ließ sie nicht hinein. Sie machten dann furchtbaren Spektakel, gegen den die Polizei machtlos war. Als sie sich ausgetobt hatten, zogen die 600 bis 700 Monarchisten nach einem anderen Lokal, hielten Versammlung ab und sprachen in einer Resolution der Regierung und dem Storthing das Vertrauen aus, daß diese Körperschaften das Land mit fester Hand in sichere staatsrechtliche Verhältnisse bringen würden. Am selben Abend fand auch eine von Bergens Arbeiterpartei veranstaltete Versammlung statt, die von 700 Personen besucht war und die einstimmig verlangte, daß das Volk gehört werde, ehe über die Staatsform entschieden wird.

Auch in vielen anderen Städten haben am selben Tage Versammlungen die gleiche Forderung, oder auch, wie in Trondhjem, wo der bekannte Schriftsteller Gunnar Heiberg sprach, die Forderung auf Einführung der Republik propagiert. —

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichischen Landtage sind Anfang dieser Woche eröffnet worden. Im mährischen Landtage zeigte schon die erste Sitzung, daß die kommende Session eine ungemein stürmische sein wird. Die tschechischen Parteien brachten einen Dringlichkeitsantrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ein, der einem Ausschuß überwiesen werden soll, der binnen vierzehn Tagen zu berichten hat. Dem Statthalter, der in seiner Eröffnungsrede eine Uebersicht über die zu beratenden Vorlagen gab, wurde entgegen gerufen: Vorerst muß das Wahlrecht erledigt werden! Uebrigens verlangten die Tschechen durch Zwischenrufe, daß der Statthalter, der den Landtag zunächst in Deutsch begrüßte, tschechisch spreche.

Noch viel stürmischer war die Eröffnungssitzung im schlesischen Landtag. Kaum war das Hoch auf den Kaiser verklungen, mit dem jeder Landtag eröffnet wird, als auf der Galerie ein starker Lärm entstand. Es ertönten Rufe auf das allgemeine Wahlrecht, das Arbeiterlied wurde gesungen und Flugblätter in den Saal geworfen. Schließlich mußte die Sitzung geschlossen werden. Während der Pause erschien beim Landeshauptmann eine Deputation der sozialdemokratischen Partei, um die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zum Ausdruck zu bringen. —

Frankreich.

Die Regierung gegen die Pariser Arbeitsbörse.

Paris, 17. Oktober. (Eig. Ber.) Die von der Pariser Arbeitsbörse ausgeschlossenen Organisationen, die Arbeitskonföderation und die Föderation der Arbeitsbörsen haben ohne Widerspruch ihre Lokale geräumt und sind in ein Privathaus übergesiedelt, das sich in nächster Nähe der Arbeitsbörsen befindet. Dorthin wurde auch die Redaktion des Gewerkschaftsorgans „Voix du Peuple" verlegt. Der reaktionären Presse genügten aber auch die neuesten Maßregeln der Seinepräfektur noch nicht. Der „Temps" hat herausgefunden, daß 18 Gewerkschaftssekretäre den antimilitaristischen Aufruf unterzeichnet haben und wenn sie dies auch nur in ihrem eigenen Namen taten, so könnte man nach der Meinung des Kapitalistenblattes doch die Gelegenheit beim Schopf nehmen und die unbequemen Gewerkschaften auflösen. So schnell schießen freilich auch die französischen Patrioten nicht. Die brutale Taktik des Präfekten, die natürlich die Zustimmung der Regierung hat, wird übrigens im Gemeinderat und wohl auch in der Kammer noch zur Sprache gebracht werden. —

Italien.

Gegen die antimilitaristische Propaganda.

Rom, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Furcht vor der antimilitaristischen Propaganda und vor der sozialistischen Agitation im Heere wächst von Tag zu Tag und verleitet die Behörden zu allerhand Dummheiten. Wenn der „Avanti" in einer Woche zweimal konfisziert worden ist, so ist das gar nichts im Vergleich zu dem Schicksal der kleinen sozialistischen Wochenzeitungen, die man durch wiederholte Beschlagnahmungen finanziell tot machen will. So ist z. B. die Florentiner Zeitung „La lotta del lavoro" (Der Kampf der Arbeit), die erst an der elften Nummer ist, bereits siebenmal beschlagnahmt worden. Was bleibt da von der Preßfreiheit noch übrig?

Aehnlich steht es mit der Versammlungsfreiheit. Fast in allen Städten wurden vorgestern die Volksversammlungen verboten, die sich mit der Fortsetzung der antimilitaristischen Agitation in und außer dem Heere beschäftigen sollten. Sie fanden als private Versammlungen — mit Einladungskarten und an einem nicht öffentlichen Ort, wie z. B. den Privatlokalen von Vereinen — statt, weil private Versammlungen nach italienischem Recht nicht verboten werden können.

In Rom, wo man sich immer am meisten herausnimmt, hatte in der Nacht vom 13. zum 14. die Polizei die Umgebung unseres Parteilokals ganz mit Polizei umstellen lassen, als stände mindestens ein Volksaufstand bevor. Als unsere Genossen trotz der Provokation friedlich nach Hause gingen, wurde in einer engen dunklen Straße eine Gruppe von ihnen von sechs Polizisten in Zivil überfallen und mit Schirmen und Stöcken angegriffen. Drei der Angegriffenen wurden verletzt. Zeuge der brutalen Szene war der Korrespondent des bürgerlichen „Messaggero", der die Heldentat zuerst in seinem Blatt zur Sprache brachte. Einige der Polizisten sind identifiziert und befinden sich im Arrest. Das geschieht pro forma. Die Lümmelei wird ihre Karriere nicht schädigen, im Gegenteil. —

Italienische Rechtspflege im Schneckentempo. Rom, 14. Oktober. (Eig. Ber.) Im Dezember 1900 war Genosse de Felice und der verantwortliche Redakteur des „Avanti", Genosse Salastri, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen Beleidigung des ehemaligen Statthalters für Sizilien, jetzigen Vizepräsidenten des Senates Codronchi. Die Beleidigung war in einem Artikel des „Avanti" gefunden worden, der die Wirksamkeit Codronchis im Jahre 1897 in Sizilien angriff. Die Verurteilten appellierten und die Appellverhandlung hat glücklich heute, vier Jahre und neun Monate nach dem Urteile der ersten Instanz stattgefunden. So lange hatten Reichsanwälte und Richter, Prozedur und juristische Haarspalterei den Prozeß hingezogen, wozu der Umstand beigetragen hat, daß de Felice inzwischen Abgeordneter geworden war. Der Appellhof konnte nichts anderes tun als die Verurteilten wegen Verjährung freisprechen! Die ungeheuren Kosten des Prozesses fallen der Staatskasse zur Last. —

Die Hetze gegen die staatliche Bahnverwaltung. Rom, den 14. Oktober. (Eig. Ber.) Es scheint wirklich, als ob die Regierung es darauf abgesehen hätte, den staatlichen Bahnbetrieb unbeliebt und unmöglich zu machen. Abgesehen davon, daß schon jetzt, kaum vier Monate seit der Verstaatlichung, ein Kompetenzkonflikt zwischen der Regierung und dem Direktor der Staatsbahnen wegen der Besetzung einer wichtigen Stellung ausgebrochen ist, geschieht von offiziöser Seite alles, um den Staatsbetrieb zu diskreditieren.

Natürlich ist dieser Betrieb durchaus nicht vollkommen, aber er ist eben so, wie wir das in Italien seit Jahren nicht anders kennen — wird er doch unterhalten mit demselben schlechten und unzulänglichen Material und demselben schlecht bezahlten und vielfach überarbeiteten Personal. Wunder kann aber der Staatsbetrieb nicht vollbringen. Aber alle, die sich sonst nicht satt loben können über die Leistungen des Staates, können jetzt nicht genug schimpfen und schreiben entrüstet über 20 Minuten Verspätung, die im Privatbetrieb unser tägliches Brot darstellten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in dieser Hetze System liegt. Dahinter stecken die Kapitalisten, die Interesse daran haben, dem Staatsbetrieb ein möglichst klägliches und schnelles Ende zu bereiten, damit die „goldenen Zeiten" des Privatbetriebes wiederkehren mögen, während deren man froh war, wenn man mit heiler Haut aus dem Zuge kam.

Dabei könnte der Staatsbetrieb unter der energischen und umsichtigen Leitung des Direktors Bianchi — der bisher Direktor der fiskalischen Bahnen war — dem Lande großen Vorteil bringen, könnte die Tarife ermäßigen und den Verkehr ungeheuer erhöhen durch Ausschaltung der kurzsichtigen Spekulation, die die Privatgesellschaften geleitet hatte. Das scheint aber einigen Interessencliquen nicht zu passen, und da sie bei der Regierung viel vermögen, sehen wir die regierungstreue Presse über den Staatsbetrieb herfallen wie Hunde über einen Hirsch. —

Dänemark.

Die Präsidentenkrise im Folkething ist am Montag erledigt worden, indem der abdankende Präsident Thomson mit 55 Stimmen von 108 wiedergewählt wurde. Indem er für die Wiederwahl dankte, gab Thomson die Erklärung ab, daß das Vorgefallene nicht als ein Präzedenzfall für das, was im Thing besprochen und nicht besprochen werden dürfe, anzusehen sei. Offenbar war er in der Fraktionssitzung der Liberalen zu dieser Erklärung genötigt worden. Nach der Handhabung der Geschäftsordnung vor und nach der Wahl zu urteilen, muß man aber befürchten, daß auch in Zukunft die Redefreiheit im Folkething in Gefahr ist. Vor der Wahl verlangte der Radikale Zahle das Wort, aber sowohl Thomson, wie auch der Vizepräsident Anders Nielsen, der dann die Wahlhandlung leitete, schlugen es ihm rundweg ab. Und als Zahle später zu Thomsons Erklärung sprechen wollte, erklärte der wiedergewählte Präsident: „Hierüber kann keine Verhandlung stattfinden" und ging zum nächsten Punkte, Fortsetzung der Budgetberatung, über. Gegen diese beispiellose Knebelung der Redefreiheit hatten die Vertreter der liberalen Regierungspartei nichts einzuwenden. —

Schweden.

Stockholm, 18. Oktober. Die Thronrede des Königs bei der Schließung der außerordentlichen Reichstagssession lautet: Es ist ein bedeutungsvoller Augenblick, in dem ich jetzt in diesem Saale meine Stimme erhebe. Die im Jahre 1814 gegründete Vereinigung zwischen den in den vorausgegangenen Jahrhunderten zersplitterten Völkern der Skandinavischen Halbinsel ist gebrochen worden, und der schwedische Reichstag hat durch den am 16. d. M. gefaßten Beschluß meinen Vorschlag bezüglich deren Auflösung gutgeheißen. Wahrhaftig, nicht ohne tiefen Schmerz sehe ich die ehemalige Trennung dieser beiden nahe verwandten Völker wieder eintreten und die Schwierigkeiten und Gefahren, welche in dem fast ein Jahrhundert alten Bündnis für immer beseitigt schienen, möglicherweise neuerlich zum Leben erweckt. Doch will ich nicht die Hoffnung unterdrücken, daß, obwohl die politische Vereinigung leider nicht länger besteht, ein dauerhafter Frieden zwischen den Völkern Schwedens und Norwegens zukünftig bewahrt werden wird zur Sicherung und zum Glück beider Nationen, und ich bin gewiß, daß eine gute Grundlage hierfür durch das Uebereinkommen mit Norwegen gelegt wurde, das beide Nationen auf meinen Antrag angenommen haben. . . . —

England.

Die englisch-französische Freundschaft. — Erstarkung des Königtums.

London, 16. Oktober. Etwa 60 Pariser Gemeinderäte mit ihrem Präsidenten an der Spitze treffen heute hier ein, um dem Londoner Grafschaftsrat einen Besuch abzustatten. Unter den Besuchern sind alle Richtungen der französischen Politik vertreten: Sozialisten, Nationalisten und Royalisten. Von den Sozialisten sind zu nennen: Paul Brousse, Henri Turot, Heppenheimer. Die Gäste verbleiben hier bis Sonnabend. Dienstag werden sie vom König in Buckingham

Palast empfangen. Mittwoch werden sie bei der Eröffnung zweier neuer Straßen, Aldweh und Kingsway, anwesend sein. —

Die Eröffnung dieser Straßen, die eine neue Verbindung zwischen dem Strand und Holborn, wird vom König vollzogen werden. Der Grafschaftsrat hat für diese Zeremonie 100 000 Mark bewilligt. Dann werden sämtliche Volksschulen an diesem Tage geschlossen sein und etwa 10 000 Kinder sollen an der Zeremonie teilnehmen. Schließlich wird der König eine Deputation der Arbeitslosen von Poplar (London-Ost) empfangen, die ihm eine Petition betreffend Arbeitslosen-Gesetze überreichen werden. Diese von Arbeitern verlangte Einmischung des Königs in die Gesetzgebung ist schon seit vielen Jahren nicht vorgekommen. Dieses Verlangen sowie die Ehrung des Königs durch den Londoner Grafschaftsrat zeigen die Erstarkung des Königtums in England, wie sie der König selbst nicht geglaubt hatte. Mit Hülfe einer künstlich gemachten öffentlichen Meinung ist Eduard VII. zu einem der populärsten englischen Monarchen geworden. Die herrschenden Klassen erblicken in dieser royalistischen Restauration ein Bollwerk gegen eine selbständige politische Arbeiterbewegung. —

Asien.

Tokio, 18. Oktober. Einer Mitteilung des Marinedepartements zufolge ist das gesunkene russische Panzerschlachtschiff „Pobieda" gestern in Port Arthur mit Erfolg flott gemacht worden. —

Afrika.

Gefangennahme englischer Offiziere durch marokkanische Banditen.

Zwei englische Offiziere von dem gestrandeten englischen Werkstattenschiff „Assistence" sind von einer marokkanischen Räuberbande gefangen genommen, aber alsbald wieder freigelassen worden, da sie den Angriff englischer Torpedoboote fürchteten.

Zu der Gefangennahme wird noch gemeldet: Die Offiziere sind inzwischen wieder freigelassen worden und in Ceuta eingetroffen. Die Räuber haben sie völlig ausgeplündert. Leute vom Anjera-Stamm schossen in der Nacht zum Dienstag auf den zwischen Venus und Ceres liegenden englischen Torpedojäger „Cherwell", wobei dessen Schornstein beschädigt wurde. Nach einer anderen Meldung schossen die Marrokkaner zwischen Ceuta und Tetuan auf vier englische Torpedojäger. —

Amerika.

Der Kampf der Argentinischen Regierung gegen die Arbeiter. Das Internationale Sozialistische Bureau zu Brüssel erhielt dieser Tage von den argentinischen Parteigenossen ein Telegramm, in welchem diese die Mitteilung machen, daß die Regierung abermals Belagerungszustand, und zwar auf drei Monate, verhängt hat. Es ist dies ein beliebtes Mittel der argentinischen Regierung, die Arbeiterbewegung niederzuknütteln. Argentinien ist ein Agrarstaat; von den 5 Millionen Einwohnern, die sich auf eine Fläche von fast drei Millionen Quadratkilometer verteilen, wohnen 42 Prozent in Städten und 58 Prozent auf dem flachen Lande. Aber auch die Stadtbewohner leben zum großen Teil von der Landwirtschaft. Während der Erntezeit sind Tausende von Arbeitern auf dem Lande beschäftigt, die nachher wieder in den Städten wohnen. Die einzige Zeit, wo die Arbeiterschaft darauf denken kann, Forderungen in bezug auf höhere Löhne usw. durchzusetzen, ist die Erntezeit. Im Jahre 1902 ging die Regierung zum ersten Male damit vor, einen großen Streik der Erntearbeiter durch die Dekretierung des Belagerungszustandes unmöglich zu machen. Da der Belagerungszustand die „absolute Aufhebung aller Garantien" mit sich bringt, sind die streikenden Arbeiter geradezu als vogelfrei erklärt. Diesmal handelt es sich um einen Streik der Hafenarbeiter und die argentinischen Genossen wünschen, daß die europäischen Hafen- und Transportarbeiter die Frage erwägen, ob nicht eine Unterstützung der Streikenden dadurch ermöglicht werden kann, daß die aus Argentinien kommenden Waren eventuell vom Transport ausgeschlossen werden. —

Die Revolution in Rußland.

Generalstreik in Petersburg.

Petersburg, 18. Oktober. (Offizielles Telegramm.) Gestern abend hat hier in zahlreichen Fabriken im Fabrikviertel der **Schlüsselburger Chaussee eine Ausstandsbewegung** begonnen. Die Arbeiter der Newskiwerft haben die Arbeit wegen der Nichtzulassung der Arbeiter zur Reichsduma niedergelegt. Die Arbeiter anderer Fabriken wurden von ihnen gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Straßenbahn in dem genannten Fabrikviertel wurde von Ausständigen (?) überfallen (?), wobei eine Frau verwundet wurde; **die Bahn mußte den Verkehr einstellen.** Militär, das zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt war, wurde von der Menge mit Schüssen und Steinwürfen empfangen, wobei ein Offizier und zwei Kosaken verwundet wurden. **Erst nach 9 Uhr abends** konnte die Ruhe wieder hergestellt und der Verkehr auf der Straßenbahn wieder aufgenommen werden. Die Gärung dauert aber auch heute noch fort. — Im Narwaschen Stadtteile hielten die Arbeiter gestern Versammlungen ab, in denen über **einen allgemeinen Ausstand** beraten wurde. Ueber denselben Gegenstand wurde auch in Versammlungen des **Eisenbahnunterpersonals** und der Eisenbahnarbeiter beraten.

Bei allen diesen offiziellen Telegrammen werden die Brutalitäten der Soldateska in schamloser Weise hinweggelogen. Man hört immer nur von verwundeten Kosaken, nicht aber von den getöteten Arbeitern.

* * *

Ein Attentat.

Riga, 18. Oktober. („Voss. Ztg.") Gestern abend fand auf der Straße ein Attentat auf den **Direktor Kritzky** von der **baltischen Waggonfabrik** statt. Kritzky wurde durch drei Schußwunden **lebensgefährlich verletzt.** Der Täter ist bisher noch unbekannt.

* * *

Studentenbewegung.

Odessa, 18. Oktober. Die hiesige Studentenschaft beschloß in einer gestrigen Versammlung, die **Vorlesungen nur dann zu besuchen,** wenn ihnen **allgemeine politische Freiheit gewährt** wird. Nach der Versammlung veranstalteten die Studenten in den Straßen eine Demonstration, ohne von der Polizei und dem ausgerückten Militär daran gehindert zu werden.

* * *

Die Wahrheit über die blutigen Tage von Moskau.

Die Berichte über die Ereignisse von Moskau weichen von einander außerordentlich ab. Der offizielle Bericht versuchte aus den ernstlichen Zusammenstößen ein paar harmlose Szenen zu machen. Ein der „Russ. Corr." in Kopie vorliegendes Dokument, nämlich die Eingabe der Administration der Philippoffschen Geschäfte an den Fabrikinspektor des 22. Reviers von Moskau, widerlegt die ganze Regierungsdarstellung. Schon aus dieser Schilderung der Ereignisse sehen wir, welch erbärmliche und verwerfliche Rolle die russische Polizei wieder einmal gespielt hat, wie sie einen Streik nach alter Manier ausgenutzt hat, um **das Blut friedlicher Menschen, die ihr ob ihrer Gesinnung unbequem sind, fließen zu lassen.**

Die Eingabe an die Behörde, die von dem betroffenen Geschäfte selbst herrührt, lautet in ihrem wesentlichen Inhalte folgendermaßen: Am Sonnabend, den 7. Oktober, kam um 5 Uhr abends zu Philippoff eine Deputation seitens der Arbeiter und erklärte, daß die Arbeiter beschlossen hätten, von Sonntag ab zu streiken. In anbetracht dieser Erklärung bat Philippoff, daß die Arbeiter bis dahin so viel als möglich Backwaren bereiten möchten. Die Arbeiter gingen auf diesen Vorschlag bereitwillig ein und arbeiteten tatsächlich die ganze Nacht hindurch. Um 7 Uhr morgens ließen sie die Arbeit ruhen und gingen friedlich auseinander. Gegen 10 Uhr kehrten viele von ihnen zurück und blieben, wie sie es immer an festlichen Tagen taten, in kleineren Gruppen vor dem Hause stehen. Ihre Stimmung war völlig friedlich. Um 11 Uhr stürzte in das Philippoffsche Haus ganz unerwartet und Hals über Kopf eine Abteilung von Polizisten. Als die Arbeiter die Polizisten erblickten, verlangten sie, daß sie sich entfernen sollten, da diese jedoch blieben, entstand zwischen ihnen und den Arbeitern eine Schlägerei. Es wird auch erzählt, daß auf die Polizisten Ziegel und Flaschen geworfen wurden. Nun liefen die Polizisten davon, aber nach kurzer Zeit erschien Polizeimeister Baron Budberg in Begleitung einer Abteilung Kosaken, welche auf seinen Befehl hin in der Gasse nahe der Twerskaja **sich in Reih und Glied aufstellten und auf das Haus zwei Salven abfeuerten.** Alsdann wurde auf Anordnung von Budberg eine Kompagnie Soldaten in das Café, die Konditorei und in den Laden hineingeführt, worauf er Aexte und Brecheisen verlangte, um die Türen und die Barrikaden, die von den Arbeitern angeblich errichtet wären, einzuschlagen. Das Militär wurde in den Hof hineingeführt, und Baron Budberg befahl den Philippoffschen Angestellten, den Arbeitern zu erklären, daß sie ausnahmslos zu ihm in den Hof hinuntergehen sollten, widrigenfalls er schießen lassen würde. Die Arbeiter gehorchten. Sie kamen zum General und wurden sofort von einer Soldatenkette umzingelt. Der Erklärung der Angestellten, daß in den oberen Etagen der Fabrik niemand geblieben sei, glaubte Budberg nicht, sondern schrie, daß er schießen lassen würde, und tatsächlich wurden gegen ein Fenster der siebenten Etage des Fabrikgebäudes auf sein Kommando hin vier Schüsse abgegeben, als es ihm schien, daß der Kopf eines Arbeiters von dort aus sich hinausgelehnt hätte. Gegen 200 Arbeiter wurden sodann unter starker Eskorte abgeführt.

Später, gegen 4 Uhr, kamen zunächst in Begleitung eines Revieraufsehers drei jugendliche Arbeiter, **blutbefleckt, verwundet** und verbunden. Dann erschienen nacheinander weitere freigelassene Arbeiter und erzählten mit Tränen in den Augen, daß, als man sie unter Eskorte in den Hof des Hauses des Stadthauptmanns gebracht hatte, **sich auf sie Kosaken, Schutzleute und Gendarmen, die im Hofe versteckt waren, stürzten und unterschiedslos sie mit allen möglichen Dingen, mit Nagaikas, Bajonetten, Kolben zu schlagen begannen.**

Der sofort herbeigerufene Fabrikarzt hatte es am Anfang mit 17 Verwundeten zu tun, aber bis zum 10. Oktober meldeten sich weitere 17, so daß im ganzen **34 Personen** aus der **Philippoffschen Fabrik verwundet** worden sind.

„Wir haben die Ehre hinzuzufügen — heißt es in der Eingabe weiter —, daß es am Sonntag von morgens ab bis zur Abführung der Verhafteten, sowie vorher und nach Schluß der Exekution keinen Fall einer Verwundung irgend jemandes gegeben hat; bis zur Einmischung der Polizei war alles ruhig gewesen. Ferner wurde weder von Arbeitern noch von sonst jemand bei uns ein Schuß abgegeben — außer der oben erwähnten Schießerei seitens der Soldaten. Ebenso ist zu bemerken, daß das Fabrikeigentum und überhaupt alles der Administration gehörige bewegliche Eigentum völlig unangetastet und unberührt geblieben ist, ausgenommen die erwähnten, von den Schüssen verursachten Beschädigungen."

Während der Exekution schimpfte Baron Budberg unausgesetzt mit den pöbelhaftesten Ausdrücken. Nach Schluß der Hofszene verteilte er unter die Soldaten und Kosaken Geld. Der Stadthauptmann beobachtete aus dem Fenster die scheußliche Prügelei.

* * *

Die Polizeiwahlen.

Was die Regierung unter Wahlfreiheit versteht, ersieht man aus einer geheimen Verordnung, die ein Landhauptmann im Gouvernement Nowgorod an die ihm unterstellten Wolostj-Aeltesten erlassen hat, und welche wörtlich folgendermaßen lautet: „Infolge geheimen Zirkulars des Nowgoroder Gouverneurs vom 28./VII. N. 1159, das auf zirkularische Anordnung des Ministers des Innern erlassen wurde, schreibe ich hiermit vor folgende Maßnahmen unverzüglich zu treffen.

1. Es soll eine sorgfältige **Ueberwachung derjenigen Personen** eingeleitet werden, welche sich die Rolle eines **Kommentators anmaßen** über die allerhöchsten Anweisungen, die zur Vervollkommnung der Staatsordnung und zur Hebung des Volkswohlstandes ergangen sind.

2. Es soll den Polizeibeamten gesetzliche Unterstützung geleistet werden bei der **Fortnahme von Aufrufen, Mitteilungen, Broschüren** ꝛc., welche von jenen Leuten verbreitet werden, und es soll keine Organisation von Versammlungen der ländlichen Bevölkerung zugelassen werden, und

3. es muß über alle Vorkommnisse, welche die Beamten in obiger Hinsicht bemerken, unverzüglich dem Landhauptmann Bericht erstattet werden."

Aus der Partei.

Die theoretische Vertiefung zu fördern, hat der Wahlverein Leipzig-Stadt für das Winterhalbjahr 1905/06 folgendes Vortragsprogramm aufgestellt: Dienstag, 17. Oktober: Reichstagsabgeordneter Ledebour: Kolonialpolitik. 7. November: Frau Dr. R. Luxemburg: Der politische Massenstreik. 12. Dezember: Rechtsanwalt Dr. K. Liebknecht: Partei und Gewerkschaften. 16. Januar 1906: Reichstagsabgeordneter Dr. K. Lindemann: Kommunalpolitik. 13. Februar 1906: Reichstagsabgeordneter H. Molkenbuhr: Volkswirtschaftliches Thema. 12. März 1906: Reichstagsabgeordneter E. Eichhorn: Volksschule und Sozialdemokratie. April 1906: Reichstagsabgeordneter J. Motteler: Der deutsche Reichstag.

Genosse Paul Lange hat am Montag eine neunmonatliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" wegen Beleidigung der Reichspostverwaltung zudiktiert wurde. Möge der Genosse die lange Haft ohne Schaden an seiner Gesundheit überstehen!

Totenliste der Partei. Ein alter Frankfurter Parteigenosse ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Am Sonntag landete man an der alten Brücke die Leiche Jean Windolphs. Die Leiche hatte eine Schußwunde im Kopf; vermutlich hat sich Genosse Windolph also erst zu erschießen versucht und ist dann ins Wasser gegangen. Wie der Frankf. „Volksst." mitgeteilt wird, soll Genosse Windolph (der zu den ältesten Genossen am Orte zählt und während der Herrschaft des Sozialistengesetzes ebenso getreu seine Pflicht erfüllte, wie zuletzt als Leiter des dritten Bezirks) nicht nur durch ein schweres körperliches Leiden zum Selbstmord getrieben worden sein, sondern auch durch mancherlei Mißhelligkeiten und Sorgen, die ihm in seinem Geschäft bereitet wurden. Seit einem halben Jahre litt Genosse Windolph an Schlaflosigkeit; er suchte vergeblich Heilung im städtischen Krankenhause und äußerte bereits in den ersten Septembertagen zu Bekannten, daß ihm jede Lust zum Leben vergangen sei, daß er Furcht habe, irrsinnig zu werden und sich lieber umbringen wolle, ehe er seine Tage in der Irrenanstalt beschließe. Diese Drohung wurde damals von Bekannten des Genossen Windolph nicht ernst genommen; er hat sie aber doch ausgeführt. Die Parteigenossen werden dem treuen Genossen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Argentinien. Der Kongreß des Allgemeinen Arbeiterbundes wurde vor einiger Zeit in Buenos Ayres abgehalten. Vertreten waren 70 Arbeitervereine. Lange heftige Debatten wurden über den Generalstreik geführt; schließlich gelangte mit 5000 gegen 488 Stimmen eine Resolution zur Annahme, durch welche das Mittel des Generalstreiks als eine beständige Waffe des Proletariats erklärt wird. Bezüglich der Alkoholfrage wurde einstimmig beschlossen, eine individuelle und wirkungsvolle Propaganda gegen dieses Laster zu führen und die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, welchen immensen Schaden der Alkohol dem Körper und dem Intellekt bringt. Ferner beschäftigte sich der Kongreß mit der Frage der Schiedsgerichte, den Streikbrecher-Vereinen, Boykott usw. Schließlich nahm der Kongreß folgende Resolution an: Der Kongreß entbietet den Arbeitern der alten Welt seine Grüße und erklärt sich mit denselben solidarisch. Er erhebt energischen Protest gegen die letzte Schlächterei in Granmichele (Italien), wie gegen jede Gewalttat und Tyrannei, insbesondere auch gegen die Verfolgung der russischen Arbeiter durch den Zarismus und spricht die Hoffnung aus, daß die autokratische Zarengewalt in Rußland ein baldiges Ende erreichen möge.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verteilung sozialdemokratischer Wahlflugblätter. Der Fabrikarbeiter Schmidt aus Bischweiler (Elf.-Lothr.) hatte sich vor der Straßburger Strafkammer zu verantworten, weil er in Hagenau einen Wahlaufruf der sozialdemokratischen Partei unbefugt, d. h. ohne die im Lande der wiedergewonnenen Brüder erforderliche behördliche Erlaubnis verteilt hat. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis mit der Begründung: es müsse über das übliche Strafmaß hinausgegangen werden, da die Flugschrift von einer Partei ausgehe, welche die Zerstörung der bestehenden Staatsordnung bezwecke. Das Gericht schloß sich aber dieser Ansicht nicht an, sondern verurteilte Schmidt zu 50 M. Geldstrafe. — Die bürgerliche „Frankf. Ztg." bemerkt dazu: „Viele solcher Staatsanwälte und die Sozialdemokratie wird weiteren Zuzug erhalten! Seit wann hat die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei als strafverschärfend zu gelten?" — Welche Frage!

Redakteurfreuden. Vom Schöffengericht zu Zwickau wurde der verantwortliche Redakteur des „Sächsischen Volksblattes", Genosse Robert Müller, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er sollte den früheren Amtshauptmann Beeger und den Regierungsrat Schmidt in Auerbach i. V. beleidigt haben durch einen Artikel, der sich mit der Lokalfrage der Arbeiterschaft von Auerbach beschäftigt und Verfügungen der Amtshauptmannschaft als gegen die Arbeiterschaft gerichtete behördliche Maßnahmen kritisiert.

Nicht erlaubter allgemeiner Gewerkschaftsball.

Das Gewerkschaftskartell in Rendsburg wollte im vorigen Sommer ein Gewerkschaftsfest für die ihm angeschlossenen Gewerkschaften veranstalten. Das Fest sollte mit einem Ball verbunden sein. Gegen das Fest an sich wandte die Polizei nichts ein. Dagegen verbot sie den Ball, indem sie davon ausging, daß die Lustbarkeit eine öffentliche werden würde, weil alle Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften Rendsburgs Zutritt haben sollten. — Ein Bedürfnis für einen öffentlichen Gewerkschaftsball erklärte die Polizei auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten, bei dem der Vorsitzende Glau vom Gewerkschaftskartell sich beschwerte, nicht für gegeben, da schon genug andere öffentliche Tanzlustbarkeiten in Rendsburg stattfänden. Der Regierungspräsident verwarf die Beschwerde und der Oberpräsident wies eine weitere Beschwerde ebenfalls ab. Mit den Beschwerdeinstanzen hat jetzt auch das Oberverwaltungsgericht angenommen, daß die Teilnahme der Mitglieder aller elf Gewerkschaften Rendsburgs dem Ball den Charakter einer öffentlichen Tanzlustbarkeit verliehen haben würde, so daß eine Erlaubnis erforderlich gewesen wäre. Die Klage Glaus gegen den Oberpräsidenten wurde abgewiesen. Die Versagung der Genehmigung sei aus objektiven polizeilichen Gesichtspunkten erfolgt.

Aus Industrie und Handel.

Bergarbeiter-Verband und Wagenmangel. Der zunehmende, in der gestrigen Nummer des „Vorwärts" geschilderte Mangel an Eisenbahnwagen im Ruhrgebiet hat auch den Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter, da bereits auf verschiedenen Zechen Feierschichten eingelegt werden mußten, dazu veranlaßt, sich mit einer Eingabe an den Eisenbahnminister und an die Eisenbahndirektion in Essen zu wenden und um Abstellung des Mangels zu ersuchen. Die Eingabe lautet:

Von mehreren Bergarbeiter-Versammlungen, welche am 15. d. Mts. im Ruhrkohlen-Revier abgehalten wurden, ist der ergebenst unterzeichnete Vorstand beauftragt, an den Herrn Minister eine Eingabe zu richten mit dem Ersuchen: dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Eisenbahnverwaltung den Wagenbedarf der Zechen regelmäßig und besser deckt als bisher, weil auch die Bergarbeiter unter diesem Wagenmangel starke Lohnverluste erleiden.

Auf verschiedenen Zechen wurde kürzlich wegen Wagenmangels fast jede Woche eine Feierschicht eingelegt. Wir nennen neben den Zechen „Graf Beust", „Ewald" usw. noch „Karl Friedrich" in Weitmar bei Bochum, „Mont Cenis" bei Herne und „Margarete" in Sölde bei Dortmund, welche wegen Wagenmangels in den letzten beiden Wochen je eine Feierschicht einlegen mußten.

Indem wir uns dem Ersuchen um Abhülfe dieses die Allgemeinheit schädigenden Uebelstandes anschließen, zeichnen mit Ehrerbietung

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Bergarbeiter.
J. A.: H. Sachse.

Der amerikanische Tabaktrust unter Anklage. Ein für die gesamte deutsche Tabak- und Zigarettenindustrie interessanter Strafprozeß gegen die Direktion der Dresdener Zigaretten-Aktiengesellschaft vormals Georg A. Jasmatzi beschäftigte gestern die 8. Strafkammer des Dresdener Landgerichts. Im Jahre 1902 wurde die von Georg A. Jasmatzi begründete weltbekannte Zigarettenfabrik in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und dem ehemaligen Besitzer ein Preis von 400 000 M. gezahlt. Obgleich anfangs in Abrede gestellt wurde, daß der amerikanische Tabaktrust seine Hände im Spiele habe, mußte doch später diese Tatsache zugegeben werden und jetzt ist es bekanntlich kein Geheimnis mehr, daß die Jasmatzi-Gesellschaft dem Tabaktrust der Amerikaner angehört. Das Aktienkapital ist inzwischen auf 1/2 Million Mark erhöht worden. Eine Zeitlang gehörte auch der vielgenannte, jetzt in der Bautzener Strafanstalt internierte ehemalige Geheime Kommerzienrat Viktor Hahn, der Mitinhaber der verkrachten Rockisch Bank in Dresden, dem Aufsichtsrate der Trustfirma an, ja man sagt, daß Herr Hahn einer derjenigen war, der dazu beigetragen hat, daß der amerikanische Trust in Deutschland überhaupt festen Fuß faßte. Inzwischen ist auch die Zigarettenfabrik „Josetti" vom Trust erworben worden, und kürzlich hieß es, daß der letztere seine Hand auch noch nach einer dritten Fabrik in Dresden ausgestreckt habe.

Unter vielen anderen Fabrikaten brachte die Jasmatzi-Gesellschaft auch eine russische Zigarette „Kampanskia" auf den Markt, die in ziegelroten Paketen verpackt und mit einer Stempelbandrolle verschnürt wird. In fast gleicher Weise erscheinen nun die Fabrikate der in Petersburg domizilierten Weltfirma F. D. Bagdanoff u. Co. auf dem Markt. Die Originalverpackungen der russischen Firma sind geschützt und dürfen nicht nachgeahmt werden. Da nun die Jasmatzi-Gesellschaft nach Ansicht des Petersburger Hauses sich der Verletzung des Warenzeichens schuldig gemacht hatte, wurde gegen die genannten Direktoren das Strafverfahren eingeleitet. Nach der Anklage soll die Trustfirma in den letzten Jahren ihre Fabrikate in einer der Petersburger Verpackung gleichen Art in den Handel gebracht sowie russische Stempelbandrollen nachgeahmt und verwendet haben. Jedes Zigarettenfabrikat muß in Rußland mit einer Stempelbandrolle als Zeichen der Versteuerung versehen werden und der von der Jasmatzi-Gesellschaft verwendete Stempel glich im allgemeinen dem russischen; er zeigte auch russische Buchstaben. Dem Laien kann es daher wohl passieren, daß er eine Jasmatziware mit dem Fabrikat der russischen Firma verwechselt. Die angeklagten Direktoren der Trust-

Firma stellten jegliches Verschulden in Abrede, insbesondere berief sich Direktor Gutschow darauf, daß die „Kampanskia-Verpackung" bereits vor seinem Eintritte in die Jasmatzi-Gesellschaft vorhanden gewesen sei. Er sei bemüht gewesen, alles das, was verdächtig erschienen sei, aus den Verpackungen zu entfernen. Da er sich nicht um die früheren Verpackungsarten gekümmert habe, könnte er auch nicht den Dolus geerbt haben. Das Gericht sprach auf Grund dieser Vorlegungen und in Rücksicht auf ein vom kaiserlichen Patentamte erstattetes Obergutachten, nach welchem die Verpackungen der russischen Firma in bezug auf Papier, Stempelbandrolle und Packung als nicht geschützt anzusehen sind, die Angeklagten frei. Nur der Text auf den russischen Verpackungen dürfe nicht nachgeahmt werden und eine solche Nachahmung liege nicht vor.

Russische Anleihe. Wie der „Köln. Ztg." aus London gemeldet wird, sollen sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Teile der neuen russischen Anleihe eingestellt haben, die in England, Deutschland und Amerika unterzubringen wären. Die russische Regierung habe verlangt, daß diese Teile als unverkäuflich in Paris gelten sollten. Die beteiligten Banken weigerten sich, diese Bedingung anzunehmen. Vorläufig werde daher nur der französische Teil der Anleihe (900 Millionen Frank) aufgelegt werden, und zwar im Beginne von November.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Elektromagnaten!

Schon gestern berichteten wir über die auffallend langsame Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten in der Elektroindustrie. In den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist die Einstellung gestern nun zwar etwas flotter erfolgt. Dagegen übt sich die Siemens-Schuckert-Gesellschaft in Praktiken, die die schärfste öffentliche Kritik herausfordert. Sie nimmt Rache an ihren Arbeitern, besonders an denen, die zugunsten der Ausgesperrten in den Solidaritätsstreik eintraten. So sind von der Versandabteilung am Askanischen Platz noch fast gar keine Arbeiter eingestellt, sie wurden einfach abgewiesen.

Geradezu unerhört ist aber das Verhalten der Direktion gegen die Arbeiterinnen im Glühlampenwerk. Nur ein Teil von der ursprünglichen Zahl dieser Arbeiterinnen hat das Werk wieder betreten dürfen. Und diesen wird von den Meistern hochfahrend gesagt, sie sollten sich nur nicht etwa als alte Arbeiterinnen betrachten, sondern sie würden vielmehr sämtlich als Neueingestellte angesehen. Das heißt, die bisherigen Arbeitsjahre, die diese Arbeiterinnen bereits im Werke tätig waren, sollen einfach ausgelöscht werden. Um dieser Maßregel auch den Firmenstempel aufzudrücken, ist den Arbeiterinnen des Glühlampenwerks ein Lohnabzug von 2 Pf. pro Stunde gemacht worden! Statt der bisherigen 21 Pf. sollen sie von jetzt ab nur noch 19 Pf. erhalten!

Jedenfalls zeigt eine derartige Willkürmaßregel, daß die Firma noch jetzt nach Beilegung des Kampfes in wenig nobler Weise an den Streikenden ihr Mütchen zu kühlen sucht. Es wäre sonst auch unerklärlich, daß in den Siemens-Schuckert-Werken noch der größte Teil der Vertrauensleute und Arbeiterausschuß-Mitglieder draußen geblieben ist.

Von den Maschinisten und Heizern sind gestern nur ganze 18 Mann eingestellt worden. Die große Mehrzahl der am Streik beteiligt gewesenen ist in den meisten Zentralen bis auf weiteres abgewiesen worden.

Wegen dieser offenbaren Maßregelung ist gestern eine Kommission beim Generaldirektor Rathenau vorstellig geworden, um zu bewirken, daß auch die Maschinisten und Heizer in etwas schnellerem Tempo wieder an ihre alten Plätze kommen.

Wieviel Metallarbeiter im ganzen noch ausgesperrt bleiben mußten, hat sich bis jetzt noch nicht genau feststellen lassen. Immerhin dürfte die Zahl nicht ganz klein sein. Von den Transportarbeitern sind zirka 150 und von den Fabrikarbeitern noch zirka 100 bei der Einstellung bisher nicht berücksichtigt worden.

Der Streik in der Wäsche-Industrie.

Am Mittwochnachmittag fand in der „Brauerei Friedrichshain" eine Versammlung der Streikenden statt. Der Andrang war so stark, daß der bis aufs äußerste gefüllte Saal lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt wurde. Mehr als 3000 Personen, meistens Frauen und Mädchen, drängten sich im Saale und die Zahl derer, die keinen Einlaß mehr fanden, war mindestens ebenso groß. Aus dem Situationsbericht, den der Verbandsvorsitzende Keller erstattete, geht hervor, daß die Beteiligung am Streik bedeutend größer ist als die Verbandsleitung erwartet hatte. Die genaue Zahl läßt sich infolge des fortgesetzten großen Andranges im Streikbureau auch heute noch nicht feststellen. Aus der Zahl der Fabriken, welche die Forderungen anerkannt haben, scheiden bereits zwei wieder aus. Es sind die Firmen Cohn u. Daniel sowie J. Götz. Beide Firmen erklärten, sie würden zwar die Forderungen bewilligen, aber die verlangte Unterschrift unter den Tarif verweigerten sie. Da die Streikleitung unter diesen Umständen keine Gewähr für die Innehaltung des Tarifs hat, so werden beide Firmen zu denen gerechnet, die nicht bewilligt haben. In den beiden Betrieben ist jetzt auch die Arbeit niedergelegt worden. Ein Versuch der Firma Eichenberg, Arbeiten in Kottbus anfertigen zu lassen, ist dadurch vereitelt worden, daß man die betreffenden Arbeiter in Kottbus zur Arbeitsniederlegung bewegte. In den Fabriken, wo noch eine Anzahl von Streikbrechern arbeiten, werden diese ängstlich gehütet, man läßt sie nicht mehr aus den Fabriken hinaus und hat, damit sie nicht über Nacht verschwinden, Betten für sie in den Fabrikräumen aufgestellt. Ganze Berge von Briefen sind der Streikkommission übergeben worden, welche streikende Arbeiterinnen von Fabrikanten erhalten haben. Darin werden die Streikenden teils unter Drohungen, teils unter Versprechungen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen versucht. Die größten Hoffnungen setzten die Fabrikanten, nachdem ihre Fabriken leer geworden sind, auf die Heimarbeiterinnen, aber auch diese haben sich zum größten Teil dem Streik angeschlossen. — Ein Gerücht, die Streikenden hätten das Einigungsamt angerufen, trifft nicht zu, doch sind sie jederzeit bereit, wenn solche nachgesucht werden. Vereinbarungen mit einzelnen Fabrikanten werden jedoch nur unter der Bedingung abgeschlossen, daß die betreffenden Fabrikanten aus dem Ringe austreten. Im allgemeinen ist die Situation äußerst günstig; das Ziel: Abschluß eines Tarifs, muß unbedingt erreicht werden.

In der Diskussion, die dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat folgte, wurden viele Einzelheiten aus der Bewegung vorgetragen. Die Firma Gebr. Ritter richtet Briefe an Arbeiterinnen mit dem Ersuchen, zu Hause Arbeit anzufertigen, die Arbeiten sollen auf Kosten der Firma per Post hin und zurückbefördert werden, und damit die Namen der Arbeitswilligen den Streikenden nicht bekannt werden, sollen die Sendungen nur mit einer Nummer unterzeichnet werden.

Eine etwas erregte Episode rief das Auftreten einer Rednerin hervor. Bevor sie das Wort ergriff, trat sie an den überwachenden Polizeileutnant heran und sprach leise mit ihm. Dann stellte sie sich, dem Winke des Polizeileutnants folgend, dicht neben seinen Tisch, und so, unter polizeilichem Schutz, bekannte sie sich als Arbeitswillige der Firma Wolf u. Glaserfeld und hielt eine Rede zur Verherrlichung dieser Firma. Ob die Rednerin aus eigenem Antriebe handelte, ist zweifelhaft, denn sie steht ja in Arbeit und konnte die während der Arbeitszeit tagende Versammlung doch nicht ohne Einverständnis mit ihrem Arbeitgeber besuchen. Als die Rednerin geendet hatte, erhob sich der Schutzmann und geleitete sie zum Saale hinaus. — Eine unnötige Vorsichtsmaßregel, denn wenn auch die Erregung, welche das Auftreten der Arbeitswilligen hervorrief, eine große war, so wäre ihr doch, dafür hätte schon der Versammlungsleiter gesorgt, kein Haar gekrümmt worden.

In seinem Schlußwort nahm Keller Bezug auf eine Erklärung, welche die Fabrikanten in hiesigen Zeitungen erlassen haben. Es heißt darin, daß durch den Streik 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-Industrie brotlos werden. Diese Aeußerung lasse darauf schließen, daß die Fabrikanten beabsichtigen, die noch nicht am Streik Beteiligten auszusperren. Einer derartigen Maßregel könnten die Arbeiter mit Ruhe entgegensehen, sie würde den Unternehmern mehr Schaden zufügen als den Arbeitern. Daß in den auswärtigen Bezirken der Wäsche-Industrie keine Streikarbeit angefertigt werde, dafür sei gesorgt.

Bewegung der Straßenreiniger. Die Sektion V des Gemeindearbeiter-Verbandes (Straßenreiniger) veranstaltete in der verflossenen Woche 8 Bezirksversammlungen, in denen Bericht der letzten Arbeiterausschuß-Sitzung gegeben wurde. Die Forderungen: Verlängerung der Pause für die Abendposten, Wiedereinstellung eines zu Unrecht entlassenen Kollegen, Herbeiführung pünktlicheren Feierabends werden der Deputation zur Entscheidung vorgelegt.

Allgemeine Entrüstung herrschte in den Versammlungen über die Kampfesweise des Ortsvereins Berliner Straßenreiniger gegen die Lohnforderungen des Verbandes. Das bestehende Lohnsystem bedingt, daß 70 Arbeiter, laut Etat Anfangstagelohn 3 M., nach einem halben Jahr 3.50 M. erhalten. Da aber nur eine bestimmte Anzahl Arbeiter in den höheren Lohnklassen geführt werden, muß notwendigerweise für die 70 Aufrückenden alle halbe Jahr Platz geschaffen werden. Mithin „fliegen" die älteren Arbeiter nur so von der Arbeitsstelle. Den nötigen Druck üben die unteren Aufsichtsorgane schon aus. So hat die Direktion stets junge, kräftige und billige Arbeitskräfte. Auf der anderen Seite spart man dadurch, daß die Arbeit für Kranke, Fehlende usw. von den übrigen mitgemacht werden muß. Dagegen anzukämpfen ist der Zweck der verlangten Lohnregulierung mit 4 M. Anfangslohn, welche seitens des Verbandes gestellt ist. Der Ortsverein Berliner Straßenreiniger reichte, vielleicht um diese Forderungen zu hintertreiben, Extraforderungen ein. Der dadurch herbeigeführten Uneinigkeit wird man es zuschreiben müssen, wenn die Straßenreiniger nicht wie notwendig bedacht werden. Die Lehre hieraus ist für alle: Anschluß an den Verband. Intensive Agitation und Aufklärung unter den Kollegen ist nötig, um den Forderungen der Straßenreiniger den nötigen Nachdruck zu verleihen.

In allen 8 Versammlungen wurde von dem Ortssekretär E. Dittmer sowie dem Kollegen Polenske über die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation für alle städtischen Arbeiter sowie über das schädigende Treiben des Ortsvereins referiert. Ueber 100 Neuaufnahmen sind zu verzeichnen.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Bielefeld.

Eine von 3000 Metallarbeitern besuchte Versammlung sprach ihre Sympathie mit den Ausständigen aus und erklärte, die angedrohte Massenaussperrung ihrerseits mit einem Kampfe um Verkürzung der Arbeitszeit beantworten zu wollen.

Ein neues Crimmitschau.

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien hat mit 148 gegen 145 Stimmen der dem Verbande angehörenden Webereien beschlossen, sämtliche Webereien am Abend des 28. Oktober zu schließen. Die Unternehmer begannen den Kampf sofort mit einer Verrufserklärung in großem Stile.

Die „Reußische Tribüne" ist in der Lage, folgendes Zirkular zu veröffentlichen:

Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien.
Eingetragener Verein.

Leipzig, 14. Oktober.

Vertraulich!

An die Firma X in N.

Es dürfte zu Ihrer Kenntnis gelangt sein, daß in vier unserem Verband angehörenden Geraer Betrieben seitens der Arbeitnehmer Massenkündigungen erfolgt sind. Wir müssen in diesem Vorgehen der Arbeiter die Tatsache einer Arbeitseinstellung erblicken.

Daher hat sich unsere Ortsgruppe Gera nach Einholung der Zustimmung unseres Gesamtvorstandes entschlossen, in allen ihren Betrieben sämtlichen Arbeitern für den 27. d. M. zu kündigen. Ferner wird am 18. d. M. unsere Mitgliederversammlung zusammentreten, um über die Schließung aller dem Verbande angehörenden Betriebe Beschluß zu fassen.

Wir glauben uns Ihrer Sympathie versichert halten zu dürfen und bitten Sie ergebenst, **von jetzt ab bis** zur Beseitigung der Betriebseinstellungen **Arbeiter oder Angestellte aus den Verbandsbezirken bei sich nicht einzustellen, noch direkt oder indirekt beschäftigen zu wollen.**

Wir danken im voraus verbindlichst für die Unterstützung, die Sie unseren Mitgliedern durch Berücksichtigung unseres ergebenen Ansuchens zu teil werden lassen und geben Ihnen gleichzeitig die Zusicherung, daß wir Ihnen bei gleichen oder ähnlichen Fällen in Ihrem Betriebe in derselben Weise gern entgegenkommen werden.

Indem wir um Ihre baldgefällige freundliche Zusage bitten, zeichnen wir

Hochachtungsvoll
Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien.
Eingetragener Verein.
Der Vorstand:
Dr. F. Zehme."

Damit werden etwa 17 000 Arbeiter ausgesperrt sein.

Der Kampf der Holzarbeiter in Mühlhausen i. Th., welcher sieben Wochen gedauert und an welchem 200 Holzarbeiter beteiligt waren, hat mit einem Erfolg der Arbeitnehmer am Sonnabend, den 14. Oktober, seinen Abschluß gefunden, indem mit den Arbeitgebern ein Vertrag vereinbart wurde. — Der ausgearbeitete und bereits von beiden Teilen angenommene Vertrag ist auf folgender Basis zustande gekommen: Die Arbeitszeit ist wöchentlich auf 56 Stunden festgesetzt (bisher hatten einzelne Betriebe eine solche von 60 Stunden). Auf Wochen- und Akkordlöhne bis zu 22 M. 5 Proz. Zuschlag; Löhne über 22 M. unterliegen der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Fabrikausschuß. Ueberstunden werden, wenn irgend möglich, vermieden, andernfalls aber 5 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt. Neue Muster, welche sich mit schon gefertigten nicht vergleichen lassen und bei denen eine Einigung über den Akkordpreis nicht erzielt wird, werden in Lohn hergestellt. Junggesellen werden im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nach freier Vereinbarung entlohnt, im zweiten Jahre tritt eine Garantie des Lohnes von mindestens 12 M. ein. Maßregelungen finden nicht statt. Die Einstellung der Gesellen erfolgt nach Bedarf. Der Vertrag erhält Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1907 und läuft auf ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Milde Richter.

In dem seit Juni in Coburg tobenden Maurerstreik spielen eine Anzahl Arbeitswilliger aus der Gegend von Kronach eine wenig rühmliche Rolle. Diese christlichen Schäflein haben die Geduld unserer gegen Arbeitswillige nicht allzu schneidigen Polizei auf eine harte Probe gestellt. Mit Dolch und Revolver bewaffnet haben einzelne davon die Stadt unsicher gemacht, ja in der Nacht vom sogenannten Zwiebelmarkt sind sie mit ein paar Gelegenheitsarbeitern in der verkehrsreichsten Straße zusammengestoßen, wobei das Messer und der Revolver eine erhebliche Rolle gespielt hat. Ein Mann wurde gestochen und ein Projektil wurde am anderen Morgen in der Ladenauslage eines Wollwarengeschäftes gefunden. Ein paar andere dieser Helden, die Maurer Heinrich Schramm aus Johannisthal, August und Konrad Bergner und Heinrich Probst aus Teißenort, hatten einen organisierten Böttcher, der nach dem Zeugnis Unbeteiligter nicht ein Wort mit den Rowdies gewechselt hatte und ruhig nach Hause ging, überfallen und gemeinschaftlich mißhandelt, daß er auf dem Kopf und im Gesicht erheblich verletzt, ja sogar nach dem ärztlichen Zeugnis starken Bluterguß im Auge davongetragen hat und mehrere Tage arbeitsunfähig war. Das Schöffengericht sah die Sache verhältnismäßig harmlos an. Dem Heinrich Schramm, der schon wiederholt wegen Mißhandlung mit Gefängnis vorbestraft ist, versagte es wohl mildernde Umstände, erkannte aber auf die Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis; die übrigen kamen mit 48 bezw. 24 M. Geldstrafe davon. Die Amtsanwaltschaft hatte für sie eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen bezw. 1 Woche beantragt.

Wir wollen nicht hoffen, daß die nunmehr seit Juni wegen der Weigerung 11 Stunden zu arbeiten Ausgesperrten sich in solcher Weise gegen Gesetz und Recht vergehen wie diese Arbeitswilligen. Wenn aber der Fall eintritt, wünschen wir ihnen auch **so milde Richter, wie sie die vier** Arbeitswilligen gefunden haben.

Die Hafenarbeiter in Bremen haben nach neun Wochen dauerndem Streik einen neuen bis zum 30. Juni 1908 gültigen Tarif abgeschlossen. Der Tagelohn beträgt jetzt 4,50 M. für Schiffsarbeit und 4,20 M. für Landarbeit.

Eingegangene Druckschriften.

Charles Gide. Grundzüge der Nationalökonomie. Uebersetzt von Dr. G. Weiß von Wellenstein. 384 Seiten. Preis 5,20 M. Manzsche k. u. k. Verlags-Buchhandlung, Wien I, Kohlmarkt 20.

Karl Baumgärtel. Stets an der Arbeit. Eine Eröffnung über das Wesen der Elektrizität und die Aufgaben, die ihr im gesamten Weltall zufallen. Kommissionsverlag von H. Ruckdeschel. Hof i. B.

Sammlung Göschen. Die Arbeiterversicherung von Dr. Alfred Manes. G. J. Göschen, Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Aussperrung in der Maschinenfabrik Egestorf beendet.

Hannover, 18. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts"). Die Aussperrung in der Maschinenfabrik vorm. Georg Egestorf ist durch Vergleich beendet. Die 1600 Arbeiter werden sämtlich an ihre alten Plätze zu den bisherigen Löhnen eingestellt. Die Streikenden, zehn Fräser, erhalten wie alle Maschinenarbeiter mindestens 50 Pf. Lohn in Akkord garantiert. Ueber alle anderen Lohnforderungen wird mit dem Arbeiterausschuß verhandelt.

Viktor Adler in den Reichsrat gewählt.

Reichenberg (Böhmen), 18. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bei der heutigen Ersatzwahl der fünften (allgemeinen) Kurie im Wahlkreise Reichenberg wurde Genosse **Dr. Viktor Adler mit überwältigender Majorität in den Reichsrat gewählt.** Man zählt bisher 26 000 Stimmen für Adler, 12 000 für den Deutschnationalen Prediger, 3500 für den Tschechischklerikalen Tschiede. **Der Sieg ist vollkommen gewiß.**

Damit tritt der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, eine der markantesten Gestalten des internationalen Sozialismus, in das österreichische Parlament ein.

Der Reichenberger Wahlkreis war schon bisher sozialdemokratisch und zwar durch den Genossen Josef Hannich vertreten, dessen durch schwere Erkrankung verursachte Mandatsniederlegung eine Neuwahl notwendig gemacht hatte.

Die Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textil-Industrie.

Greiz, 18. Oktober. (W. T. B.) Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien teilt mit: In der heutigen Generalversammlung des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien in Greiz wurde die Schließung **sämtlicher Verbandswebereien beschlossen.** Die ganze Lage des gegenwärtigen Lohnkampfes war auf das gewissenhafteste geprüft worden. Nach Erörterung aller Umstände ergab sich aber keine andere Möglichkeit, als zu diesem Entschluß zu kommen. **142 Betriebe stimmten mit 475 Stimmen** diesem Beschluß zu, nur **5 Betriebe mit 25 Stimmen waren dagegen.** Diese letzteren, deren Fabriken von den Industriezentren sehr abgelegen sind, wünschen für sich eine Ausnahmestellung. Um die weittragenden Folgen eines so schweren Entschlusses abzuschwächen, wird zugleich mit der Bekanntgabe der Schließung folgender Anschlag in den Fabriken stattfinden: In einer Anzahl Geraer Webereien sind von seiten der Stuhlarbeiter Massenkündigungen erfolgt, diese müssen den Stillstand der davon betroffenen Betriebe zur Folge haben. Wir sind daher **vertragsmäßig genötigt,** am Abend des 23. Oktober alle **Verbandswebereien zu schließen. Um denjenigen Webern und Weberinnen, welche bereit sind, die Arbeit zu dem vom Verbande für die Ortsgruppe aufgestellten Mindestlohntarif** und den dazugehörigen allgemeinen Bestimmungen **aufzunehmen,** hierzu baldmöglichst Gelegenheit zu schaffen, **ersuchen wir diese Arbeiter, sich spätestens bis zum Abend des 2. November in den Fabrikkontoren schriftlich oder mündlich zu melden. Erfolgen in allen Verbandswebereien,** einschließlich derjenigen, in denen die Massenkündigungen vorgekommen sind, **genügend Anmeldungen, so werden wir am Montag, den 5. November, unsere Betriebe wieder eröffnen.** — Zugleich wurde in der Versammlung berichtet, daß nach der vorbereitenden Verhandlung, die zwischen den Vertrauensmännern des Fabrikantenverbandes und der sächsisch-thüringischen Färbereienkonvention bereits stattgefunden hat, **die beschlossene Maßregel der Fabrikanten volle Unterstützung durch die sächsisch-thüringischen Färbereikonvention finden wird.** Die an Kündigung gebundenen Betriebe schließen ihre Fabriken am 4. November.

Hamburg, 18. Oktober. (W. T. B.) Mit dem Dampfer „Hans Woermann" trafen heute abend von Swakopmund 13 Offiziere und Militärbeamte, sowie ein aus 95 Mann bestehender Transport verwundeter und kranker Krieger hier ein. Die Heimkehrenden wurden in der üblichen Weise empfangen und treten einen längeren Urlaub zur Erholung an.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Berliner Genossen über die neue Organisation.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis tagte am 17. Oktober in den Arminhallen, um zu der Neuorganisation der Genossen von Berlin und Umgegend Stellung zu nehmen. Genosse H. Wolderski gab einen kurzen Ueberblick über die Vorgeschichte der Vorlage. Eine Generaldiskussion unterblieb, da niemand dazu das Wort nahm. Man ging Paragraph für Paragraph durch, indem Wolderski, wo es nötig war, erläuternd eingriff. Bei § 2, der die Aufgaben des „Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“ nennt, bemerkte Wolderski: Im dritten Wahlkreise, der außer der Reihe tanzte, habe man geglaubt, daß nach dem § 2 es möglich wäre, die einzelnen Kreise hinsichtlich der Kandidatenaufstellungen zu majorisieren. Das sei eine total falsche Auffassung, da ja § 7 den Kreis-Wahlvereinen vorbehalte, die Parteigeschäfte im Kreise selbständig zu regeln. Der § 2 wolle dem Verbande nur alle gemeinsamen Parteiinteressen zur Förderung überweisen, z. B. durch Verbreitung allgemeiner Flugblätter, Wahlvorbereitungen im technischen Sinne und ähnliche Aktionen. — § 2 wurde dann auch mit großer Majorität angenommen, ebenso die §§ 1, 3 und 4 ohne Debatte gegen ganz vereinzelte Stimmen. — Zu § 5 beantragt Genosse Kunze, daß nicht auf je 50, sondern erst auf je 100 Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung des Verbandes fallen soll. — Zum letzten Absatz desselben Paragraphen beantragt Genosse Tabbert, daß das Korrespondenzblatt mit der Tagesordnung der Verbands-Generalversammlungen und den Anträgen dazu den Mitgliedern durch die Bezirksführer zu unterbreiten sei. In der Diskussion über diese Anträge verwies namentlich Genosse Oppel darauf, daß sich ja so wie so die Generalversammlungen der einzelnen Kreiswahlvereine bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes mit deren Tagesordnung und den Anträgen beschäftigen würden, so daß Tabberts Befürchtung, die Mitglieder fänden vielleicht nicht genügende Berücksichtigung, unbegründet wäre. — Die Abänderungsanträge von Kunze und Tabbert wurden abgelehnt und der § 5 gegen drei Stimmen angenommen. Nachdem § 6 Annahme gefunden, wies Wolderski bei § 7 besonders auf dessen letzten Absatz hin: „Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise ist einzeln oder gruppenweise nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet.“ Bei diesem Absatz sei der erste Kreis ganz erheblich interessiert, da infolge seiner eigenartigen Verhältnisse (geringe Arbeiterbevölkerung 2c.) die in ihm tätigen Genossen vielfach in anderen Kreisen wohnten. Alle Bedenken gegen die zitierte Bestimmung seien aber zerstreut worden durch das Zugeständnis, von der Genehmigung des Verbandsvorstandes solchen eigenartigen Verhältnissen gegenüber solle freiester Gebrauch gemacht werden. Auf diesen Kommentar könne sich der erste Kreis stützen. — Auch § 7 und die folgenden Paragraphen werden unverändert angenommen. Die Zustimmung der Versammlung findet auch eine Resolution Bittner, welche verlangt, daß Genossen, die aus einem Kreise in einen anderen übertreten, vom Eintrittsgelde entbunden werden.

Darauf wird die Vorlage in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen. Ebenso erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß ein Musterstatut für die Kreiswahlvereine ausgearbeitet wird. Genosse Bittner als Kassierer bittet, bis zum 1. Januar die Beitragszahlungen zu erledigen, damit die Umwandlung des Vereins erleichtert werde.

Zum Schluß feuerte Oppel die Genossen zu reger Agitation für die Stadtverordnetenwahl im 1. Bezirk an. Am Sonntag bei der Flugblattverbreitung dürfe niemand fehlen. Trefflokale: Weihnacht und Seiler.

In der Generalversammlung für den zweiten Kreis erläuterte Schneider die Bestimmungen der Vorlage zur Neuorganisation Groß-Berlins. Die neue Parteiorganisation für Deutschland biete die Grundlage für die Vereinigung der Wahlvereine Berlins und der Umgegend zu einem festen Verbande. Man hoffe durch eine straffere Organisation noch Tausende von Parteigenossen, die bis jetzt den Wahlvereinen ferngeblieben, für diese zu gewinnen. Im einzelnen bemerkt Redner zu § 2, daß in die „Vorbereitung aller Wahlen“ nicht einbegriffen sei die Aufstellung der Kandidaten, die ja schon nach der Parteiorganisation den Wahlkreisen vorbehalten sei. Gemeint sei damit die Einheitlichkeit und Planmäßigkeit in den Vorarbeiten zu den Wahlen in allen Kreisen. Für die Zusammensetzung des Vorstandes sei die Anzahl der Wahlvereinsmitglieder maßgebend, mit der Einschränkung, daß kein Kreis weniger als vier Delegierte in den Vorstand entsende. Wahrscheinlich werde derselbe aus vier Mitgliedern für den ersten, je fünf für den zweiten und dritten, sieben für den vierten, vier für den fünften, acht für den sechsten Kreis, sieben für Teltow-Beeskow-Storkow und fünf für Nieder-Barnim zusammengesetzt werden. Eine heftige Debatte habe sich in der zur Ausarbeitung des Statuts gewählten Kommission um § 8 entsponnen, wonach die in den Kreisen nicht zur Deckung eigener Ausgaben verwandten Gelder an den Verbandsvorstand abzuführen sind. Besonders die kleineren Kreise haben sich dagegen gesträubt. Das Einverständnis sei dahin erzielt, daß die von den einzelnen Kreisen abgelieferten Posten im Korrespondenzblatt des Verbandes spezialisiert aufgeführt werden, während die an den Parteivorstand abgelieferte Summe im ganzen im „Vorwärts“ quittiert werde. Die pro Mitglied und Monat an den Verbandskassierer zu zahlenden Beiträge von 5 Pfennig, die bei dem jetzigen Mitgliederstande zirka 27 000 M. pro Jahr ergeben, würden für die Ausgaben für die Provinzagitation, Gehälter usw. ausreichen. Die Anstellung mehrerer Vorstandsmitglieder sei erforderlich, da die mit diesen Aemtern verbundene Arbeit nicht nebenbei, nach Feierabend geleistet werden könne. Wenn die Vorlage, so schloß der Redner, auch nicht allen Wünschen entspreche, so möge man bedenken, daß nicht der Wortlaut des Statuts, sondern der Geist, in dem es gehandhabt werde, das wesentliche sei. Nicht Bureaukratismus und militärischen Gehorsam erstreben wir. Wir sichern jedem freieste Entfaltung seiner Persönlichkeit; verlangen aber auch strenge Unterordnung unter den Gesamtwillen.

Eine Generaldiskussion fand nicht statt. Bei der Spezialdiskussion wird § 1 ohne Debatte angenommen. Zu § 2 beantragt Faehndrich, das Korrespondenzblatt acht Tage vor dem Zahlabend jedem Mitgliede zu liefern. Jacobey spricht dagegen. Henfel fürchtet, daß das Korrespondenzblatt besonders in den lokalen Parteinachrichten dem „Vorwärts“ Konkurrenz machen werde; man solle diesem die vom Verbandsvorstande zu veröffentlichenden Notizen übermitteln, dann sei das Korrespondenzblatt überflüssig. Reimann teilt diese Befürchtungen nicht.

Nachdem Schneider erklärt, das Blatt werde rechtzeitig den Bezirksführern zugehen und Faehndrich seinen Antrag zurückgezogen, wird § 2 unverändert angenommen. Zu § 3 bemerkt Schulz, daß der Verwaltungsausschuß eventuell andere Beschlüsse fassen werde als der Gesamtvorstand und so mit diesem kollidieren könne. Rautmann wendet sich dagegen, daß der Vorstand aus seiner Mitte die Preßkommission, Agitationskommission und Lokalkommission bilde. Die einzelnen Wahlkreise haben zu bestimmen, wer von den in den Vorstand delegierten Mitgliedern den einzelnen Kommissionen angehören solle; jedenfalls seien die Kreisgenossen eher imstande, die passenden Leute für einen Posten zu finden, als die Genossen anderer Kreise. Schneider bemerkt dazu, daß der Vorstand gewiß die von den Kreisen für bestimmte Kommissionen vorgeschlagenen Mitglieder in diese hineinwählen werde; der Verwaltungsausschuß solle nur in dringenden Fällen selbständige Beschlüsse fassen, so daß eine Kollision mit dem Gesamtvorstand wohl kaum vorkomme. Die §§ 3 und 4 werden darauf unverändert angenommen. Reimann beantragt zu § 5, auf je 100 Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung zu wählen (statt auf je 50). Stadthagen beantragt aus juristischen Gründen, die Vertretung der Berliner Parteidruckerei auf der Generalversammlung zu streichen. Faehndrich beantragt, die Tagesordnung der Generalversammlung und die Anträge zu derselben auch im „Vorwärts“ bekannt zu machen. Sämtliche Anträge zu § 5 und dieser selbst werden angenommen.

Rautmann hält es für bedenklich, der Generalversammlung neben der Regelung der Organisations-, Verwaltungs- und ähnlicher Angelegenheiten auch die Entscheidung in Parteiangelegenheiten zu übertragen. Hinter der Mehrheit der Delegierten stehe oft nur eine Minderheit der organisierten Parteigenossen. Es sei besser, daß vielleicht in irgend einer Frage in den Versammlungen verschiedener Wahlkreise verschiedene Meinungen zutage träten, als daß in der Generalversammlung der Delegierten etwa ein Kompromiß zustande käme, mit dem man es allen recht zu machen suche. Ueberdem erlahme das Interesse der Parteigenossen an den Parteiangelegenheiten, wenn sie nichts mehr darüber zu entscheiden hätten.

§ 6 wird unverändert angenommen. Zu § 7 stellt Hensel den Antrag, den Monatsbeitrag auf 30 Pf. zu erhöhen. Der Antrag wird, nachdem C. Werner, Reimann und Lachmann dagegen, Schulz dafür gesprochen, abgelehnt und § 7 unverändert angenommen, ebenso § 8. § 9 wird dahin abgeändert, daß das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni läuft.

Zu § 10 beantragt Schachtinger, daß Mitglieder des Verbandes auf das Korrespondenzblatt abonnieren können. Faehndrich und Lewinson sprechen für, Schneider gegen den Antrag, der gegen 20 Stimmen abgelehnt wird. §§ 10 und 11 werden darauf unverändert und in der Schlußabstimmung das ganze Statut gegen eine Stimme angenommen.

Im vierten Wahlkreis (Ost) stand neben der Neuorganisation der Wahlvereine Berlins der Antrag des Vorstandes und der Bezirksführer betr. Anstellung eines besoldeten Kassierers auf der Tagesordnung. Nachdem das Andenken eines verstorbenen Genossen in üblicher Weise geehrt worden ist, wird zur Verhandlung der Tagesordnung geschritten. Ein Antrag, Punkt 2 derselben zuerst zu verhandeln, wird abgelehnt.

Nunmehr gibt Genosse Mann eine kurze Schilderung darüber, wie der Gedanke einer Zentralisation ständig an Boden gewonnen und zur Einsetzung einer Kommission geführt habe, deren Verhandlungen zu dem vorliegenden Entwurf geführt haben. Genosse Mann verliest darauf einzeln die Paragraphen des Entwurfs und stellt sie zur Diskussion.

§ 1 wird in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Zu § 2 beantragt Brückner, hinter Parteiinteressen die Worte „insbesondere der“ einzufügen; er hält diese Fassung für klarer, da ja die Berliner Kreise auch die umliegenden ländlichen Kreise zu unterstützen hätten und nach der Fassung des Entwurfs es scheinen könnte, als beschränke sich die Tätigkeit des Verbandes ausschließlich auf die acht Berliner Kreise. Gegen diesen Antrag sprechen Büchner und Franke, von denen letzterer betont, daß die Berliner Kreise zur Unterstützung der umliegenden ländlichen Kreise durch Beschluß der Agitationskommission für Brandenburg verpflichtet sind und sich daher der Antrag Brückner erübrige. Brückner erklärt, die Argumentation Frankes spreche für seinen Antrag, der formell diese Unterstützung als mit zu den Aufgaben des Verbandes gehörig ausdrücke. Genosse Zorn beantragt namens der Mitglieder des 154. Bezirks Streichung des Absatz d, da der „Vorwärts“ in bezug auf Orientierung der Wahlvereinsmitglieder über Parteifragen seine Schuldigkeit getan habe und sich die Schaffung eines besonderen Organs zu diesem Zwecke erübrige. Penn hält die Schaffung des Organs für notwendig zur Orientierung der Bezirksführer über wichtige innere Parteiangelegenheiten, die ihrerseits die Mitglieder in den Zahlabenden unterrichten können. Wegener beantragt, das Korrespondenzblatt den Bezirksführern in mehreren Exemplaren zugänglich zu machen, damit diese es an Mitglieder, die sich dafür interessieren, verteilen können.

Im gleichen Sinne äußert sich Franke.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der Anträge Brückner und Zorn und Annahme des Antrages Wegener. Der so abgeänderte § 2 wird angenommen. Auf Anregung Litfins gibt Genosse Mann bei strittigen Punkten die nötigen Erläuterungen.

Zu § 3 beantragt Kupferschmidt dem Absatz 2 hinzuzufügen: „diese müssen mindestens zwei Jahre einer sozialdemokratischen Parteiorganisation angehören und auch gewerkschaftlich organisiert sein, soweit die Möglichkeit dafür besteht.“ Redner will dadurch verhindern, daß Leute zu Ehrenämtern kommen, die einmal in einer Versammlung eine große Rede halten, sonst aber für Parteiarbeiten nicht zu haben sind. In gleichem Sinne äußert sich Pötzsch. Er ist auch der Ansicht, daß einzelne Mitglieder des Vorstandes durch das Recht des letzteren, den Aktionsausschuß, die Preß-, Lokal- und Agitationskommission aus seiner Mitte zu bilden, überlastet werden; er stellt fest, daß jahrelang dieselben Leute an der Spitze der Organisation bleiben; dadurch werden neue Kräfte ausgeschaltet. Dem soll dadurch begegnet werden, daß der Vorstand der Generalversammlung eine Vorschlagsliste vorlegt, aus der dann die Mitglieder die zu wählenden Funktionäre entnehmen können. Anträge hierzu will er nicht stellen. Genosse Mann verweist Genossen Pötzsch auf § 2 der Ausführungsbestimmungen zum Statut des Wahlvereins, wonach die Bezirke das Vorschlagsrecht haben, er könne also nicht sagen, daß die Genossen keinen Einfluß auf die Besetzung der Vorstandsämter hätten. Nachdem noch einige Redner für und gegen den Antrag Kupferschmidt gesprochen, wird derselbe angenommen. Ebenso der ganze § 3.

§ 4 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 5 bemerkt Genosse Mann, daß im Absatz 2 die Worte „und der Berliner Parteidruckerei“ bereits in der Kommission gestrichen worden und nur irrtümlich im gedruckten Entwurf aufgenommen sind.

Brückner beantragt im Absatz 2 hinter „Vorwärts“ zu sagen „und je drei Delegierte aus den Reihen der Stadt- resp. Gemeindeverordneten der einzelnen Kreise“.

Genosse Mann betont, daß auf Einspruch des Kreises Teltow-Beeskow in der Kommission dieser Antrag abgelehnt wurde. Schneider tritt lebhaft für den Antrag Brückner ein, da die Stadtverordneten ein Interesse daran haben, bei Kommunalwahlen und Fragen, welche die Kommunalpolitik betreffen, mitberaten und entscheiden zu können.

Pötzsch beantragt, dem Absatz 4 hinter Korrespondenzblatt hinzuzufügen „und „Vorwärts““.

Nietbuhr beantragt Absatz 2 zu streichen und dafür zu sagen: „Stimmberechtigt ist der Vorstand und die Delegierten“.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die Anträge Brückner und Pötzsch dagegen werden angenommen. Sodann auch der ganze § 5.

§ 6 wird ebenfalls angenommen. Die §§ 7, 8 und 9 werden ohne Aenderung angenommen, § 10 mit einer redaktionellen Aenderung und § 11 in der Fassung des Entwurfs.

Es folgt die Abstimmung über das Gesamtstatut, welches gegen einige Stimmen angenommen wird.

Nunmehr gibt Genosse Winter den Kassenbericht vom letzten Halbjahre.

Genosse Mann begründet nun den Antrag auf Besoldung des Kassierers. Er weist nach, wie durch das Wachstum des Vereins es nach und nach so weit gekommen, daß der Posten des Kassierers im Nebenamte nicht mehr ausgefüllt werden kann. Dazu komme noch die Verschmelzung der Wahlvereine IV (Osten und Südostens), sowie die Beseitigung des Vertrauensmännersystems. Dietrich tritt für das System der Bezirkskassierer ein. Er ist gegen die Anstellung eines besoldeten Beamten. Penn ist im Gegenteil der Meinung, daß durch die Anstellung eines Beamten eine regere Agitation entfaltet werden kann. Er verweist auf das Beispiel der Gewerkschaften, die dadurch groß geworden sind. Büchner ist ebenfalls für die Anstellung. Gegen die Parteispeditionen hat man sich seinerzeit auch gesträubt und heute florieren sie gut. Nachdem noch verschiedene Redner teils für, teils gegen den Antrag gesprochen, findet ein Antrag auf Vertagung Annahme.

Schluß der sehr gut besuchten Versammlung um 12½ Uhr.

Vierter Wahlkreis (Südost). Die Generalversammlung des Wahlvereins war sehr zahlreich besucht und füllte den Saal von Graumann in der Naunynstraße bis auf den letzten Platz. Das Referat hielt Genosse Jentsch. Bevor er das Wort erhielt, stellte Genosse Peter einen Antrag, von der Beratung des Statutenentwurfs überhaupt Abstand zu nehmen, weil seiner Meinung nach die Kommission, die den Entwurf ausarbeitete, nicht kompetent dazu gewesen und nicht nach demokratischen Grundsätzen zustande gekommen sei. Der Antrag wurde abgelehnt und der Referent bemühte sich sodann unter Hinweis auf die Beschlüsse des Bremer und des Jenaer Parteitags, durch die die Abschaffung des Vertrauensmännersystems und eine neue Organisation der Sozialdemokratie Berlins notwendig wurden, den Antragsteller über die Entstehungsgeschichte der Vorlage aufzuklären. Er ging sodann auf die einzelnen Paragraphen ein und wies auch auf die Meinungsverschiedenheiten hin, die innerhalb der Kommission bei einigen Bestimmungen zutage getreten sind. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß es sich hier um einen Versuch handle und daß erst die Praxis ergeben werde, ob das neue Statut in jeder Hinsicht brauchbar sei.

Vor Eintritt in die Diskussion warf der Genosse Koska die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, mit Rücksicht auf den die Gründung eines Provinzialverbandes anstrebenden Beschluß der Provinzialkonferenz die Beratung des Statuts zu vertagen. Darauf entgegnete Genosse Hackelbusch, die Frage des Provinzialverbandes sei noch lange nicht spruchreif; vor allem aber sei es notwendig, daß Berlin sich erst einmal eine neue Organisation gebe. Um einen einheitlichen Wahlverein für den vierten Wahlkreis zu bilden, seien bereits von den Vorständen der beiden Vereine, des Südostens und Ostens, Schritte getan worden.

In der Generaldiskussion sprach zunächst Genosse Peter, der seine Unzufriedenheit mit der ganzen Vorlage kundgab und besonders auch seinen Widerwillen gegen Anstellung besoldeter Funktionäre. Ihm entgegnend, erklärte Genosse Ernst Brückner, daß er im Prinzip mit der Vorlage durchaus einverstanden sei, daß aber die einzelnen Paragraphen nicht eingehend genug beraten seien. Daß man besoldete Funktionäre anstelle, sei, wenn zufriedenstellend gearbeitet werden solle, gar nicht zu umgehen. Der Redner begründete sodann verschiedene Abänderungsvorschläge zum Statut. Unter anderem wünschte er, daß statt auf 50 erst auf 100 Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung gewählt werde, damit durch die allzu große Zahl der Vertreter die parlamentarische Verhandlung nicht erschwert werde, und daß nur die Delegierten auf der Generalversammlung Stimmrecht haben sollten. Ferner bezweifelte der Redner, daß der Verband alle die ihm obliegenden Aufgaben mit den in Aussicht gestellten Mitteln bestreiten könne. — Genosse Gösche brachte ebenfalls verschiedene Abänderungsanträge ein: zum § 3 den, daß alljährlich die Hälfte der Vorstandsmitglieder ausscheide, zum § 8, daß Mitgliedsbücher und Statuten der Wahlvereine einheitlich sein sollten, und zum § 10, daß das Korrespondenzblatt allen an den Zahlabenden teilnehmenden Genossen zur Verfügung gestellt werde. Ferner einen § 12 über Auflösung des Verbandes und Verwendung des dann vorhandenen Vermögens. — Genosse Stumpe bemerkte, man müsse die Vorlage als ein Fundament betrachten, das noch erst geprüft werden solle. Alle die kleinlichen Aenderungen könne man vorläufig beiseite lassen und den Entwurf provisorisch gutheißen. Vielleicht sei es zweckmäßig, wenn man vorerst von der Herausgabe eines Korrespondenzblattes Abstand nehme. — Genosse Schlaffke meinte, man solle die ganze Sache vertagen. Es sei noch gar nicht entschieden, ob Veranlassung vorliege, einen solchen Verband zu bilden. Es werde in einzelnen Bezirken von den Genossen gesagt, man brauche nur noch zu nicken, Bestimmungsrecht habe man nicht mehr; er, Redner, erwidere zwar, man solle sich das nicht einbilden, ob aber der Verband notwendig sei, bezweifele er. — Genosse Knöner äußerte, daß der Verband einen Schritt vorwärts bedeute. Alles werde sich besser gestalten. Der Redner machte dann ebenfalls einige Abänderungsvorschläge, unter andern die, daß bestimmt werde, das Korrespondenzblatt soll jedesmal vor den Zahlabenden erscheinen. Ferner stellte auch er einen Antrag, durch einen zwölften Paragraphen über eventuelle Auflösung und Verwendung des Vermögens zu bestimmen. — Genosse Treue meinte, daß wenn der Verband in Tätigkeit trete, für die Wahlvereine wenige Rechte übrig blieben. Der Entwurf sei sehr mangelhaft. Es müsse auch ausdrücklich bestimmt werden, daß die Vereine selbst ihre Vertreter in die einzelnen Kommissionen zu wählen hätten und nicht, wie man nach dem Statut annehmen müsse, der Vorstand darüber entscheide. Auch sei es wohl besser, wenn jedem Verein gleiche Vertretung gewährt werde. Die Generalversammlungen müßten vierteljährlich stattfinden. Ferner sprach sich der Redner im allgemeinen gegen das Delegiertensystem aus und für Einführung von Urabstimmungen. Es dürfe nicht alles in kleinen Zirkeln erledigt werden.

Nachdem hiermit die Diskussion erschöpft war, entgegnete der Referent in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Einwendungen. Er bemerkte unter anderem, daß das Korrespondenzblatt nur rein praktische Fragen der Organisation und Agitation behandeln solle und keine besondere Redaktion dazu nötig sei. Der Aktionsausschuß werde einen Genossen aus dem Vorstand mit der Zusammenstellung des Blattes betrauen. Was die Deckung der Kosten für die verschiedenen Zwecke der Organisation betreffe, so bleibe im allgemeinen der bisherige Modus aufrecht erhalten, und der eigentliche Etat des Verbandsvorstandes werde sich lediglich auf die Besoldung der Beamten und die übrigen Verwaltungsausgaben erstrecken. Daß die Wahlkreise selbst zu bestimmen hätten, welche ihrer Vertreter in den einzelnen Kommissionen sitzen sollten, liege im Paragraphen 3 drin. Im übrigen sei er der Ansicht, daß die Organisation immer demokratischer werde. Ueber die Zahl der Mitglieder, die einen Delegierten wählen sollen, habe man sich lange in der Statutenkommission herumgestritten; mit Rücksicht auf die kleinen Kreise habe sich die Mehrheit für die Zahl 50 entschieden.

Hierauf wurden die einzelnen Paragraphen zur Diskussion gestellt und zur Abstimmung gebracht. Der § 1 wurde unverändert gegen zwei Stimmen angenommen, § 2 ebenfalls unverändert gegen vier Stimmen. Der § 3 erhielt nach Annahme einiger Abänderungsvorschläge folgende Fassung:

„Mit der Leitung des Verbandes wird ein aus mindestens 53 Mitgliedern bestehender Vorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist.

Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Kreis-Wahlvereinen prozentual ihrer Mitgliederzahl gewählt; jedoch muß jeder Kreiswahlverein durch mindestens fünf Mitglieder in demselben vertreten sein.

Der Vorstand bildet aus seiner Mitte den Verwaltungs- und Aktionsausschuß. In diesen Ausschüssen muß jeder Kreis durch zwei Delegierte vertreten sein. Die Mitglieder der Preß-, Lokal- und Agitationskommission werden in den Generalversammlungen jedes einzelnen Kreises gewählt.

Der Verwaltungs- und Aktionsausschuß besteht aus 22 Mitgliedern und zwar: zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, zwei Schriftführern, 13 Beisitzern und je einem Vertreter der Preß-,

Agitations- und Lokalkommission. Die Generalversammlung bestimmt aus den von den Kreiswahlvereinen gewählten Vertretern den ersten Vorsitzenden, ersten Kassierer und ersten Schriftführer.

In § 4 wurde statt fünf Revisoren eingefügt: „acht Revisoren, von denen jeder Wahlkreis einen zu wählen hat." § 5 wurde mit der Aenderung angenommen, daß nur die Delegierten Stimmrecht auf der Generalversammlung haben sollen. §§ 6, 7, 8 und 9 wurden unverändert angenommen; § 10 mit der Aenderung, daß allen am Zahlabend erscheinenden Genossen das Korrespondenzblatt ausgehändigt werden soll; § 11 unverändert. Endlich wurde nachfolgender § 12 angenommen:

„Eine freiwillige Auflösung des Verbandes kann nur in einer Generalversammlung erfolgen, und zwar mit $^3/_4$ Stimmenmehrheit; und entscheidet diese auch über die Verwendung des vorhandenen Vermögens. Bei einer plötzlichen Auflösung entscheidet der Vorstand über die Verwendung des Vermögens im Interesse der Sozialdemokratie."

Fünfter Wahlkreis. In der am Dienstag im „Alten Schützenhause" abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde zunächst die Aufnahme 17 neuer Mitglieder bestätigt. Sodann referierte Genosse Leopold Liepmann über den Entwurf des neuen Organisationsstatuts für die Zentralisation der acht Reichstags-Wahlkreise von Groß-Berlin. Redner führte dazu folgendes aus:

Wenn je ein Statutenentwurf eine eingehende und gründliche Durchberatung erfahren habe, so dieser. Wohl 15 Sitzungen sind deswegen abgehalten worden, davon allein 7 von der kombinierten Statutenkommission. Schon dieser Umstand beweise zur Genüge, welchen Wert die Parteifunktionäre der meisten Wahlkreise auf die einzuführende Zentralisation legen und mit welchem Ernst die Kommission ihre Arbeit erledigt hat. Die Vorstandsmitglieder und Bezirksführer des fünften Kreises hätten sich bei den Vorberatungen fast einmütig auf den Boden der Zentralisation gestellt, wenn auch die Ansichten unter ihnen über den Grad der Selbständigkeit der einzelnen Wahlkreise auseinander gingen. Sehr wesentlich hätten zu dieser Einmütigkeit zweifellos die bisherigen guten Erfahrungen mit beigetragen, die der fünfte Kreis mit der Reorganisaion vor einigen Jahren gemacht habe. Speziell der fünfte Kreis könne für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, auf dem Wege der Reorganisation bahnbrechend vorgegangen zu sein und damit den übrigen Wahlkreisen einen Anstoß gegeben zu haben, das alte Organisationssystem aufzugeben. Und die Erfahrung habe gelehrt, daß alle Prophezeiungen der damaligen Schwarzseher, so gut sie auch gemeint sein mochten, fehlgeschlagen sind. Die Zeitverhältnisse erforderten damals gebieterisch die Aufgabe des veralteten Vertrauensmännersystems und die Einführung einer straffen Kreisorganisation, und das Resultat war ein allseitiger schöner Fortschritt der Berliner Parteibewegung, besonders dann, als sich sämtliche Wahlkreise, mit alleiniger Ausnahme des dritten Kreises, dem Vorgehen des fünften Kreises anschlossen und ihre Organisationsform ebenfalls modernisierten. Deshalb könne man auch sagen, die Erkenntnis von der Zweckmäßigkeit der Zentralisation habe sich bei den Mitgliedern des fünften Kreises schon bei der früheren Reorganisation durchgesetzt.

Gegenwärtig aber zeige es sich, daß die in sich abgegrenzte Kreisorganisation den jetzigen Zeitverhältnissen allein nicht mehr genügt. Die ganzen Berliner Parteiverhältnisse schreien förmlich nach einer kompakten Zusammenfassung der Kräfte in einer über alle Wahlkreise von Groß-Berlin ausgedehnte Zentralorganisation. Bei aller Leistungsfähigkeit der Einzelkreise mangelt es doch seit jeher an Einheitlichkeit in allen Fragen, die für die Berliner Parteibewegung in ihrer Gesamtheit in Betracht kommen. Und dieser Fragen gäbe es sehr viele. Er erinnere nur an die Vorbereitungen und Agitationsarbeiten bei den Landtags- und Kommunalwahlen. Dabei komme stets ein Kreis dem anderen ins Gehege, und die Folge sei, daß nicht immer alles so klappt, wie es eigentlich müßte. Viel Kraft müsse leider vergeblich und unnütz verschwendet werden, was bei einheitlicher Leitung nicht der Fall zu sein brauche. Mit Recht habe der Genosse Alwin Körsten bei einer Gelegenheit mal gesagt, er wisse als Obmann der Gewerkschaftskommission ja gar nicht, an wen er sich vorkommendenfalls von den Vertrauensleuten der Partei wenden solle. Bei deren Sitzungen führe bald der eine, bald der andere den Vorsitz, und seien die Sitzungen zu Ende, dann sei auch die ganze Vertrauensmänner-Körperschaft ausgeflogen. Niemand wisse etwas von ihr, bis sie schließlich wieder zu einer neuen Sitzung zusammentritt. Diese Kritik treffe leider vollständig zu, und daher sei es nur zu begrüßen, daß mit dem jetzigen System endlich aufgeräumt werden und an Stelle der fossilen Vertrauensmänner-Körperschaft ein ständiger Verwaltungs- und Aktionsausschuß treten soll.

Aber auch die Agitation könne ungleich besser von einer Zentrale aus betrieben werden. So günstig, wie kürzlich eine Statistik die Organisationsverhältnisse in den Wahlkreisen darstelle, lägen die Dinge leider nicht. Er, Redner, sei als trockener Zahlenmensch gewöhnt, mit realen Tatsachen zu rechnen. Bei einer rein rechnerischen Prüfung auf Grund der Mitgliederbeiträge in den einzelnen Wahlkreisen ergebe sich dann, daß als wirklich zahlende Mitglieder der Berliner Wahlkreise nicht 36—40 000, sondern nur 27 610 Genossen in Frage kommen. Die anderen seien nur papierne Mitglieder, die wegen restierender Beiträge schon gar nicht mehr zur politischen Organisation zu zählen seien. Wenn nun, was ja notwendigerweise eintreten müsse, ein oder zwei Parteibeamte in der Zentralisation angestellt würden, so stehe doch mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Drückeberger ungleich besser herangezogen werden könnten wie bisher. In den einzelnen Kreisen sei es bislang eben einfach unmöglich gewesen, auf diesem Gebiete den so notwendigen Wandel zu schaffen, weil die Funktionäre alle Parteiarbeiten nach Feierabend erledigen mußten und dadurch ein gut Teil der wichtigen Arbeiten überhaupt nicht besorgt werden konnten.

Wohl gäbe es nun eine ganze Anzahl Genossen, die noch immer der Meinung seien, bei der Anstellung von besoldeten Parteibeamten würde der Idealismus zum Teufel gehen. Hier verweise er aber auf die Gewerkschaften. Wenn dort auch nicht gerade alles ideal sei, so habe er doch die Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften den wesentlichsten Teil ihrer erfreulichen Fortschritte zweifellos den besoldeten Gewerkschaftsbeamten zu verdanken hätten. In dieser Beziehung müsse die Partei also von den Gewerkschaften lernen. Auch in den Gewerkschaften sei anfangs viel über die Anstellung besoldeter Beamten räsoniert worden, bis man schließlich einsah, daß es ohne solche eben nicht mehr ging, da die Arbeiten auch beim besten Idealismus nicht länger nach Feierabend bewältigt werden konnten. Und ähnlich werde es auch in der Partei kommen, wenn nicht eine Stagnation eintreten solle. Uebrigens sei es ja auch eine nicht zu leugnende Tatsache, daß immer nur diejenigen am meisten über Besoldung schreien, die am wenigsten für die Organisation tun. Die Erfahrung werde eben lehren, daß der Idealismus auch bei der Anstellung besoldeter Parteibeamten in genau demselben Maße erhalten bleibt, wie bisher.

Grundfalsch sei es nun auch, wenn, wie beispielsweise im dritten Kreise, gesagt werde, den Wahlkreisen solle jede Selbständigkeit genommen werden. Niemand denke daran, den einzelnen Wahlkreisen das Aufstellungsrecht der Reichstagskandidaten zu beschränken. Dies sei schon aus dem einfachen Grunde unmöglich, weil das allgemeine Parteistatut dem entgegensteht. Auch eine Bevormundung oder gar Vergewaltigung der kleinen Kreise durch die großen sei ausgeschlossen und zwar schon deshalb, weil die großen Kreise genau dasselbe Interesse an dem Blühen und Gedeihen der Gesamtpartei hätten, wie die kleinen und infolgedessen auch niemals etwas beschließen würden, was den Gesamtinteressen der Partei zuwiderlaufen könne. Der fünfte Kreis sei doch auch nur ein kleiner Kreis und habe schon vielfach die Hülse anderer Kreise, speziell des sechsten, in Anspruch nehmen müssen. Diese Hülfe sei aber stets gern und mit größter Uneigennützigkeit gewährt worden. Daher stehe auch ohne weiteres zu erwarten, daß die großen Kreise auch bei Einführung der Zentralisation keinerlei Mißbrauch mit ihrem nominellen Uebergewicht treiben würden. Das Gesamtinteresse der Berliner Parteibewegung erheische nun einmal dringend eine Zusammenfassung der Kräfte, und es stehe auch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Zentralisation der Wahlkreise mit einheitlicher Leitung der ganzen Arbeiterbewegung hier am Kristallisationspunkt des politischen Lebens eine ungleich größere Stabilität und damit auch eine gesunde Entwickelungsmöglichkeit geben werde. (Lebhafter Beifall.)

Redner erläuterte hierauf die einzelnen Paragraphen des Statutenentwurfes und empfahl die ganze Vorlage, die als Kompromißentwurf allen Meinungen in den einzelnen Wahlkreisen größtmöglichste Rechnung trage, im Prinzip zur Annahme. Nach unwesentlicher Diskussion wurde sodann einstimmig folgende von Liepmann und Wels vorgelegte Resolution angenommen:

Die heutige im Alten Schützenhause tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise erklärt sich mit dem von der Organisationskommission vorgelegten Statutenentwurfe im Prinzip, unbeschadet einzelner Abänderungen einverstanden und ist zum Eintritt in den Zentralverband der Wahlvereine Berlins und Umgebung bereit.

Sie überläßt es den zur Generalversammlung des Verbandes später zu wählenden Delegierten, alle noch nötig erscheinenden Festsetzungen der Rechte der Einzelkreise in das zu schaffende Normalstatut für die einzelnen Wahlvereine hineinzubringen.

Zum Schluß wurde von mehreren Rednern zu einer besseren Beteiligung an den Flugblattverbreitungen aufgefordert, speziell jetzt zu den Stadtverordnetenwahlen.

Im sechsten Kreise nahmen die Mitglieder in einer außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins Stellung zu dem Organisationsentwurf für Groß-Berlin. Karl Fischer gab als Mitglied der Kommission das einleitende Referat. Wie Redner ausführte, hat sich die Mehrheit der Kommission in ihren Vorschlägen davon leiten lassen, die Beibehaltung der Kreisorganisation zu wahren; die Minderheit dagegen wünschte eine Zentralorganisation für ganz Berlin unter Aufhebung der Kreisorganisationen. Bedauerlicherweise hat der dritte Kreis schon Stellung zu dem Entwurf genommen, ohne anscheinend eine genügende Aufklärung über das Wesen der gedachten Zentralisation zu geben. Denn selbstverständlich ist auch in Zukunft die Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen, an welchen sich die Partei beteiligt, den einzelnen Kreisen überlassen. Wohl aber sind die sonstigen Vorbereitungen gemeinsam über Berlin zu erledigen. Referent erläutert an Hand des Statutenentwurfs, der den Anwesenden vorliegt, die einzelnen Bestimmungen desselben. Zu mehreren Paragraphen sind Abänderungsanträge gestellt, die vom Redner gleich mitbehandelt werden. Entgegen einem Antrage, der die Entsendung der Delegierten zur Generalversammlung den Zahlabenden überlassen will, bittet Redner, die Entsendung der Delegierten in den Generalversammlungen vorzunehmen. Ein weiterer Antrag besagt, daß die Vorstandsmitglieder sowie die Vertretung der Redaktion auf den Generalversammlungen kein Stimmrecht haben sollen. Auch diesen Antrag bittet Fischer abzulehnen. Es geht doch nicht an, daß wir diese Genossen degradieren; bei wichtigen Parteifragen, wie sie in diesen Generalversammlungen verhandelt werden, müsse jedem Anwesenden auch volles Stimmrecht zustehen. Viele Parteigenossen haben Bedenken gegen die Anstellung besoldeter Vorstandsmitglieder. Redner ist der Meinung, wenn wir Leute zur Verfügung haben, die ihre volle Kraft der Partei widmen, wird es uns gelingen, mehr wie bisher Wege zu finden, um in die Kreise der Indifferenten einzudringen. Wir hoffen, mit Hülfe des engeren Zusammenschlusses gute Arbeit im Interesse der Partei zu tun.

In der anschließenden Diskussion begründet Körner die oben skizzierten Abänderungsanträge des 531. Bezirks. Gehl wendet sich gegen eine sofortige Spezialdiskussion. Erst müssen wir uns doch darüber klar werden, ob wir überhaupt diese Aenderung der Organisation wollen. Redner ist der Meinung, daß wir mit der bisherigen Organisation gut gefahren sind. Den Mitgliedern wird durch diese Neuregelung das Mitbestimmungsrecht genommen. Wenn man die Vertrauensleute nicht mehr will, könnten doch die Wahlvereinsvorstände einen Obmann ernennen, der gemeinsame Aktionen einleitet. In seinen weiteren Ausführungen äußert Gehl die Befürchtung, daß die Kreisorganisationen und deren Versammlungen durch Annahme des Statuts an Bedeutung verlieren. Er bittet, den Entwurf rundweg abzulehnen. Desgleichen wendet sich Juppenlatz gegen die Neuorganisation. Die zirka 450—500 Delegierte würden die Geschicke der gesamten Berliner Parteimitglieder bestimmen. Marx fragt, ob sich das Alte nicht bewährt habe. Das Statut ist für jeden Demokraten unannehmbar. Jetzt wolle man den Mitgliedern das bißchen Recht, was sie noch haben, ganz nehmen.

Ein von Philipp begründeter Antrag, den Entwurf zur nochmaligen Beratung an die Zahlabende zu verweisen, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Ernst wendet sich gegen die Ausführungen der verschiedenen Diskussionsredner. Wenn Marx frage, ob die Vertrauensmänner aufhören sollen zu existieren, so scheine er nicht die Beschlüsse des Jenaer Parteitages zu kennen. Zu dem Antrage, den Vorstandsmitgliedern das Stimmrecht zu nehmen, bemerkt er, daß es doch ganz natürlich sei, daß in eigenen Angelegenheiten die Genossen sich der Stimme enthalten. Nun soll doch aber in den Generalversammlungen nicht nur über die Kleinarbeit gesprochen werden, sondern Diskussionen über allgemeine Parteifragen angeregt und gepflogen werden. Bei all diesen Fragen kann man doch einen Teil der Genossen nicht zu Genossen zweiter Klasse stempeln. Wenn man sich wundert, warum eine Aenderung der Berliner Organisation gewünscht wird, so ist es doch Tatsache, daß weite Kreise der Genossen eine Verbesserung und Vervollkommnung der Organisation wünschen. Die Zerrissenheit, wie sie Berlin jetzt darstellt, sei doch kein idealer Zustand. Wenn befürchtet wird, daß den Mitgliedern Rechte genommen werden, solle man doch bedenken, daß in den Zahlabenden und den Wahlvereins-Generalversammlungen zu den Tagungen der Generalversammlung Groß-Berlins Stellung genommen wird. Als Bindeglied dient dazu das Korrespondenzblatt. Hierin sollen alle Fragen, die die Organisation und Agitation Groß-Berlins betreffen, ventiliert werden. Die Beschlüsse des Vorstandes und die Beweggründe dazu werden darin den Mitgliedern unterbreitet, so daß die Mitglieder die Berichte aus erster Hand erhalten. Es ist durchaus notwendig, nach Möglichkeit eine Entlastung der arbeitenden Genossen herbeizuführen. Eine große Zahl von Genossen ist Abend für Abend wie Sonntags im Interesse der Partei tätig. Wir müssen Sorge tragen, daß die Genossen nicht mit Kleinarbeit so überlastet werden, daß sie den Blick fürs Ganze verlieren. Wie traurig steht es in Berlin mit der theoretischen Schulung. In dieser Beziehung hinken wir weit hinter der Provinz nach. Notwendig ist es, eine enge Fühlung mit den für Berlin in Betracht kommenden Institutionen der Arbeiterbewegung zu erhalten. Berlin ist heute zur Ohnmacht verdammt, weil es zersplittert und nie schlagfertig ist. Die Annahme des Entwurfs liegt im Interesse der Fortentwickelung der Berliner Parteibewegung.

An der ferneren Diskussion beteiligen sich die Genossen Fiedler, Radow und Halfter, die sich gegen die Annahme aussprechen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten und einigen persönlichen Richtigstellungen wird das Statut unverändert mit großer Mehrheit angenommen. Die Berichterstattung von der Provinzialkonferenz soll der vorgerückten Zeit wegen einer späteren Versammlung vorbehalten werden. Freythaler ersucht noch die Genossen, sich recht zahlreich am Sonntag an der Flugblattverbreitung in den Bezirken, die zur Wahl stehen, zu beteiligen.

Soziales.

Kindersegen und kommunales Wahlrecht.

Daß Kindersegen unter unserem vorsintflutlichen, mehrfach geflickten Gemeinderecht ein Wahlrechtsräuber sein kann, zeigt ein jetzt vom Ober-Verwaltungsgericht erledigter Rechtsstreit. § 77 des preußischen Einkommensteuer-Gesetzes bestimmt in seinem Absatz 1: „Soweit nach den bestehenden Bestimmungen in Stadt- und Landgemeinden das Bürgerrecht beziehungsweise das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuerbetrages von 6 M. geknüpft ist, tritt bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung des Gemeindewahlrechts an Stelle des genannten Satzes der Steuersatz von 4 M. beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 M. bis 900 M." Die Voraussetzung des § 77 trifft zu u. a. im Gebiet der Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen vom Jahre 1853. In Königsberg in Preußen waren nun in der Wählerliste für 1904 sechs Personen nicht aufgenommen worden, von denen feststeht, daß sie ein Einkommen von 660 bis 900 M. hatten. Sie waren indessen bei der in Königsberg stattfindenden Veranlagung der Einkommen unter 900 M. nicht zu dem nach § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes dem Einkommen von 660 bis 900 M. entsprechenden fingierten Normalsteuersatz von 4 M. veranlagt worden. Man hatte sie vielmehr frei veranlagt, und zwar wegen ihrer Kinder im Hinblick auf § 18 des Einkommensteuer-Gesetzes, wo bestimmt ist: „Für jedes nicht nach § 11 selbständig zu veranlagendes Familienmitglied unter 14 Jahren wird von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes, sofern der Betrag 3000 M. nicht übersteigt, der Betrag von je 50 M. in Abzug gebracht, mit der Maßgabe, daß bei Vorhandensein von mehr als drei Familienmitgliedern dieser Art auf jeden Fall Ermäßigung um eine Stufe eintritt."

Nach vergeblichem Einspruch klagte der Genosse A. Erdmann gegen die Stadtverordneten-Versammlung auf Aufnahme der Sechs in die Wählerliste. Er machte geltend, daß sie nach § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes in Verbindung mit § 5 der Städteordnung wahlberechtigt schon deshalb seien, weil sie ein Einkommen von 660 bis 900 M. hätten. Demgegenüber spiele ihre Freiveranlagung im Hinblick auf § 18 keine Rolle.

Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab und führte unter anderm aus: Ziffer 4d des § 5 der Städteordnung in der durch Gesetz vom 22. Mai 1873 erhaltenen Fassung knüpfte die Erwerbung des Bürgerrechts an die „Entrichtung" eines jährlichen Klassensteuerbetrags von 6 M. Nach § 77 des Steuergesetzes trete nun an Stelle dieses Satzes der Steuersatz von 4 M. beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 M. Damit sei, wie das Ober-Verwaltungsgericht am 25. April 1899 entschieden habe, gemeint, daß die Veranlagung (siehe § 76) an die Stelle der Entrichtung treten solle, da bei den fingierten Sätzen des § 74 von einer „Entrichtung" nicht mehr die Rede sein könne. Das Wort „beziehungsweise" im § 77 (Schluß des ersten Absatzes) habe dann nicht den Sinn eines „oder", sondern beziehe sich nur auf den Fall, wenn eine staatliche Veranlagung der Einkommen unter 900 M. nicht stattgefunden habe, weil die betreffende Gemeinde diese kleinen Einkommen nicht mit Zuschlägen belasten wolle. Wenn also, wie in Königsberg, die Veranlagung der Einkommen von 660 bis 900 M. vorgenommen werde, dann sei das Ergebnis der Veranlagung für die Erwerbung des Bürgerrechts maßgebend, einerlei, aus welchen Gründen etwa eine steuerfreie Veranlagung der betreffenden Personen stattgefunden habe und welche dem Steuerpflichtigen zustehenden Abzüge es bewirkt hätten, daß sein Einkommen unter 660 M. heruntergegangen sei. Hierin möge eine Härte gegenüber einzelnen Personen gefunden werden, denen als Väter mehrerer Kinder eine Beteiligung am kommunalen Leben unterbunden werde. Indessen der im vorstehenden entwickelte Grundsatz entspreche doch dem sonst in der Steuergesetzgebung festgehaltenen Standpunkt, daß, wenn eine Veranlagung zu einer Steuer vom Staate erfolgt sei, der so gewonnene Satz für die kommunalen Verhältnisse unbedingt maßgebend sein solle.

Erdmann legte Berufung ein, die Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht am 17. Oktober vor dem zweiten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts vertrat, indem er ausführte: Der Gesetzgeber habe mit dem § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes den Zweck verfolgt, einen festen und gleichmäßigen Maßstab zu schaffen für die Ausübung des Gemeinderechts. Einen solchen Maßstab zu bilden, sei das steuerpflichtige Einkommen an und für sich wohl geeignet, ohne Rücksicht darauf, welcher Steuersatz bei der Veranlagung herauskomme. Ein Grundgedanke der Städteordnung sei, daß ein gewisses Existenzminimum, eine gewisse wirtschaftliche Position bei dem vorhanden sein solle, dem das Kommunalwahlrecht gewährt würde. Davon wollte man die Gewährung abhängig machen. Solche wirtschaftliche Position sei natürlich schon beim Vorhandensein des entsprechenden Einkommens gegeben, ohne daß die Erhebung des Steuersatzes für sich in Frage komme. Das Gesetz ziehe hierbei den Steuersatz nur insoweit in Rücksicht, als er in der Regel einen bequemeren Maßstab bilde. Daß aber das Gesetz in den hier in Betracht kommenden Bestimmungen davon ausginge, daß absolute Voraussetzung des Rechts die Zahlung des genannten Steuersatzes sei, davon könnte nicht die Rede sein. Maßgebend sein solle hier nicht die Zahlung der Steuer an und für sich, sondern das Einkommen. Danach wäre aber die Vorentscheidung unzutreffend. Das Gesetz rede allerdings von Steuersätzen. Aber wenn man die §§ 17 bis 19 des Einkommensteuer-Gesetzes betrachte, so komme man doch zu scharfen Unterschieden. Es seien dort Einkommen genannt, die nach einem bestimmten Tarif zu besteuern seien, und andererseits (§§ 18 und 19) seien Fälle genannt, wo eine Ermäßigung stattfinden solle. In den §§ 76 und 77 des Gesetzes könne nur eine Veranlagung gemeint sein, wie sie nach dem Tarif stattzufinden habe. Die Exzeptionen (die Ausnahmevergünstigungen) der §§ 18 und 19 hätten bei der Wahlrechtsfrage außer Betracht zu bleiben. Das Wort „beziehungsweise" im § 77 sei im Sinne von „oder" auszulegen. Schon der Bezirksausschuß hebe hervor, daß bei der von ihm beliebten formalistischen Auslegung eine erhebliche Härte für die Familienväter herauskomme. Das habe der Gesetzgeber sicher nicht gewollt. Die Zubilligung im § 18 solle eine Rechtswohltat sein; sie könne nicht auf der anderen Seite die Betreffenden im Gemeinderecht haben benachteiligen wollen. Nur die Nichterhebung eines Steuersatzes würde bezweckt, indem jene Abzüge vom Einkommen für zulässig erklärt worden seien. Die Vorentscheidung sei aufzuheben und der Klage stattzugeben.

Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte jedoch das Urteil des Bezirksausschusses mit folgender Begründung: Die Vorentscheidung sei aus zwei Gesichtspunkten angefochten worden. Einmal solle die Festsetzung des Steuerbetrages, die mit Rücksicht auf § 18 des Einkommensteuer-Gesetzes erfolge, nicht die Veranlagung sein, wie sie die §§ 76 und 77 im Auge hätten. Der Senat meine aber, die „Veranlagung" sei immer die Festsetzung des Steuerbetrages, der zu entrichten sei, ob er nun entrichtet werde oder nicht. Aus welchen Gründen er nicht oder doch erhoben werde, sei unerheblich. Auch eine steuerfreie Veranlagung sei eine Veranlagung. Der zweite Einwand gehe gegen die Auslegung des „beziehungsweise" in den Worten des § 77 Absatz 1: „... Steuersatz von 4 M. beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 M." Das Gericht sei entgegen dem Anwalt der Meinung, wie dieses beziehungsweise aufzufassen sei, das ergebe sich aus dem § 76. Da heiße es, falls eine Veranlagung nicht stattgefunden habe, gelte der Betrag des Einkommens. So müsse hier auch § 77 ausgelegt werden. Das heißt, das Einkommen käme nur subsidär in Frage. Also: habe man in der Gemeinde die Einkommen unter 900 M. veranlagt, dann gelte der veranlagte Steuersatz, und wer, wie hier, frei veranlagt sei oder niedriger als zu 4 M., der habe kein Wahlrecht. Das Einkommen aber gelte nur dann, wenn eine Veranlagung der Einkommen unter 900 M. nicht stattgefunden habe. Da die sechs Beigeladenen, wenn sie auch Einkommen von 660 bis 900 M. hatten, frei veranlagt seien, so sei die Klageabweisung begründet.

Backstuben-Geheimnisse.

Unerhörte und ekelerregende Schweinereien kamen durch eine kürzlich vor dem Landgericht München I durchgeführte Verhandlung gegen den Bäckermeister Josef Lohr von Wittersktrchen wegen eines fortgesetzten Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz an das Tageslicht. Lohr, ein vielfach, darunter

mit 7 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Mensch, ist beschuldigt, daß er in zwei Fällen fortgesetzt, und zwar von November 1903 bis September 1904 in seiner Bäckerei 4—5 Wochen altes, mit Schimmel überzogenes und sehr beschmutztes, von Mäusen angefressenes Brot in einem Wassereimer aufweichte, zerdrückte und dem zum Hausbrot bestimmten Brotteig samt dem schmutzigen Wasser beimengte. Das auf diese Weise gewonnene Brot hatte einen säuerlichen Geschmack und war geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Die zweite, dem ehrenwerten Bäckermeister zur Last gelegte Handlung, die sowohl beim Gericht als im Zuhörerraum Ekel erregte, bestand darin, daß Lohr im Winter 1903/04, obwohl er an beiden Händen und Armen mit einem eiterigen Ausschlag behaftet war, sich am Knet- und Backgeschäft beteiligte, sich wiederholt in einem zum Backgeschäft verwendeten Kübel Hände und Arme reinigte, und dieses schmutzige Wasser zur Anmachung des Teiges verwendete. Weiter wurde durch einen Bäckergehülfen eidlich erhärtet, daß er während der Arbeit sich mit dem sogenannten „Stupfer" (ein Instrument, das zum Teilen der Semmel verwendet wird) die Eiterbläschen aufkratzte und dann das Instrument, ohne es zu reinigen, wieder zur Arbeit verwendete. Der ordnungsliebende Bäckermeister gab nur zu, daß er altes Brot aufgeweicht und es dem zum Hausbrot bestimmten Teig zugemengt habe, die übrigen Schweinereien stellte er, allerdings vergeblich, in Abrede. Die Beweisaufnahme ergab, daß Lohr altes, verschimmeltes Brot schon ein Jahr vorher dem Brotteig beimischte, daß viele Kunden sich über das Brot, das zuweilen förmliche Batzen enthielt, beschwerten. Durch eine Zeugin wurde auch erwiesen, daß auch die Ehefrau des Angeklagten an den Händen mit einem Ausschlag behaftet war und trotzdem die Kunden bediente. — Ein kommissarisch vernommener Zeuge, der früher bei Lohr in Arbeit stand, sagte aus, es sei in Nürnberg allgemein üblich, daß das Wasser, das zum Reinigen der Arme vom Teige verwendet wird, dem Teige selbst zugeschüttet werde. (Mahlzeit!) Der Staatsanwalt brandmarkte mit scharfen Worten das schamlose Gebaren des Angeklagten und beantragte gegen ihn sechs Monate Gefängnis. Das Urteil gegen den Schweinepelz lautete auf vier Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust. Das Urteil wird auf seine Kosten öffentlich bekannt gegeben. — Im Hinblick auf die kaum glaubliche Schweinerei eigentlich noch eine sehr milde Strafe.

Den Kampf gegen den Alkohol hat man in diesen Tagen wieder einmal mit dem schwersten Geschütze des Gebets und der Bußpredigt zu führen versucht. Der Mitteldeutsche Bund vom Blauen Kreuz, ein Ausfluß der Inneren Mission, hielt am Sonntag und Montag in Leipzig seine Tagung ab, bei der Festgottesdienste, Gebets- und Heiligungsversammlungen und Bibelstunden in ununterbrochener Folge mit einander abwechselten. Natürlich hatte man für die Alkoholseuche keine andere Erklärung als den immer größer werdenden Mangel an Kindlichkeit und das angebliche Schwinden der Sittlichkeit. Daß vor allem die sozialen Mißstände unserer Wirtschaftsordnung es sind, die das Umsichgreifen der Alkoholseuche begünstigen, dafür geht den pietistischen Schwärmern jedes Verständnis ab; sonst könnten sie nicht zu solchen Kampfesmitteln greifen, die gerade dazu angetan sind, die Heuchelei groß zu ziehen.

Von der gesicherten Existenz. Aus Halle berichtet man uns: Eine pure Verzweiflungstat, als solche bezeichnete sie auch der Staatsanwalt, beschäftigte die Strafkammer. Angeklagt war der durch Stellenlosigkeit in Not geratene Buchhalter Friedrich Fichtel von hier, der erklärte, er habe absichtlich in der Nacht vom 16. zum 17. September eine Schaufensterscheibe des Gasthofsbesitzers Hohlbein, im Werte von 350—400 M., zertrümmert, um im Gefängnis Obdach zu finden. Der Unglückliche erklärte, er sei allerdings erst 40 Jahre alt, finde mit Rücksicht auf sein körperliches Leiden aber keine Stellung mehr. Im übrigen sagten die Prinzipale, sie könnten jetzt junge Leute genug kriegen. Wenn er die Haftzelle verlasse, müsse er wieder nicht, was er beginnen solle. Der Staatsanwalt erkannte die verzweifelte Lage des Angeklagten an und beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte aber auf drei Monate Gefängnis, da die Tat doch sehr roh sei.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, Montag, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: Geselliges Beisammensein, Klaviervortrag und Gesang. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Steglitz. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hält am 19. Oktober bei Wahrendorf, Schloßstraße 115, abends 8½ Uhr, seine Mitgliederversammlung ab. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Lichtenberg. Der „Bildungsverein für Frauen und Mädchen Lichtenbergs" hielt am Montag, den 16. Oktober, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Referent, Herr P. Gramm, sprach über „Instinkt oder Verstand?" Als Einleitung seines Vortrages skizzierte er kurz die Entstehung resp. die Entwickelung der Erde und der Lebewesen und zeigte dann an der Hand verschiedener Beispiele, daß die Tiere nicht nur Instinkt, sondern auch Verstand haben, der bei verschiedenen Tiergattungen, z. B. bei den Hunden, Elefanten, Bienen, Ameisen usw. besonders scharf ausgeprägt ist. Der Referent schloß seinen lehrreichen, mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag mit einem warmen, beherzigenswerten Appell an die Frauen, überall da, wo Bildungsvereine für Frauen und Mädchen bestehen, sich denselben anzuschließen.

Nachdem die Anwesenden aufgefordert worden, sich den am 19. d. M., abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße stattfindenden Vortrag mit Lichtbildern „Die Abstammung des Menschen" anzuhören, wurde die Versammlung geschlossen. Dem Verein wurden mehrere Mitglieder gewonnen.

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: Liste 2532 7,—. Liste 213 ges. in d. Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt 17,—. Liste 9612 von den Arbeitern d. F. Tischleit u. Co. Nachflg. Stern 28,30. Dr. Heinemann, Berlin, Kronenstraße 200,—. do. 50,—. Listen 7075, 7082 18,50. Listen 6037—39 Rudolf Mosse, Abt. Zeitung 44,10. Liste 7089 4,10. Liste 1623 Bodentischlerei Schönherr 12,70. Liste 1631 Stiftungsfest der Glaser 34,70. Listen 1622, 1624, 1625, 1632 52,95. Liste 11391 Buchdruckerei Germania 32,25. Von den Arbeitern, Arbeiterinnen u. Angestellten d. F. Lehrer u. Scheffler, Lübeckerstraße 11,60. Liste 6692 4,20. Liste 6693 5,25. Liste 11576 5,—. Falzerei d. „Berliner Tageblatts" 14,30. Liste 7655 6,25. Tischlerei Voigt, Weberstr. 3 15,—. Liste 218 Rotationsmaschinenmeister der „Morgenpost" 11,50. Liste 3355 Aushülfsfalzer der Berliner „Morgenpost" 64,75. Liste 1965 21,—. Liste 9040 Druckerei Gutenberg, Lützowstraße 67,30. Liste 7033 Kleinschewsky, Ratiborstraße 16,25. Werkabteilung und Kontorpersonal der „Vorwärts"-Buchdruckerei, darunter v. E. 10,—, 50,—. Gewerkschaftskartell Boxhagen-Rummelsburg Liste 461 28,80. Liste 454 3,95. Liste 455 5,15. Liste 456 7,65. Liste 504 10,30. Liste 505 10,25. Liste 507 4,—. Liste 508 10,25. Liste 460 9,10. Liste 511 19,70. Summa 109,15. Bereits quittiert 250,90. Gesamtsumme 360,05. — Liste 2842 2,—. Liste 11312 17,70. Liste 11461 Werkstatt Zander, Eisenbahnstr. 10,30. Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands 500,—. Krankkasse des 151. Bezirks im vierten Berliner Wahlkreis 20,—. Fabrikarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin): Von Arbeitern der Firma Kahlbaum, Münzstr., auf Liste 1934 16,75. Liste 1936 30,90. Von Arbeitern der Anilinfabrik, Schlesisches Tor, Liste 1949 19,30. Desgl. Liste 1950 16,52. Liste 1955 21,60. Liste 1961 9,70. Arbeiter der Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabrik, Mühlenstr., Liste 1962 14,30. Desgl. Liste 1963 4,55. Desgl. Liste 1964 10,75. Arbeiter vom Messingwerk Marienfelde, Liste 7730 41,60. Außerdem vom Rauchklub „Sieben rocht" Adlershof 15,—. Unter Buchstaben R. B. 2,—. Summe 202,97. — Verband der Töpfer, Filiale Berlin: Bau Peschke durch Schrot 6,—. Kalbenbach Liste 2707 12,—. Bau Gielow Liste 4076 10,25. Reinsdorf Liste 4074 9,50. Bau Kelletat Liste 10 101 9,—. Bau Gärtner, Pankow 12,—. Durch Böhme Liste 4071 4,75. Durch Damelacks Liste 4072 4,50. Bau Prause Liste 10 099 9,10. Durch Hoffmann Liste 984 5,50. Bau Jäger Liste 10 102 13,—. Bau Gramm Liste 4083 9,—. Bau Wendt Liste 2682 8,—. L. Wiegand Liste 4078 5,75. Bau Schuppmann, Mommsenstr., Liste 4063 14,55. Havemann Liste 2718 13,50. Bau Karmann, Mommsenstr., Liste 2672 22,90. Bau Neumann u. Landon Liste 4061 10,55. Bau Schirmer, Allensteinstr., Liste 2714 11,70. Döring Liste 2708 12,50. Bau Rosenfeld Liste 10 091 8,—. Liste 2699 2,20. Liste 2689 2,50. Sa. 216,75. — Vom Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter auf Liste 3977 26,75. Liste 3988 8,80. Liste 3990 4,20. Liste 3995 2,—. Liste 4001 Holzbearbeitungsfabrik Koller 12,85. Liste 4002 15,75. Liste 4007 11,65. Liste 4008 4,75. Liste 4011 Maschinenarbeiter von Gebr. Faul 11,75. Liste 4012 11,50. Liste 4014 Holzbearbeitungsfabrik Klapproth u. Hoppe 13,05. Liste 4017 5,70. Liste 4022 Tischlerei Bach u. Kopitz 7,35. Liste 4024 3,95. Liste 4025 15,—. Liste 4621 16,20. Liste 4624 10,20. Liste 4625 8,40. Liste 4633 5,75. Liste 4635 10,15. Liste 4861 Maschinenarbeiter und Tischler von Sommerlatte 25,80. Liste 4869 7,95. Liste 4876 5,95. Liste 4878 Arbeiter der Firma Kattner, Waldemarstr. 14, 10,—. Liste 9437 Maschinenarbeiter von Gebr. Faul 4,50. Liste 9448 7,—. Liste 9449 2,50. Liste 9464 1,—. Summe 270,45. — Eingegangene Listen vom Deutschen Buchbinder-Verband: Liste 529 22,20. Liste 565 24,45. Liste 573 5,—. Liste 1563 10,95. Liste 1590 8,40. Liste 1593 20,75. Liste 1596 4,25. Liste 1597 8,15. Liste 1598 7,80. Liste 1600 14,45. Liste 1601 3,50. Liste 7823 4,50. Liste 7824 6,50. Liste 7846 13,90. Liste 9097 15,85, Liste 7811 4,45. Summe 174,60. — Liste 5296 Kronleuchterfabrik Schlesinger, Oranienstraße, 27,—. Listen 5298, 5295, 5302 R. Heinrich 22,15. Holzmontage Mix u. Genest 48,90. Listen 6829, 6827, 6850 Peine 8,70. Liste 11 777 Bureau d. D. M.-A.-Verbandes 54,—. Liste 4296 Fricke 47,15. Liste 7909 Fricke 13,25. Liste 8215 Bautischlerei Platho u. Bergabus 16,10. Liste 6655 Eisenblätter 7,70. Liste 8207 Werkstatt Schwarz u. Fröhlich 15,50. Lederwarenfabrik W. Guttsmann 4,50. Liste 2324 Arbeiter und Maurer d. Gasanstalt Schmargendorf 22,50. Liste 11 754 Treppengeländerfabrik Geißler 32,85. Liste 11 385 Industriestätte Südost, Michaelkirchstr., 18,80. Liste 4453 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zitherfabrik Menzenhauer u. Schmidt 11,15. Liste 6977 Möbelfabrik Emil Ruhlar 16,55. Liste 3701 gesammelt auf der Papierfabrik 38,75. Liste 3700 gesammelt von Gust. Mix 38,—. Liste 7570 Tapezierer der Fa. Fork, Kretschmar u. Co. 19,—. Liste 10 721 Metallwarenfabrik Gulvia, Wassertorstraße, 10,95. Liste 10 722 Konfektionsstube Schulz, Landsberger Allee, 6,05. Liste 4537 3,60. Liste 8438 D. M. und B. G. 13,65. Liste 3854 10,90, Liste 8157 ges. v. d. Fahrstuhl-Monteuren d. Fa. Flohr 56,80. Liste 8158 4,30. Liste 8159 24,40. Aus d. Sechserkasse 98. Bez. durch Kröner 8,50. Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken Liste 1409 Abt. Hachmann 90,75, Listen 1413, 1414 Abt. Burg 60,60, Liste 1415 Abt. Möller 104,—, Liste 1418 Abt. Feld u. Erlicke, 1. Rate Dr. Paul Meyer 44,80. Summe 306,15. — Liste 3855 12,50. Liste 8160 23,50. Liste 8161 10,25. Liste 3862 18,60. Liste 8164 4,85. Liste 8165 ges. v. d. Mechanikern von Sanitas 22,50. Liste 8166 ges. v. d. Schlossern von Sanitas 16,80. Liste 8167 Arbeiter der Fa. Burnitz 6,80. Liste 8180 49,75. Liste 8184 9,—. Liste 8186 17,50. Liste 8187 35,—. Liste 8430 durch Thein 10,85. Liste 5076 Perlmutterarbeiter von Crosinsky u. Eisenach 6,20. Liste 8425 9,80. Liste 8426 14,—. Gesangverein Tonblüte, M. d. A.-S.-B. 20,—. Lucke, Möbelfabrik, Boxhagenerstraße 6,75. Liste 1654 Arbeiter von Förster u. Runge 36,45. Liste 1108 Arbeiter der Ambroin-Werke durch H. L. 20,65. Liste 2536 Arbeiter von Grengel, Koloniestraße 14,—. Listen 8504 u. 2523 durch Gottl. Wonde 62,30. Liste 8531 O. G. 1,20. Einsetzer v. Sawalzki 8,—. Liste 2534 durch Lehn 4,—. Liste 8540 Lackierer u. Maler d. Fa. Arnheim Badstr. 14,50. Ein vergifteter Pfeil aus dem Hinterhalt, d. Gerisch 2,—. Karl Knapp, d. Gerisch 2,30. Lotterieklub „Norden" bei Grobler durch Gerisch 10,—. Bankulis u. Proletarier im Stehkragen durch Ginroß und Gerisch 52,25. Liste 9193 13,70. Liste 2002 11,45. Liste 1791 Polierer der Firma Weise u. Naumann 9,90. Listen 1789, 1793 14,50. Liste 6833 Turnverein „Fichte", 11. Männerabt. 12,—. Liste 11630 Tischlerei Kuttner u. Haupt, Stallschreiberstraße 29,35. Liste 8891 Arbeiter d. Firma Zorn u. Zöls 10,20. Liste 6682 10,85. Liste 9114 7,55. Listen 6086, 6087 Personal der „Vossischen Zeitung" 92,30. Firma C. K. 10,—. Kollegen d. Firma Walter Hyan, Gitschinerstraße 10,40. 17 Lackierer vom Schwartzkopffwerk Wildau 9,50. Liste 4412 Arb. der Galanteriewarenfabrik C. Kirchner u. Schwedheim 7,75. Listen 4410, 8768 Arbeiter v. Schuster u. Baer 55,55. Liste 6731 Kollegen d. Firma Hoffmann u. Co. 15,—. Liste 9051 Ges. bei Schirrmeister, 2. Rate 14,30. Bautischlerei Kühn, Luisen-Ufer, 2. Rate 16,—. Liste 1778 Tischler u. Polierer v. Thomas, Adalbertstraße, 2. Rate 22,60. Liste 9039 Kollegen der Firma W. Dette, 2. Rate 21,75. Liste 8778 Arbeiter der Firma Thiele u. Co., Prinzenstr., 2. Rate 36,75. Liste 4448 Arb. d. Masch.-Fab. Skrziwan u. Co. 14,25. Liste 2512 19,20. Liste 7294 9,—. Liste 7293 9,—. Liste 7292 Gesammelt bei Gastwirt Thiele, Gerichtstraße 32,85. Hochzeitsfeier eines ausgesperrten Brautpaares 7,10. Liste 1070 Kollegen von Jastrow 12,35. Liste 3942 Arbeiter der Firma Lenz, Gr. Hamburgerstraße 8,50. Liste 9256 Kollegen von Karl Otto Nachf., 2. Rate 24,50. Liste 2518 Firma Kammerich, Abt. Maschinenbau 24,75. Liste 3946 Maschinenbau Kammerich 16,—. Liste 1112 18,50. Liste 7299 61,50. Liste 1069 Gottschalk u. Co. u. Argus, Motorengesellschaft 34,65. Tellersammlung Tegel 9,60. Vergnügen d. M. A. B. der Zahlstelle Hennigsdorf 4,15. Liste 1084 Humboldt-Mühle, Tegel 32,—. Liste 1086 12,80. Liste 1113 Arbeiter der Firma Karl Otto Nachf., 1. Rate 31,75. Liste 7776 43,50. Werkstattversammlung bei Hummel von Bahn 6,10. Liste 6842 A. D. B. 1. Korbmacher 5,—. Arbeiter der Firma Franz Manss, Naunynstraße, 2. Rate 12,80. Liste 3419 Mechanische Werkstatt Benecke u. Co., Elisabeth-Ufer, durch Hoffmann 32,50. Liste 11591 Möbelfabrik Dunski (außer den Polierern), Schlesischestraße 22,05. Liste 5425 Tischlerei Treue, Wienerstr., 2. Rate 15,05. Tischl. Zeidler, Brandenburgstr. 3,—. Liste 6997 Tischlerei Ambos 8,65. Liste 5781 Firma Bernh. Joseph, Dreher und Revolverdreher 39,50. Liste 6979 Tischlerei Zwietusch u. Co., 2. Rate 25,70. Liste 7516 Bautischler u. Einsetzer von Moll, Memelerstraße, 2. Rate 17,75. Bautischler und Schlosser von Moll, Wilhelm Stolzestraße 12,—. Liste 7517 Schwarz und Gäste, Weidenweg 7,—. Liste 6041 Buchdruckerei Karl Marschner, Alexandrinenstraße 10,60. Arbeiter der Möbelfabrik Nickel, Kornicke u. Lehmann, 2. Rate 22,10. Liste 8985 Möbeltischlereien von Lippert u. Habrlem, Krausenstraße, 2. Rate 23,25. Liste 8789 Pianomechanik-Fabrik Jacob, Maschinensaal bis 27, 15,05. Liste 8791 Pianomechanik-Fabrik, Bohner-Saal 9,80. Liste 8790 Saal Müller und Hubersch 30,45. Liste 9724 Schlosserei 12,70. Liste 8771 Radlerei 7,—. Liste 8793 Saal Schaade 15,60. Liste 8794 Tischlerei 15,95. Liste 8221 Bautischlerei Ziehe 14,20. Liste 8242 Bautischlerei Reiß, 2. Rate 13,85. Verb.-Mitgl., Buchbinder, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen von Liebheit u. Thiessen, 2. Rate 24,15. Liste 4519 Bautischlerei Scherwies, 1. und 2. Rate 17,40. Liste 11 456 Ges. bei Zietlow, Warschauerstr. 20,—. Tischlerei v. Bülth, Weberstraße 5,—. Liste 11 452 Tischlerei Lüdtke, Gitschinerstr., 2. Rate 39,30. Liste 6760 8,80. Liste 8294 Tischlerei Braun, Fruchtstr. 8,20. do. Kukulenz, 2. Rate 7,—. Liste 6739 Kollegen d. Fa. Germania und Quisisanna, 2. Rate 28,50. Liste 1393 durch Paul Kuhlhorn 12,65. Liste 3585 Kollegen d. Fa. B. Wolen 22,50. Liste 7082 Kollegen d. Fa. C. Krause, Gitschinerstraße 18,—. Listen 5393, 9008 Rohrleger und Helfer d. Fa. Hugo Feist u. Co. 16,30. Listen 9113, 9114 Tischlerei Freitag, Besselstraße 11,30. Liste 8869 Drechslerei Faulmann 4,70. Liste 9053 Stellmacher von Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee 50,—. Liste 9584 durch Kowald 15,60. Liste 8942 Personal F. Guttfeldt, Potsdamerstraße 9,—. Möbelfabrik G. Klug, Warschauerstr. 13, 2. Rate 54,55. Listen 9090, 3689 Arbeiter der Firma Koch u. Bein, 2. Rate 18,05. Liste 4771 Arbeiter d. Fa. Kißling, Naunynstraße, und der Budiker 22,50. Listen 4772/73 durch Otto Teichert 21,80. Liste 11039 Arbeiter und Arbeiterinnen d. Fa. Köhler, Wassertorstraße, Saal 2 Treppen 17,15. Liste 1382 Kollegen d. Fa. Hauschild, Wassertorstraße 21,75. Liste 9001 Metallarbeiter, Langestr. 46, 2. Rate 31,20. Liste 4544 Schcke, Boxhagenerstr. 33, 2. Rate 10,30. Liste 7582 Perlmutterarbeiter der Firma Hintze, 2. Rate 3,80. Liste 230 Druckerei Schäfer u. Rosenfeldt 15,95. Liste 6089 Buchdruckerei S. Scholem, 2. Rate 32,50. Liste 6091 durch Hoffmann 1,75. Liste 6917 Bronzewarenfabrik A. Brodtrecht 9,30. Liste 8956 Nähmaschinenfabrik E. Böttcher 20,—. Liste 9788 12,50. Liste 7602 Buchdruckerei A. W. Schade 18,60. Liste 9169 Kollegen von Eggert, 2. Rate 14,50. Liste 9572 10,—. Liste 8260 Tischlerei Olm, Köpenickerstraße 22,95. Liste 9237 Arb. d. F. A. Loh Söhne 48,10. Liste 8888 Kollegen d. F. F. Kilian, Lichtenberg, Herzbergstraße, 2. Rate 70,—. Liste 6869 Arbeiter der Pianofabrik Boenecke u. Co., 2. Rate 11,50. Möbelfabrik H. und A. Schulz, Boxhagenerstraße, 2. Rate 55,05. Liste 9832 Buchdruckerei Gebr. Unger 21,15. Listen 5361, 5362 26,25. Liste 11735 Bautischlerei von Ihme, Rummelsburg, Goethestr. 18 6,25. G. R. 4,50. Liste 3680 Tischler von Gerds, Charlottenstraße 12,40. Liste 7629 Arbeiter der Gasmesserfabrik H. Aron 34,50. Liste 6823 19,60. Liste 7678 Malergehülfen bei Ostorff 12,10. Liste 7652 Arbeiter von Weber u. Hampel 30,—. Liste 7654 darunter 5 M. von den Pfropfenbrüdern 15,95. Listen 6324, 6325 32,85. Listen 7696, 7679, 7680 26,80. Listen 7662, 7668 19,70. Listen 7651, 7653 16,50. Verband der Schneider, a konto auf Listen 200,—. Listen 6336, 6340 117,10. Listen 6330, 1750, 10893 15,65. Von den Ausgesperrten für die Ausgesperrten in der Kronenbrauerei gesammelt 6,63. Liste 9296 6,—. Liste 5469 von den Arbeitern der Eisengießerei u. Masch.-Fabr. R. A. Hartmann 29,—. Liste 5472 Arb. d. Masch.-Fabr. L. Ziegler 56,55. Liste 5471 von d. Organisierten d. Fa. Grimm, Ritterstr. 16,55. Liste 4035 12,65. Liste 217 Ullstein, Akzidenz-Maschinenmeister inkl. Schulz, 1. Rate 22,50. Liste 11035 4,50. Liste 11034 2. Rate d. Arbeiter von D. Max Lewy 14,75. Liste 3897 Koll. d. Fa. Wolff Nachflg., Voltastr. 26,45. Listen 3890, 3893 15,50. Listen 3904 u. 11754 13,60. Liste 1994 10,75. Liste 6007 11,85. Liste 6745 9,—. Liste 9436 2. Rate d. Arb. d. Luxusmöbelfabrik Lochmann, Hollmannstr. 13,95. Liste 5328 Kollegen d. Tischlerei S. Bröcker, Rüdersdorferstr. 26 17,70. Liste 7483 3,—. Liste 4619 durch Herm. Koch, Jasmunderstr. 27,—. Liste 11559 12,35. Liste 6535 4,70. Verband der Bau-, Erd- und Hülfsarbeiter Deutschlands, Gruppe der Kunstsandsteinschleifer, von Gebr. Fränicke 19,90. Liste 3739 Bauarbeiter von Karl Ludwig 10,70. Liste 10965 7,30. Liste 10964 Bau Rosenthalerstraße 40 8,15. Verband der Sattler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, auf Listen gesammelt 408,50 (darunter Wagenfabrik Neuß 44,—; von den Militär-Sattlern der Firmen G. Kröger 11,—, F. Cobau 33,50, v. Tippelskirch 50,15). — Durch Jacobson gesammelt: Liste 2114 16,75. Liste 2132 19,60. Liste 5014 durch R. G. 8,70. Liste 5015 durch R. G. 3,—. Liste 5016 durch R. G. 10,80. Liste 5017 durch R. G. 1,65. Liste 5019 durch R. G. 10,15. Liste 5023 durch M. 18,25. Liste 5024 Töff-Töff 7,80. Liste 5012 H. R. 16,00. Liste 9300 Gesangv. „Waldesrauschen", Karlshorst 17,50. Liste 9308 15,00. Liste 9406 A. W. 32,55. Liste 9407 G. S. 8,50. Liste 9405 P. F. 3,50. Liste 5021 R. G. 4,80. 3 Skatbrüder einem Streikposten übergeb. 3,—. — Auf Listen eingegangen vom Deutschen Buchbinder-Verband, Zahlstelle Berlin: Liste 556 10,55. Liste 567 7,95. Liste 572 36,20. Liste 1558 11,—. Liste 1587 29,70. Liste 1594 5,20. Liste 1604 —,—. Liste 1605 7,75. Liste 7813 12,—. Liste 7816 8,30. Liste 7818 35,85. Liste 7820 18,10. Liste 7822 1,—. Liste 7828 9,75. Liste 7832 1,—. Liste 7831 10,45. Liste 7835 7,40. Liste 7844 7,25. Liste 8971 6,45. Summa 225,90. — Auf Listen durch Vollmer: Liste 1659, Hartung, Eisengießerei 73,75. Liste 1657, Alfa Laval 65,—. Liste 1665, Petrie 7,85. Liste 1666, Buchdruckerei Billig, 2. Rate, d. Henze 21,05. Liste 1671, Schwartzkopff, Abt. Schulz 41,50. Liste 1674, Deutzer Gasmotorenfabr. 39,60. Liste 1675, Schwarzlose, Moabit 12,80. Liste 1676, Anhalter Maschinenfabrik 27,25. Liste 1677, do. 38,—. Liste 1678, do. 54,90. Liste 1679, do. 31,35. Liste 1685, L. Löwe, Typograph 122,10. Liste 10195, do. 86,—. Liste 1688, Weber, Werkzeugfabrik, durch Engbert 43,25. Liste 1689, Flohr, Maschinenfabrik 16,—. Liste 1690, do. 14,55. Liste 1691, do. 22,25. Liste 1692, Hachmann, Huttenstr. 35,80. Liste 1693, do. 17,40. Liste 6398, do. 24,50. Liste 6404, do. 43,30. Liste 1694, Ludwig Löwe, Maschinenfabrik: Abt. Schleiferei und Abt. Wagner 64,60. Liste 1695, Abt. Werkzeug-Lehrenbau 69,50. Liste 1696, Abt. Vorrichtebau 48,—. Liste 1697, Abt. Werkzeugbau-Dreherei 35,20. Liste 1698, Abteilung Fräserei 20,—. Liste 1699, Abt. Schraubendreher 21,—. Liste 1700, Abt. Lettau 31,10. Liste 1701, Abt. Löschber 21,50. Liste 1702, Abt. Lippold 28,50. Liste 1704 Aß 19,70. Liste 1707 durch Zornitz 28,75. Liste 1709 Unbekannt 6,15. Liste 1711 Genosse Manthey 40,05. Liste 1714 Flaschenbierfahrer und Mitfahrer, Patzenhofer II 16,—. Liste 1737 Gesammelt von einem abstinenten Arbeiter 17,50. Liste 1738 Gesammelt von den Revolutionären 56,—. Liste 1739 Genossen der Schreibmaschinen-Industrie „Puttkamerhof" 31,95. Liste 6375 (fehlt die Liste) 12,50. Liste 6376 Durch Liebner 11,—. Liste 6413 Durch Küper 8,30. Gesammelt bei Genossen Kröhn, Rekrutenabschied 7,—. Reklame-Industrie, Ackerstr. 165 10,50. Liste 1681 8,45. Liste 1682 Werk 20,75. Liste 1683 Werth 47,25. Liste 1743 Werth 32,30. Liste 1744 Werth 17,15. Liste 6394 Metallgießerei Ginsl u. Mattes (außer einem) 29,50. Liste 6405 Gesammelt d. Zigarrenhändler P. Wiedemann, Huttenstraße 36 43,85. Liste 6415 Gesammelt bei Vollmann, Beusselstr. 32, d. Schmidt 16,10. Liste 7707 Firma Rehe, Brandenburgstr. 75 14,75. Liste 1703 Dreherei und Maschinenbau L. Löwe 65,50. Liste 6341 22,50. Liste 6343 4,50. Liste 10228 Moldenhauer 10,—. Liste 1668 45,95. Summe 1211,75 M. Bereits quittiert 610,— M. Im ganzen 1821,75 M.

Summe 8969,30 M. Bereits quittiert 61 151,91 M. Gesamtsumme **70 121,21 M.**

Berichtigungen.

In der Nr. 238 muß es statt York u. Kriesch Fork, Kretschmar u. Co. heißen.

In dem Bericht vom Dienstag muß es heißen: Liste 3869 die Kollegen der Lichtdruckanstalt Gebr. Deyhle u. Wagner 41,65.

In der Quittung heißt es: Goedlichers Tanzschule, es muß heißen: Goelichs Tanzschule, Neue Roßstraße.

Unter Bautischlerei Knoll u. Rittner muß es statt 17,70 15,70 heißen.

In Nr. 239 muß es statt Liste 3438 d. Engert Liste 3428 d. Engert heißen.

Unter Deutsche Waffen- u. Munitionsfabrik ist zu anderen nachzutragen: Liste 1422 Orban 92,50, Liste 1421 Orban 87,25.

Unter Kartenfabrik Jacobsohn muß die Liste N. nicht 10905, sondern 10965 heißen.

In der Quittung vom 15. 10. muß es statt Bruck I. u. II. Rate 18,65 M. Wouk heißen; statt A.-R.-B. Köpenick muß es heißen: A.-R.-B. „Freiheit", Köpenick.

Weitere Sendungen werden entgegengenommen im Gewerkschaftsbureau von 11—1 und 6—8 Uhr, Sonnabends und Montags von 4—8 Uhr im Saal III.

Postsendungen sind an A. Körsten, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

* * *

Beim Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend gingen ein:

Liste 201 19,—. Liste 203 28,—. Liste 205 35,15. Liste 210 56,95. Liste 213 37,70. Liste 216 24,50. Liste 218 7,05. Liste 219 43,95. Liste 224 13,25. Liste 853 12,70. Liste 260 19,05. Liste 264 1930,—. Liste 276 15,30. Liste 277 26,40. Liste 288 22,60. Liste 839 20,40. Firma Zechlin, Alexanderplatz, Liste 684 10,75. Rundgesangstrafgelder durch Koch 1,55. Lotterieverein „Glück und Freude" durch Pesch 25,05. Arbeiter und Kontorpersonal der Fabrik Hinz-Steglitz durch Ackermann Liste 91 48,—. Arbeiter der Firma Bock u. Breuer 4,15. Isolierer der Firma Horn u. Taube Liste 322 17,—. Verein der Zink-, Zinn- und Bleigießer auf Listen 88,80. Freie Vereinigung der Bauarbeiter: Liste 339 28,65, Liste 370 12,—, Liste 343 10,80, Liste 338 13,85, Liste 355 10,80, Liste 369 9,75, Liste 368 13,35, Liste 398 28,50. Liste 391 9,60, Liste 377 6,—, Liste 374 7,50, Liste 396 10,90, Liste 395 9,—, Liste 379 3,20, Liste 380 4,05, Liste 381 5,20. Anschläger Preuß u. Roemer 4,—. E. u. R. Liste 313 30,05. Liste 1 durch Stoeckel 11,40. Liste 3 durch Geier 15,15. Liste 8 durch Stoeckel 8,—. Liste 758 durch Dittmann 5,—. Liste 682 durch Schulz 3,70. Liste 678 durch Mutz 8,—. Liste 435 durch Weiß 10,—. Fachverein der Tischler: Liste 712 6,—, Liste 440 4,50, Liste 422 8,10, Liste 421 10,—, Liste 425 20,—, Liste 434 8,50. Liste 623 durch Grundt 13,10. Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend, 2. Rate 3600,—. Liste 79 d. Kochmann 1,55. Gastwirt L. Bordt, Rostockerstraße 21, 2. Rate 10,—. Liste 1068 52,25. Liste 229 40,—. Liste 1039 46,—. Liste 860 23,15. Liste 298 11,60. Liste 850 7,—. Liste 882 6,—. Liste 878 21,50. Versuchssaal, Mechaniker der deutschen Telephonwerke, Liste 290 10,50. Liste 282 30,25. Liste 279 26,80. Liste 278 22,95. Liste 281 26,45. Liste 294 36,50. Liste 834 35,90. H. Heise, Schuhwarenlager, Badstraße 17 5,—. Möbelfabrik Kalisch, Liste 774 12,50. Liste 766 Töpfer 13,—. Herm. Struck 3,—. Liste 95 durch Jänisch 4,50. Liste 913 Bau Beamtenhaus Rummelsburg 14,40. Liste 706 Kollegen der Taxameterfabrik Aktiengesellschaft 16,80. Liste 318 Isolierer Berlin 7,35. Liste 321 durch Beckmann 4,25. Liste 752 Arbeiter d. Firma S. A. Loevy, Gartenstr. 96 33,95. Von den Bauarbeitern: Liste 341 17,40. Liste 382 2,75. Liste 342 17,60. Liste 353 5,95. Liste 1321 9,50. Liste 397 9,85. Liste 376 6,90. Liste 354 15,10. Liste 345 6,55. Liste 362 7,20. Liste 361 0,60. Liste 351 3,65. Liste 352 3,25. Liste 348 1,90. Liste 349 9,90. Liste 366 11,—. Liste 72 Zimmerer 8,40. Liste 1085 durch Großmann 4,85. Liste 317 Isolierer Berlin 11,70. Arbeiter-Radfahrerverein durch Huber Liste 316 16,—. Isolierer der Firma Paul Krause, Charlottenburg, Liste 323 14,—. Liste 704 durch Kaschke 11,90. Liste 915 d. Hohmann 7,—. Liste 911 d. Sichert 18,50. Liste 43 Zimmerer-Zahlst. Süd-Ost 17,95. Liste 927 d. W. Buske 13,55. Liste 926 d. Wolff 3,05. Liste 925 d. Schulzendorf 12,20. Liste 6 d. Steeger 9,—. Liste 630 d. Klamann 3,75. Liste 620 d. W. Müller 9,50. Durch H. Wessel: Liste 57 22,40. Liste 62 20,95. Liste 64 2,—. Liste 638 5,20. Zimmerer-Zahlst. Nord-Ost d. Labitzke: Liste 601 14,70. Liste 604 2,—. Liste 611 9,—. Liste 953 31,40. Liste 954 21,15. Liste 969 10,—. Zimmerer-Zahlstelle Charlottenburg durch Webers: Liste 73 7,20. Liste 76 13,70. Liste 77 9,80. Liste 78 7,60. Liste 79 9,50. Liste 82 13,70. Liste 586 d. Josef Böhnke 9,80. Zimmerer Zahlst. Norden d. Knauer: Liste 99 12,80. Liste 587 4,45. Liste 588 4,60. Liste 590 8,60. Liste 592 11,95. Liste 504 4,55. Zimmerer Zahlst. Osten d. Krüger: Liste 27 8,25. Liste 29 11,30. Liste 30 4,80. Liste 32 6,—. Liste 33 3,85. Liste 40 4,—. Liste 42 8,50. Städtische Markthallenarbeiter, 2. Rate 50,—. Liste 989 d. Fritz Schultze 12,—. Liste 705 d. Fehlow 6,40. Liste 988 Bau Charlottenburger Hochschule d. Dreisch 17,40. Liste 1181 d. Ramp 5,45. Liste 1180 d. Hellwig 9,10. Liste 683 d. Köhler 7,50. Liste 1370 d. Meyer 3,05. Von den Stukkateuren auf Listen 102,50. Liste 1182 Bautischlerei Franke 6,70. Liste 1183 durch R. Wendler, Kastanien-Allee 15 6,—. Liste 629 durch Kretschmer 3,10. Liste 1061 Arbeiter von Löwe 44,35. Liste 717 Bautischlerei Richter, Reuterplatz 2 18,75. Liste 709 Tischlerei Nedel, Oranienstr. 187, 11,15. Liste 718 Tischlerei Ritter, Grünauerstr. 19, 2,50. Liste 711 3,15. Liste 423 Arbeiter der Tischlerei Th. Becker 10,70. Liste 767 durch Reschender 7,—. Verband der Kürschner Berlins und Umgegend auf Listen II. Rate 254,95. Liste 103 durch Reinersdorf 16,30. Liste 104 durch Simoleit 9,25. Liste 106 durch Gehl 7,75. Liste 107 Bau Königstr. 23/24 durch Kegel 5,90. Liste 114 Bau Landowerstraße 18/19 durch Kaufmann 14,10. Liste 122 Bau Berliner- und Augustastr.-Ecke durch Strohschein 9,—. Liste 127 Bau Karlstr. 31, II. Rate durch Bevier 11,05. Liste 128 Bau Wricke, Wichertstr. 6, durch Wanser 9,50. Liste 129 Bau Herzog, Brüderstraße, durch Schwandt 9,80. Liste 130 Bau Krausenstraße durch Kühne 19,75. Liste 134 durch Ludwig 9,75. Liste 135 Bau Heinersdorferstr. 9 durch Oswald 12,20. Liste 136 durch Wilhelm Dahms 7,25. Liste 137 Bau Elsasser u. Artilleriestr.-Ecke durch Lesmanski 20,10. Liste 139 durch Neumann 2,50. Liste 144 Bau Krankenhaus Schöneberg durch Butschke 11,60. Liste 148 Bau Novalisstraße durch Lutz 4,05. Liste 149 durch Hochhaus 8,60. Liste 163 Bau Pariser Platz durch Meike 3,75. Liste 176 durch Dreblow 4,—. Liste 191 durch Friede 4,05. Liste 976 durch Holzhüter 7,50.

Summa 6473,21 M., bereits quittiert 3518,97 M., zusammen 9992,18 M.

Berichtigung. In der vorigen Quittung ist der Betrag von 7,90 M. auf Liste 775, gesammelt durch Genal, vergessen worden mit aufzuführen.

Die vom Gewerkschaftskartell bezogenen Sammellisten werden täglich von 9—1 und 4—8 Uhr im Bureau des Kartells, Dragonerstr. 15 Hof 1 Tr. entgegengenommen.

Gelder, die mit der Post eingehen, sind zu adressieren an Albert Westphal, Dragonerstr. 15.

Die Listen Nr. 113 und 837 sind als verloren gemeldet. Dieselben sind anzuhalten und im Bureau des Kartells abzuliefern.

Der Ausschuß.

Gerichts-Zeitung.

Schutz vor Schutzleuten.

München, 17. Oktober.

Vor dem oberbayerischen Schwurgericht hatte sich am Dienstag nachmittag der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post", Genosse Martin Gruber, wegen Beleidigung einiger Landshuter Schutzleute zu verantworten. Die Nummer 116 der „Münchener Post" brachte unter der Spitzmarke Schutz vor Schutzleuten eine Korrespondenz aus Landshut, inhaltlich deren ein dem Arbeiterstande angehörender Radfahrer, weil er ohne Licht fuhr, ohne vorherige Aufforderung abzusitzen, vom Rad heruntergerissen und in einen Graben geworfen wurde, so daß der Arbeiter mehrfache Verletzungen erlitt und obendrein noch von einem der Schutzleute durch Ohrfeigen mißhandelt worden sei. Die „Münchener Post" nannte dieses Vorgehen der Schutzleute eine brutale Handlungsweise. Die beiden Schutzleute stellten gegen Redakteur Gruber Strafantrag wegen Beleidigung. In der Verhandlung wurde durch mehrere einwandfreie Zeugen der Wahrheitsbeweis in der Hauptsache erbracht, nur konnte nicht erwiesen werden, daß der Arbeiter mit Ohrfeigen traktiert wurde; dagegen ergab die Beweisaufnahme, daß auch im Wachlokal der Landshuter Schutzmannschaft der Gummischlauch und Ochsenziemer zur Herbeiführung von Geständnissen eine bedeutende Rolle spielt. Der Verteidiger des angeklagten Redakteurs, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, stellte nämlich an einen der mißhandelten Arbeiter die Frage, ob er schon davon gehört habe, daß im Polizeiwachlokal Arrestanten mit dem Gummischlauch mißhandelt werden. Der Zeuge antwortete darauf, daß er vor mehreren Jahren selbst mit dem Gummischlauch von einem Schutzmann mißhandelt wurde; sein Bruder sei noch vor zwei Jahren im Wachlokale mit einem Gummischlauch geschlagen worden. Zwischen dem Verteidiger und dem in seiner Ehre gekränkten Schutzmann Kugler von Landshut entspann sich bei dessen Vernehmung folgender interessanter Dialog: Verteidiger: Ist es wahr, daß in Landshut die Arrestanten mit Ochsenziemer und dem Gummischlauch behandelt werden, um Geständnisse zu erpressen? Der Schutzmann erwidert hierauf, daß dies nicht zur Sache gehöre. Als sowohl der Verteidiger als auch der Präsident auf die Beantwortung der Frage bestanden, gab der Schutzmann erst ausweichende Antworten und erklärte schließlich, daß er die Frage nicht beantworten könne. Verteidiger: Das genügt mir! Verteidiger: Ist es wahr, daß ein 15jähriger Dienstbube zur Herbeiführung eines Geständnisses mit einem Ochsenziemer mißhandelt wurde? Der Schutzmann gab dies als möglich zu, will sich jedoch daran nicht erinnern können. Verteidiger: Können Sie sich auch nicht daran erinnern, daß in den letzten vier Jahren Arrestanten vielfach mit dem Gummischlauch mißhandelt wurden? Schutzmann Kugler: Das ist vorgekommen! Verteidiger: Wie kamen die Schutzleute dazu? Der Schutzmann: Wenns die Pflicht erfordert! Verteidiger: Ist es wahr, daß Sie einmal einen Arrestanten derart mit dem Gummischlauch mißhandelten, daß andere Schutzleute abwehrten und einer das Lokal verließ, weil er die Mißhandlung nicht mit ansehen konnte? Der Schutzmann Kugler: Ich verweigere darauf die Antwort. Ein als Zeuge vernommener Maurermeister bekundete, daß er ebenfalls von Münchener Schutzleuten vom Rade heruntergerissen wurde und den Schenkel gebrochen habe. Er habe damals gegen die Schutzleute Anzeige erstattet, dieser sei jedoch eine Folge nicht gegeben worden, dagegen mußte er wegen Uebertretung von Radfahrervorschriften 5,30 M. Strafe bezahlen. Die Folge dieses Uebereifers der Schutzleute war, daß er 5 Wochen bettlägerig war, einen finanziellen Schaden von 1000 M. habe und zeitlebens einen kurzen Fuß habe. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bernheim brandmarkte mit scharfen Worten das Verhalten der Schutzleute und meinte, daß sich der Angeklagte, wenn er derartige Roheiten von Schutzleuten nach Gebühr kritisiere, ein Verdienst erworben habe. Die Geschworenen bejahten trotz dieses geradezu erdrückenden Ergebnisses der Beweisaufnahme die Schuldfrage. Der Staatsanwalt beantragte 8 Wochen Gefängnis. Das nachts 10 Uhr gefällte Urteil für Gruber lautete auf 500 M. Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis.

Des zweifachen Gattenmordes angeklagt.

Lyck i. Ostpr., 18. Oktober.

Ein dunkles Sittenbild aus dem äußersten Osten beschäftigt heute das Schwurgericht, vor dem sich die Witwe des Kaufmanns Manko, Auguste Manko geborene Hoppe, aus der deutsch-russischen Grenzstadt Prostken bei Lyck unter der Anklage des zweifachen Gattenmordes zu verantworten hat. Frau Manko, die schon dreimal verheiratet war und unmittelbar vor ihrer Verhaftung dem vierten Manne die Hand zum Bunde für das Leben reichen wollte, hat mit ihren Ehemännern nicht viel Glück gehabt oder, wenn man den Angaben der Anklage Glauben schenken darf, diese nicht mit ihr.

Der erste Mann der Angeklagten, der Kaufmann und Restaurateur Ziesig in Prostken, verstarb vor zirka 6 Jahren unter höchst rätselhaften Umständen. Und zwar, wie man heute annimmt, infolge des Genusses zahlreicher Dosen von Arsenik, des Giftes, das bekanntlich in Osten seit undenklicher Zeit auch bei Mordtaten von Bauerngutsbesitzern gegen die in das Altenteil gegangenen „Altsitzer" verwandt und deshalb im Volksmunde scherzhaft die „Altsitzer-Medizin" genannt wird. Denunziationen der Angehörigen des Zeisig, die schon damals die Angeklagte des Gattenmordes beschuldigten, hatten zunächst keinen Erfolg, da der Totenschein für die geäußerten Verdachtsmomente keine Unterlage bot.

Bald nach dem Tode ihres ersten Mannes heiratete Frau Manko den Kaufmann Jansohn in Lyck. Auch er erfuhr bald sehr eigentümliche Beweise ihrer Zuneigung, denn nach seiner Behauptung will er wiederholt den ihm vorgesetzten Speisen einen bitteren Geschmack angemerkt haben, danach unpäßlich geworden sein und Erscheinungen beobachtet haben, wie sie nach dem Genusse von Arsenik einzutreten pflegen. Ebenso soll Frau Manko ihm noch auf andere Weise nach dem Leben getrachtet haben. Der Kaufmann zog es deshalb vor, sich von ihr scheiden zu lassen, zumal er Frau Manko auch im Verdacht des wiederholten Ehebruchs hatte. Der Ehescheidungsprozeß rollte höchst unerquickliche Verhältnisse auf und erbrachte derart erdrückende Einzelheiten über den sittlichen Lebenswandel der Frau, daß schließlich die Ehe aus ihrem Verschulden getrennt wurde.

Allein Frau Manko fand bald Trost in den Armen eines dritten Ehemannes, des Kaufmanns Manko in Prostken, nur daß auch dieser ihr schließlich wieder unter höchst merkwürdigen Umständen entrissen wurde. Man fand ihn nämlich eines Morgens erschossen in seinem Bette liegend auf und seine untröstliche Witwe konnte keinerlei Aufschlüsse über den rätselhaften Todesfall geben. Erneute Denunziationen, in denen behauptet wurde, daß Frau Manko ihren Mann im Verein mit einem ihrer zahlreichen Liebhaber umgebracht habe, gaben nun der Staatsanwaltschaft in Lyck Anlaß, nicht nur die näheren Umstände bei dem Ableben Mankos, sondern auch in bezug auf den Todesfall des ersten Mannes einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Dabei wurde im Besitz der Angeklagten ein Giftschein über eine große Dosis Arsenik vorgefunden, die diese im Jahre 1899, zur Zeit des Ablebens des ersten Mannes, einer Apotheke in Lyck entnommen hatte. Die Folge dieser Entdeckung war, daß man den Leichnam des Kaufmanns Zeisig ausgrub und die einzelnen Teile dem Berliner Gerichtschemiker Dr. Jeserich zur Untersuchung übersandte. Dr. Jeserich stellte denn auch fest, daß die Leiche große Mengen von Arsenik enthielt, die nicht etwa erst unter der Erde in den Körper des Toten eingedrungen waren.

Während diese Untersuchungen noch schwebten, verließ Frau Manko, die sich inzwischen abermals verlobt hatte und unmittelbar vor der Hochzeit stand, mit ihrem neuen Liebhaber in aller Stille Prostken und fuhr nach Paris. Von dort aus richtete sie an einen ihrer Bekannten einen von der Staatsanwalt in Lyck aufgefangenen Brief, in welchem sie anfrug, „ob denn dort schon alles still sei". Nun setzte man alles in Bewegung, um ihrer habhaft zu werden, und im Januar d. J. gelang es denn auch, Frau Manko auf dem Hauptbahnhof in Hannover festzunehmen. Sie bestritt zunächst hartnäckig, Frau Manko zu sein und hat auch bis heute jedes Verschulden an dem Tode ihrer zwei Männer in Abrede gestellt.

Angelegenheiten der königlichen Hochschule für Musik wurden gestern des längeren vor dem Schöffengericht erörtert. Anlaß gab ein Brief, den der Kaufmann Holtz an den Professor Moser von der königlichen Musikschule geschrieben hat. Der Brief hat seitens des Adressaten sowie seitens des Präsidenten der Akademie der Künste einen Strafantrag veranlaßt. Die Tochter des Herrn H. hatte sich, nachdem sie eine Reihe von Jahren im Konservatorium des Musikdirektors Kittel und bei dem Kammermusikus Venus mit Erfolg Violinunterricht genossen hatte, zur Aufnahme als Schülerin bei der königlichen Hochschule für Musik gemeldet. Die Aufnahmeprüfung brachte aber nicht das erhoffte Resultat, vielmehr wurde ihre Aufnahme abgelehnt, während ein Herr L., der gleichfalls Schüler des Herrn Venus gewesen und dann Schüler des Prof. Moser geworden war, aufgenommen wurde, obgleich, wie behauptet wird, seine Leistungen diejenigen des Frl. H. nicht erreicht haben sollen. Das Mißgeschick verdroß die Familie Holtz und Herr H. richtete einen Brief an Prof. Moser, der Vorsitzender der Prüfungskommission gewesen war, um seinen Rat zu hören, was für das Fräulein zu tun sei. Auf Aufforderung des Professors begab sich dann Frau Holtz mit ihrer Tochter in die Wohnung desselben. Prof. Moser soll dann das Fräulein nochmals geprüft haben, mit ihren Leistungen nicht unzufrieden gewesen sein, aber gesagt haben, daß sie besseren Unterricht nehmen solle. Mutter und Tochter behaupten nun, daß sie den Professor darauf gefragt hätten, was es denn kosten würde, wenn der Unterricht bei einem Herrn der Hochschule genommen würde; darauf sei die Antwort erfolgt: die älteren Herren nehmen 25 M. pro Stunde, er selbst (Prof. Moser) nehme 20 M. Auf die weitere Frage, ob er denn den Unterricht übernehmen würde, soll Prof. M. gesagt haben: Ich will ja Ihrem Lehrer eine Schülerin nicht wegnehmen; ich könnte den Unterricht auch erst nach den Ferien übernehmen und würde Sie in einem Jahre erst so weit bringen, daß Sie aufgenommen werden würden. Eine Garantie kann ich aber nicht übernehmen. Als der Angeklagte von Frau und Tochter die Unterredung in dieser Form gehört hatte, richtete er an Prof. M. ein Schreiben, in welchem er seine höchste Verwunderung über die Nichtaufnahme seiner Tochter im Gegensatz zu Herrn L. ausdrückte, der aufgenommen worden sei, „obwohl er nicht den Schatten des Wissens und Könnens der Tochter besitze". „Eine Erörterung dieses Themas in der Oeffentlichkeit würde vielleicht von allgemeinem Interesse sein und solle in Erwägung gezogen werden. Der mit 20-Markstücken gepflasterte Weg aber sei aus ethischen, sozialen und finanziellen Gründen nicht gangbar und deshalb werde die Tochter auf den Nimbus, Schülerin der Hochschule gewesen zu sein, verzichten und sich damit trösten müssen, daß es auch schon vor Bestehen der Hochschule große Künstler gegeben habe." — Prof. Moser erblickte in diesem Brief den Vorwurf der Bestechlichkeit, denn es werde doch klar angedeutet, daß er nur diejenigen Schülerinnen durchkommen lasse, bei denen er Geld verdiene. Er denke gar nicht daran, irgend jemand aus solchem Grunde zu bevorzugen, Tatsache sei es auch, daß mehr als einmal einer seiner Schüler durchgefallen sei, während andere Aufnahme gefunden hätten. Das Mißgeschick des Frl. H. habe einfach daran gelegen, daß satzungsgemäß nur für 7 Männer und 6 Frauen Platz war und die Aufnahmekonferenz zuungunsten des Frl. H. entschied. Der Zeuge bestritt auch entschieden, daß Mutter und Tochter das mit ihm geführte Gespräch richtig wiedergegeben und behauptete, daß aus seiner Antwort herauszulesen war, daß er die Uebernahme des Unterrichts ablehnte. Auf eine Frage des Verteidigers, Justizrats Winterfeld, gab der Zeuge zu, daß ein großer Teil derjenigen, die in die Hochschule aufgenommen werden, vorher von Lehrern oder Schülern der Hochschule unterrichtet worden sind. — Die als Zeugen vernommenen Kammermusikus Venus und Musikdirektor Kittel erklärten, daß sie sehr erstaunt gewesen seien, als sie hörten, daß Herr L. aufgenommen worden sei, Frl. H. aber nicht. Beide Zeugen bekundeten: in Künstlerkreisen herrsche die Meinung, daß die Aufnahme in die Hochschule für Musik dadurch wesentlich erleichtert werde, daß man vorher bei einem Lehrer der Hochschule Unterricht nimmt. Tatsachen hierfür vermochten die Zeugen nicht anzugeben, und sie gaben auf Befragen zu, daß mitunter auch Schüler der Professoren durchfallen. — Der Staatsanwalt vermißte jeglichen Beweis dafür, daß Prof. Moser aus persönlichen Gründen bei der Prüfung irgend jemand bevorzuge. Der Brief sei beleidigend und der Schreiber müsse verurteilt werden. Der Staatsanwalt beantragte 20 M. Geldstrafe. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe. Der Brief sei beleidigend. Es sei durchaus nicht erwiesen, daß die Mehrzahl der in der Hochschule aufgenommenen Personen deshalb Aufnahme gefunden, weil sie Unterricht bei einem Lehrer der Hochschule genommen, ebensowenig sei erwiesen, daß Prof. Moser bei den Prüfungen irgend jemand aus seinem persönlichen Interesse heraus bevorzuge.

Vermischtes.

Wieder ein schweres Eisenbahn-Unglück. Amtliche Meldung. Am 17. d. Mts., abends 9 Uhr, stieß auf der Strecke Tilsit—Königsberg eine von der Station Tilsit abfahrende Lokomotive zwischen den Stationen Tilsit und Alt-Weynothen auf den fahrplanmäßigen Zug 909. Verletzt sind teils schwer, teils leicht fünf Eisenbahnbedienstete und neun Reisende. Der Materialschaden ist erheblich. Die Strecke ist voraussichtlich auf 24 Stunden gesperrt. Die Namen der verletzten Reisenden sind: Max Schubert, Kaufmann aus Breslau, Wilhelm Müller, Viehhändler, Frau Lauterstein aus Tilsit, Emma Bojahr aus Tilsit, Kaufmann Richard Rosenfeld aus Tilsit, Reisender Hugo Moses aus Berlin, Photograph Wilhelm Kauschus aus Tilsit, Fleischermeister Rattke aus Königsberg, Reisender Paul Küster aus Königsberg.

Ein Doppelmord aus Gefälligkeit. Dienstag abend erschoß in seiner Wohnung, wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" melden, der 18jährige Banklehrling Karl Brunke die beiden Töchter des Kaufmanns Haars, die im Alter von 20 und 22 Jahren standen. Die beiden jungen Mädchen wollten infolge unglücklicher Liebe aus dem Leben scheiden und hatten Brunke ersucht, ihnen die Gefälligkeit zu erweisen, sie zu erschießen. Brunke stellte sich alsdann selbst der Polizei und wurde in Untersuchungshaft genommen. Im übrigen hat Brunke seinem Chef 800 M. unterschlagen. Brunke, der etwas exentrisch zu sein scheint, hat mehrere Dramen verfaßt, die aber noch der Aufführung harren.

Die Eisenbahn-Katastrophe bei Brandenburg hat nunmehr ein zweites Opfer gefordert. In dem dortigen Krankenhause ist am gestrigen Tage die Frau des Restaurateurs Beust ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand des ebenfalls schwer verletzten Tapeziers Dähne hat sich derartig verschlechtert, daß leider an seiner Wiederherstellung gezweifelt wird.

Französische Hauspaschas. Dem Blatte „La vie de Paris" zufolge haben die Besitzer zweier neuerbauten vornehmen Häuser in der Rue des Martyrs in Paris in ihre Mietsverträge die Bestimmung eingefügt, daß kein Mieter Kinder unter 15 Jahren haben darf, und daß der Mietsvertrag von selbst erlischt, falls dem Mieter im Hause Kinder geboren werden.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

Blischke 999. Ja. — **B. 79.** Anleitung zur Fertigung einer Beleidigungsklage und Beispiele dafür finden Sie S. 123 und 600 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **Bernauerstraße.** Die Frau muß einen der bei der Kasse, der jetzt sie angehört, zugelassenen Aerzte aufsuchen. Von der Gewerbedeputation, Stralauerstraße, erhält sie Bescheid, aber voraussichtlich nach Lage der Sache ablehnenden Bescheid. Hiergegen ist Klage beim Amtsgericht zulässig, aber der von Ihnen geschilderten Rechtslage gegenüber aussichtslos. — **H. K. 24.** Sie könnten den Wirt auffordern, innerhalb einer von Ihnen zu setzenden Frist den Schaden zu beseitigen, ihm androhen, nach Ablauf der Frist würden Sie auf seine Kosten die Abhülfe besorgen und diese Drohung dann ausführen. Die von Ihnen verauslagten Kosten klagen Sie dann beim Amtsgericht ein. — **A. D. 100.** Das Mädchen soll bei derselben Stelle, an die sie sich schon gewendet hatte, beantragen, daß nachträglich die Quittungskarten ausgestellt werden. Soweit dem Antrage, wegen Ablaufs der zweijährigen Frist, nicht entsprochen werden sollte, hat sie für den Fall des Entstehens von Rechten aus der Versicherung einen Anspruch auf Schadenersatz gegen die nichtkleben de Herrschaft. — **Triftstraße.** Die Kasse ist nach dem dem Gesetz entsprechenden § 23 des Statuts im Recht. — **L. M.** Die Frage ist unklar.

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).

Nachruf!

Am 14. Oktober verstarb in Balz bei Bleiß (Ostbahn) unser Parteigenosse, der Zinkgießer

Paul Irrgang

Ehre seinem Andenken!

262/7 Der Vorstand.

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau †127

Klara Mecklenburg

geb. Steinhäuser

am Dienstag früh 4 Uhr nach kurzem, schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten

Der trauernde Gatte
Ernst Mecklenburg
nebst Familie.
Demminerstraße 18.

Die Beerdigung findet am 20. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde, Prinzen-Allee, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Bernhard Klebe

am 16. Oktober an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Ernst Nemitz

am 15. Oktober verstorben ist und am Mittwoch, den 18. Oktober zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

94/19 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie dem Gesangverein „Morgengrauen" unseren tiefgefühlten Dank. 136b

Theodor Kappelt nebst Kindern.

Brauerei F. Happoldt

Hasenheide 32/8 Berlin S., **Hasenheide 32/8**

empfiehlt ihr

Lager- Münchner- Tip-Top- | **Bier**

in **Flaschen** und **Gebinden.**

Telephon: Amt 4. 9115. 4756L*

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen

zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt

Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor. *

Weidenweg 12. 1 Laden mit Wohnung, 75 Mark, und kleine Wohnung frei. Rathmann, I *

Dr. Schünemann,

Spezial-Arzt für (4102L*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt. Wochentags ½12—½3, ½6—½8. Sonntags 10—12.

Hygienische Bedarfsartikel,

größter Versandt. Anfragen erbeten Fr. Beier Nachf., Berlin S.O. 201, 295/16* Reichenbergerstr. 164.

Heute Elite-Tag

der Back-, Kochkunst- und Hausstands-Ausstellung

Berlin, Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35 vom 14. bis 22. Oktober d. J. geöffnet v. 10—8 Uhr. Tägl. Konzert. Entree 50 Pf., Eiltag 1 M.

J. Baer

Badstr. 26, Ecke Prinz.-Allee

Herren- und Knaben-Moden. Berufskleidung. Elegante Paletots und Joppen. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.*

Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung.

Olga Jacobson, Invalidenstraße 143.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der organisierte Streikbruch und Arbeiterverrat in Köln.

Der Kölner Holzarbeiterstreik hat nach achtwöchiger Dauer erfolglos geendet. Die Kämpfenden mußten erkennen, daß eine Weiterführung des Ausstandes aussichtslos sei, da insgesamt 57 Proz. der in Betracht kommenden Stellen durch Arbeitswillige besetzt waren. Es ist also dem „christlichen“ Holzarbeiter-Verband gelungen, den Streik zu erdrosseln und die eigenen Arbeitsbrüder und Leidensgenossen an den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum, zu verraten und zu verkaufen. Es ist angebracht, jetzt, nach der Beendigung, eine geschichtliche Darstellung dieses Kampfes zu geben.

Der christliche Holzarbeiter-Verband hat kürzlich, während des Kölner Lohnkampfes, folgende Grundsätze aufgestellt:

„1. Will eine Organisation eine Lohnbewegung inszenieren und es kommt dabei eine zweite Organisation in Betracht, so ist diese so früh wie möglich davon zu verständigen, damit auch von ihr alle Vorbereitungen getroffen werden können; 2. vor dem Eintritt in eine unter Punkt 1 bezeichnete Bewegung ist unter den beteiligten Verbänden sowohl hinsichtlich der Forderungen wie auch über den Zeitpunkt und die vorgesehene Taktik eine Verständigung zu erzielen; 3. werden von anderen Verbänden die unter 1 und 2 stehenden Bedingungen nicht erfüllt, so haben die Mitglieder unseres Verbandes durch Versammlungsbeschluß ihre einzuschlagende Taktik selbst zu bestimmen und die Zustimmung des Zentralvorstandes dabei einzuholen.“

Die bisher von dem christlichen Holzarbeiter-Verband beobachtete Taktik schlägt diesen seinen eigenen Grundsätzen brutal ins Gesicht. Noch vor zwei Jahren stellte der christliche Holzarbeiter-Verband in Köln eine Reihe Forderungen auf, darunter die neunstündige Arbeitszeit, ohne auch nur im mindesten den deutschen Holzarbeiter-Verband, die weitaus stärkste Organisation am Orte, davon in Kenntnis zu setzen oder sich mit ihm in irgend einer Weise zu verständigen. Dieselben Unternehmer, denen die christlichen Führer heute in widernatürlichem Liebesverhältnis in den Armen liegen, würdigten den christlichen Verband vor zwei Jahren nicht einmal einer Antwort. Im folgenden Jahre aber führte der deutsche Holzarbeiter-Verband die neunstündige Arbeitszeit in Köln werkstattweise durch, und sie wurde nachher durch Vereinbarung mit dem Unternehmer-Verbande für Köln allgemein festgelegt. Für die Möbeltischler, die ausnahmslos dem deutschen Holzarbeiter-Verband angehörten, setzte dieser eine Lohnerhöhung durch, und kürzlich arbeitete der Verband auch für die Bautischler einen Tarif aus. Zum Zwecke einheitlichen Vorgehens trat man mit dem christlichen Verbande in Verbindung, und dieser legte ebenfalls einen fertigen Vertragsentwurf vor. In gemeinschaftlicher Sitzung der Vertreter beider Verbände wurde nun ein einheitlicher Tarif aufgestellt und zwecks Einreichung sofort in Druck gegeben mit der Unterschrift beider Verbände. Der Lokalbeamte des christlichen Verbandes trug selbst den Tarif in die Druckerei, und zwar in die, wo der christliche Verband seine Sachen herstellen läßt. Der Korrekturabzug wurde von dem christlichen Beamten abgeholt und in einer weiteren Kommissionssitzung vorgelegt. Als dann auf Verlangen der „Christlichen“ noch Aenderungen daran vorgenommen waren, fanden sie nichts mehr daran auszusetzen, doch wollten sie vor der Einreichung noch ihren Vorstand und ihre Vertrauensmänner befragen, dann sollte eine endgültige Kommissionssitzung die Sache regeln.

Dazu kam es aber nicht. Denn jetzt erfolgte der Umschwung bei den „Christlichen“. Sie ließen in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschließen, daß der Tarif nicht eingereicht werden solle, und zwar wurde dieser Beschluß — man beachte die winzigen Zahlen — gefaßt mit nur 135 gegen 57 Stimmen. Zu einer weiteren Kommissionssitzung erschienen die „Christlichen“ nicht mehr. Die Ursache des Umschwungs, den man auf den Hauptvorstand des christlichen Verbandes zurückführen muß, ist zweifellos in der finanziellen Leistungsunfähigkeit des in ganz Deutschland nur 7000 Mitglieder zählenden christlichen Verbandes zu erblicken. Diesen wirklichen Grund gaben sie aber nicht an, sondern sie behaupteten, die Zeit sei nicht günstig, was aber auf das entschiedenste zurückgewiesen werden muß und in der Tat ja auch von den „Christlichen“ selbst nicht geglaubt wird. Nun nahm auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband eine Abstimmung vor, zu der er sämtliche Tischler einlud. Diese von 1700 Tischlern besuchte Versammlung beschloß einstimmig, daß der Tarif in der Form, wie er mit den „christlichen“ vereinbart worden war, sofort den Unternehmern unterbreitet werden solle. Da die Unternehmer auf die Forderungen nicht eingingen, kam es am 16. August zum Ausstand. Auch ein großer Teil der christlichen Mitglieder legte die Arbeit nieder, darunter deren Kölner Vorsitzender. Die Führer kommandierten ihre Mitglieder aber wieder an die Arbeit zurück; doch nicht alle folgten, und nachher traten etwa fünfzig christliche Mitglieder zum Deutschen Holzarbeiterverbande über. Bis hierhin könnte man das Verhalten des christlichen Holzarbeiterverbandes wenigstens zu erklären versuchen. Was der christliche Verband aber dann unternahm, das hätte der ärgste und mißtrauischste Feind der Zentrums-Gewerkschaften sich in seinen schwärzesten Befürchtungen nicht träumen lassen.

Die christlichen Führer beschlossen, den wider ihren Willen entstandenen Lohnkampf zunichte zu machen. Sie traten mit den Unternehmern in Verbindung und verpflichteten sich, aus ihren sämtlichen Zahlstellen je einen bis zwei Arbeitswillige herbeizuschaffen, sie versandten dem entsprechende Rundschreiben, ihre Redner hielten in den meisten rheinisch-westfälischen Städten Versammlungen ab, und das Verbandsorgan brachte an der Spitze in Fettschrift die Aufforderung zum Zuzug nach Köln. Als in Offenbach a. M. ein Unternehmer mehrere Schreiner suchte und sich auf den Nachweis des christlichen Holzarbeiter-Verbandes begab, wurde ihm erklärt: Es sind keine da; wir haben sie nach Köln geschickt. Die christlichen Führer hatten ein vollständiges Streikbrecher-Vermittelungsbureau eingerichtet, was der folgende Brief an einen in Euskirchen wohnenden Holzarbeiter dokumentarisch beweist:

Köln, 18. September 05.

Werter Kollege!

Es wurde mir mitgeteilt, daß Du event. geneigt seiest, hier in Köln als Maschinenschreiner in Arbeit zu treten. In verschiedenen Werkstellen werden hier tüchtige Maschinenschreiner gesucht. Der Lohn beträgt 5 bis 5,50 M. Am besten ist es, Du wendest Dich an den Arbeitsnachweis unseres Verbandes, Köln, Palmstraße Nr. 14, wo Dir sofort Arbeit nachgewiesen wird. Bekannt wird Dir sein, daß der sozialdemokratische Verband sich hier im Streik befindet. Da aber der Streik ohne unsere Zustimmung inszeniert wurde, haben wir keine Veranlassung, denselben mitzumachen, vielmehr sehen wir denselben als für uns nicht existierend an. Auf diesbezügl. Antwort wartend, zeichnet mit freundlichem Gruß

für den christlichen Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Köln,
Wilh. Heimüller, Palmstr. 14.

Dieser Heimüller ist der nämliche Kölner Lokalbeamte, der den eingereichten Tarif mit durchberaten, unterschrieben, persönlich zum Druck besorgt und mit korrigiert hat. Man sieht, wie weit die sittliche Verkommenheit von Menschen gehen kann, die durch die M.-Gladbacher Jesuitenschule gegangen sind. Auf die geschilderte Art haben die Kölner Zentrumschristen Hunderte von Arbeitswilligen herbeigeschleppt, alle, die sie bekommen konnten, darunter Elemente, die sonst der Arbeit meterweit aus dem Wege gehen. Durch die völlige Unterbindung des Streikpostenstehens durch die Polizei wurde ihnen diese Tätigkeit sehr leicht gemacht.

So mußten denn die ausständigen Holzarbeiter, die bis zum letzten Augenblick mit seltener brüderlicher Treue ihren Mann gestanden haben, den Kampf beenden. Sie haben in Ehren gefochten. Nicht dem Unternehmertum sind sie unterlegen, sondern feiger, teuflischer Verrat aus den Reihen der eigenen Klassen- und Leidensgenossen hat sie zu Fall gebracht. Einen Gewinn wird der den Namen „christlich“ besudelnde Streikbrecherverband von seiner Tat nicht haben. Kein Holzarbeiter, der noch ein Fünkchen Ehrgefühl im Leibe hat, wird in dem Verbande bleiben oder ihm beitreten können. Die Tat des „christlichen“ Holzarbeiterverbandes in Köln wird als untilgbarer Schandfleck für alle Zeiten an dem Schilde der Zentrumsgewerkschaften haften bleiben.

Versammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Am Freitag tagte im „Hofjäger-Palast“ eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, die die Tagesordnung der am 10. d. M. aufgelösten Versammlung fortsetzte. Es handelt sich um die Aufstellung von drei Stadtverordneten-Kandidaten. Ohne Debatte wurde Genosse Sassenbach für den 3. Bezirk aufgestellt. — Ueber die Kandidatur des Genossen Paul Möhring, der für den 6. Bezirk vorgeschlagen wurde, entstand eine kurze Debatte, hervorgerufen durch einen Protest, den die Filiale II des Verbandes der Lithographen und Steindrucker gegen Möhrings Kandidatur eingereicht hat. Der Protest wurde begründet mit einem Vorgange, der sich an die Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker knüpft und im wesentlichen darin besteht, daß Möhring, der als Lithograph seiner Gewerkschaft angehört, die strittigen Rechte derjenigen Bundesmitglieder vertritt, welche die Verschmelzung in der Form, wie sie vollzogen ist, nicht billigen. Die Versammlung erachtete den Protest als nicht begründet, sie entschied sich mit 164 gegen 54 Stimmen für die Kandidatur Möhrings. — Eine lange Debatte entstand wegen der Kandidatur für den 7. Bezirk. Die Bezirksführer haben den Genossen Herzfeld vorgeschlagen, aus der vorigen Versammlung heraus ist Genosse Lankow vorgeschlagen worden. In der Debatte wurde bemängelt, daß Lankow, der schon früher kandidierte, diesmal übergangen worden sei, und weiter wurde gesagt, der Wahlvereinsvorstand habe in Gemeinschaft mit Richard Fischer einen schweren Verdacht gegen Lankow ausgesprochen, um dessen Kandidatur und Parteitätigkeit unmöglich zu machen. Der Vorstand sowohl wie Fischer verwahrten sich dagegen, daß dies der Grund ihres Vorgehens gegen Lankow gewesen sei. Fischer führte unter anderm aus, nicht hinten herum und nicht unmittelbar vor der Wahl, wie in der Diskussion gesagt wurde, sondern dem Genossen Lankow ins Gesicht habe er seinen Verdacht ausgesprochen. Was er, Fischer, getan, halte er für seine parteigenössische Pflicht, und der Parteivorstand habe ihm darin zugestimmt. Es handle sich darum, daß Lankow beschuldigt werde, der Polizei gegen Bezahlung Dienste zu leisten. Diese Beschuldigung stütze sich auf eine durchaus zuverlässige Quelle, deren Angaben sich schon in früheren Fällen als zutreffend erwiesen hätten. — Lankow bestritt sehr entschieden die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigung, er wünsche dringend, daß die Angelegenheit, die er schon vor längerer Zeit dem Parteivorstande unterbreitet habe, der sich aber aus formellen Gründen nicht damit befaßt habe, durch ein Schiedsgericht oder eine Kommission untersucht werde. — Nachdem noch weiter über diese Angelegenheit diskutiert worden war, trat Lankow von der Kandidatur zurück und Herzfeld wurde einstimmig als Kandidat für den 7. Bezirk aufgestellt. Die Versammlung setzte eine Kommission von 7 Mitgliedern ein, welche die gegen Lankow erhobene Beschuldigung prüfen soll.

Vierter Wahlkreis. Am Freitag fand in der „Urania“, Wrangelstraße, in einer nur schwach besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins die Fortsetzung der Diskussion über die Verhandlungen des Jenaer Parteitages statt. An der Debatte beteiligten sich Stümpe, Thäder, Schröder, Valenthin, Jensch, Rieger, Langhammer, Jaeck, Gleitner und Brückner. Die meisten Redner behandelten mehr oder weniger eingehend das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften und sprachen dabei die Erwartung aus, daß dieser Parteitag wohl dazu beitragen werde, den sozialistischen Gedanken mehr wie bisher in den Gewerkschaften zu pflegen. Vor allem wurde eine regere Beteiligung der Gewerkschaftsführer an den Arbeiten der Partei gewünscht. Nachdem um 12 Uhr die Debatte beendet war, konnte der Vorsitzende Hackelbusch konstatieren, daß wohl selten eine so sachliche und auf voller geistiger Höhe stehende Aussprache über die großen Partei- und Gewerkschaftsfragen im 4. Kreise stattgefunden habe. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Diskussion gute Früchte für die Parteiorganisation tragen werde. Einstimmig wurde sodann folgende von Rieger gestellte Resolution angenommen:

Die Parteiversammlung des 4. Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und dem Verhalten der Delegierten einverstanden. Besonders begrüßen es die Versammelten, daß der Parteitag in der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks aufs neue betont hat, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer revolutionären Aufgabe wohl bewußt ist und demgemäß aller Leisetreterei und Verflachung mit Entschiedenheit entgegenzutreten gewillt ist. Die Versammlung appelliert an alle Parteigenossen, nunmehr mit Eifer und Energie dafür zu sorgen, daß den Beschlüssen des Parteitags zur Maifeier und zum Massenstreik überall, sowohl auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiet, in einer der Partei würdigen Weise Geltung verschafft wird.

Die Diskussion über Dr. Friedebergs Vortrag „Weltanschauung und Taktik des Proletariats“ wurde am Freitag in einer von etwa 250 Personen besuchten Versammlung fortgesetzt. Zunächst ergriff der Anarchist Mühsam das Wort und bekannte sich zu den vier Friedebergschen Idealen der Religionslosigkeit, Gesetzlosigkeit, des Antimilitarismus, der Vaterlandslosigkeit. Dann führte Genosse Scheffer (lokalorganisierter Zimmerer) in 1¼stündigem Vortrage aus, daß er Friedeberg zwar nicht völlig verstehe, namentlich nicht inbezug auf das, was Anarcho-Sozialismus bedeuten sollte, im übrigen aber habe Friedeberg mit seinen Forderungen recht, namentlich dürfe der Parlamentarismus nicht überschätzt werden, erreicht sei durch ihn überhaupt noch nichts. Schuld am Ueberparlamentarismus seien die gewerkschaftlichen Zentralverbände.

Aehnlich sprach sich auch Genosse Rupp, ebenfalls lokalorganisierter Zimmerer, aus.

Genosse Heilmann, der dann zu Wort kam, zog eine scharfe Grenzlinie zwischen Anarchismus und Sozialismus; des letzteren Ideal könne nicht der Zustand der Gesetzlosigkeit sein, vielmehr erstreben wir die sozialistische Gesellschaftsordnung, einen durchaus geordneten Zustand der Gesellschaft mit streng umrissenen Pflichten für den einzelnen. Der Redner forderte Friedeberg auf, endlich einmal deutlich zu erklären, ob sein Ideal das alte sozialistische sei oder ein neues anarchistisches, die sogenannte freie Gesellschaft, in der jeder tun und lassen könne, was ihm beliebt. Er ging dann noch auf die Stellung der Partei zur Religion, zur Gesetzlichkeit resp. Ungesetzlichkeit, zum Militarismus und zum Vaterlande ein, wobei er das schaffende Wirken gegenüber dem Schwatzen nachdrücklich hervorhob, und schloß mit den Worten: Der erste Schritt zur Emanzipation der Arbeiterklasse war und wird sein die Emanzipation von der revolutionären Phrase.

Dieser Redner erntete überaus lebhaften Beifall.

Drei weitere Redner, Sasse, Copirelski, Specht griffen die Taktik der Zentralverbände als verderblich an.

Dr. Friedeberg wandte sich in seinem Schlußwort wesentlich gegen Heilmann, gegen den er dadurch Stimmung zu machen suchte, daß er ihn als einen der stärksten Vertreter der Revisionisten bezeichnete, einen der Leute, mit denen Kautsky sich beständig herumschlagen müsse, die mit jedem Nationalsozialen und sonstigen Bürgerlichen paktieren, das Reichstagspräsidium annehmen wollen, sich aber sofort entrüstet ereifern, wenn jemand auftritt und am dogmatischen Marxismus Kritik übt, um das Proletariat nach links zu drängen. Seine Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus von Marx, dem er einen historischen Psychismus entgegensetze, versprach Friedeberg demnächst in ausführlicher Weise schriftlich zu geben. Dann ging er noch einmal auf die vier von ihm hervorgehobenen Punkte ein und betonte, der Parlamentarismus sei für die vergangenen Zeiten wohl gut gewesen und auch jetzt noch in unseren rückständigsten Gegenden zu propagieren, nicht aber in unseren fortgeschrittenen Industriezentren. Als lehrreiches Beispiel für seine Anschauungen führte er die englischen Arbeiter an, die das Koalitionsrecht erkämpft und eine hohe Lebenshaltung errungen haben, aber nie ins Parlament gegangen sind. Bei uns dagegen haben die Arbeiter zwar Vertreter ins Parlament geschickt, inzwischen aber weiter gesoffen, die Kinder weiter geprügelt und ihre Frauen weiter geknechtet. Bei sich selbst, in ihrer eigenen Familie müssen die Arbeiter mit der Verbesserung anfangen.

Auch dieser Redner erntete lebhaften Beifall.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Versammlung um ½1 Uhr geschlossen.

Erklärung.

Gegenüber den Auslassungen des Vorsitzenden des nunmehr aufgelösten Werktarbeiterverbandes — abgedruckt in der Nr. 240 des „Vorwärts“ vom 13. Oktober im Bericht der Generalversammlung des D. W.-V. — sehe ich mich veranlaßt folgendes zu erklären:

Der Verbandsvorsitzende Oellerich hat ähnliche Aeußerungen wie die in dem Bericht enthaltenen wiederholt ausgesprochen, ohne daß er sich bemüßigt gefühlt hätte, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Derselbe ist von mir zuletzt auf der Versammlung der Vorstände der an der Unterweserbewegung beteiligten Gewerkschaften, in Gegenwart mehrerer Mitglieder der Generalkommission ausdrücklich aufgefordert worden, die von ihm aufgestellten Behauptungen mir gegenüber vor der Versammlung zu beweisen. Oellerich hat dort weder einen Gewährsmann genannt, um angeblich von mir getane Aeußerungen nachzuweisen, noch ist derselbe sonst in einer Form dieser von mir an ihn gestellten Aufforderung nachgekommen.

Oellerich ist meinerseits während der Tagung der Generalversammlung am Nachmittag desselben Tages, an dem er in der Generalversammlung die Anschuldigungen vor den versammelten Delegierten aussprach, dringend aufgefordert worden, mich seinem in der Versammlung anwesend sein sollenden Gewährsmann gegenüberzustellen. Oellerich verweigerte dies mit der Motivierung, ich könne denselben wirtschaftlich schädigen. Es lag Oellerich daran, den Bericht vorher in die Zeitung zu bekommen, bevor es mir gelang, den Gewährsmann herauszubekommen. Erst durch den schärfsten Angriff meinerseits gegen Oellerich in der „Nordd. Volksstimme“ gelang es mir, denselben zur Preisgabe des Namens zu bringen. Es geschah dies von seiten Oellerich in der Weise, daß er zuerst mittels einer Zeitungsnotiz den Namen veröffentlichte und den Gewährsmann veranlaßte, unter seiner Notiz folgende Erklärung abzugeben:

„Auf das Eingesandt des Genossen Peine in gestriger Nummer der „Volksstimme“ sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt, um der Wahrheit die Ehre zu geben:

Genosse Peine erklärte in einer Unterredung mit mir in seinem Bureau:

„Flensburg und Bremen werden wohl genügen, den Werftarbeiter-Verband kaput zu machen. Sollte das nicht ausreichen, so werden wir noch in Bremerhaven nachhelfen!“

Genosse Otto Oellerich hat also auf der Generalversammlung sinngemäß das Richtige bekundet.

Wilhelm Schilling.“

Dieser Erklärung folgte am nächsten Tage eine Gegenerklärung des Genossen R. Schubert wie folgt:

Bei der Unterhaltung zwischen den Genossen Peine und Schilling war ich zugegen.

Peine hat keine Aeußerung getan, die auch nur entfernt das ausdrücken könnte, was Schilling, geschweige denn Oellerich behauptet hat.

Da Schilling selbst behauptet hat, daß jene Aeußerung in meiner Anwesenheit gemacht wurde, so bin ich bereit, eidlich zu bekunden, daß Schilling sich irrt, sofern es dazu kommen sollte.

R. Schubert.

Bezugnehmend auf diese letzte Erklärung Schuberts veröffentlichte ich ein längeres „Eingesandt“ in der „Volksstimme“, in welchem ich den Nachweis führte, daß alle Angriffe Oellerichs Kombinationen sind. Seine ganze Aktion gegen mich ist lediglich darauf berechnet gewesen, meine Person durch den Bericht in ganz Deutschland in ein ungünstiges Licht zu stellen, was ihm aber nur dadurch gelingen konnte, daß er mir jede Möglichkeit nahm, die Angriffe als Verleumdungen zu entlarven, bevor sie in die Presse gelangten. Diese Art und Weise verdient auch von den Partei-Instanzen darauf geprüft zu werden, ob sie nicht als eine ehrlose Handlung im Sinne des Parteiorganisationsstatuts anzusehen ist.

Ich ersuche alle Parteiblätter, welche den Generalversammlungsbericht abgedruckt haben, von dieser meiner Erklärung Notiz nehmen zu wollen. Es ist dies schon aus dem Grunde nötig, da im Bericht Behauptungen enthalten sind, die den großen Kampf nicht als einen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, sondern als ein Privatvergnügen einzelner hinstellen.

Fr. Peine
Geschäftsführer der Zahlstelle Bremerhaven
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

* * *

In derselben Sache erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Hamburg, den 14. Oktober 05.

Wenn es auch sonst nicht meine Gewohnheit ist, auf wahrheitswidrige Ausführungen dieser oder jener Personen in der Presse zu antworten, weil ich lieber Gelegenheit nehme, denselben ihre Irr-

tümer und Verleumdungen vor den versammelten Arbeitern oder Körperschaften zu beweisen, so muß ich Sie jetzt aber dennoch bitten, mir die Aufnahme folgender Zeilen nicht zu versagen, weil in dem auch von Ihrem Blatte aufgenommenen Bericht der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes in Bremerhaven, seitens des Herrn O. Oellerich als Referent, wissentlich Unwahrheiten den anwesenden Delegierten über meine Person und deren Tätigkeit mitgeteilt wurden, welchen ich, weil sie durch die Presse verbreitet sind, auch in der Presse begegnen muß.

Nach dem oben genannten Bericht hat der Herr Oellerich als Referent ausgeführt und wollte derselbe mich dadurch als unfähig in meinem Amt als Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, eventuell als rachsüchtig gegen den Deutschen Werftarbeiter-Verband hinstellen, daß ich den Streik in Flensburg von vornherein für aussichtslos gehalten, daß ich von den Arbeitern, namentlich unter meiner Anweisung, ohne Vorwissen der übrigen Verbandsvorstände Forderungen ausarbeiten und einreichen ließ.

Im Laufe meiner langjährigen Tätigkeit im öffentlichen Leben ist mir schon manches mit unseren Gegnern passiert, aber in so schmutziger, entstellter Weise, trotzdem der Referent den Sachverhalt genau kennt, hat noch niemand mir gegenüber operiert und konstatiere ich, daß diese Behauptungen an einem Ort gemacht wurden, wo es mir unmöglich war, auch nur das geringste zu entgegnen und bezeichne ich somit den genannten Referenten als einen Menschen, welcher in aller Oeffentlichkeit wissentlich die Unwahrheit sagte, einen Demagogen der gefährlichsten Sorte, wofür folgender Beweis:

Im Laufe des Jahres 1904 waren die Arbeiter der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft wiederholt derartig aufgeregt, daß es nur mit Aufopferung von recht viel Zeit und Mühe gelang, dieselben zu beruhigen und die unaufhaltbare Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten. Im November 1904 waren die Arbeiter der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft bereit, ihre Angelegenheiten zu beraten, und geschah dieses in einer Besprechung der am Ort tätigen Vertreter der beteiligten Gewerkschaften. Im Dezember 1904 wurde die Bewegung bei unserem Vorstande in Stuttgart angemeldet. In verschiedenen Versammlungen meiner Kollegen wies ich nun darauf hin, daß dieselben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ressorts genau feststellen sollen, um demgemäß ihre Forderungen zu formulieren.

Im Anfang April 1905 erhielt ich eine Einladung zu einer Konferenz der beteiligten Zentralvorstände und Gauleiter. Als ich nun an dem bestimmten Tage zu dieser Verhandlung in Flensburg erschien, wurde ich sofort von verschiedenen Kollegen gebeten, die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen zu formulieren, um dieselben dann in dieser einheitlichen Weise der folgenden Konferenz zu unterbreiten.

Ich kam dem Verlangen nach und unter Assistenz des Genossen Lassen, Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Flensburg des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes, und eines Vertrauensmannes unserer Organisation arbeiteten wir einen Tarif aus, welcher, vervielfältigt, den Besuchern der Konferenz von dem Genossen Lassen des Abends zugestellt wurde. Es waren vertreten die Zentralvorstände der Schmiede, Schiffszimmerer, die Bezirksleiter der Hülfsarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter und die in einzelnen Organisationen als leitende Personen am Orte fungierenden Genossen.

Auf dieser Konferenz ist der Tarif beraten und festgestellt worden, dann dem Arbeiterausschuß und den Werftvertrauensmännern übermittelt. Diese haben dann denselben der Direktion eingereicht und nahm die Sache somit ihren Lauf.

Es ist unwahr, was der pp. Oellerich behauptete. Nicht ich allein habe die Verantwortung für den eingereichten Tarif, sondern sämtliche Vertreter, welche an der Konferenz teilnahmen, denselben beraten und dessen Einreichung beschlossen haben. Das ist wesentlich anders, als was es dem Herrn Oellerich beliebt, seinen Kollegen als Wahrheit vorzutragen.

Gegen die weiteren Behauptungen, ich hätte die Kämpfe nur inszeniert oder begünstigt, um den Werftarbeiter-Verband zu vernichten, und dieses auch dem Bezirksleiter der Holzarbeiter, dem Genossen Rösle, unzweideutig mitgeteilt, habe ich mich schon einmal an kompetenter Stelle verteidigt. Bemerken will ich aber hier, daß ich nunmehr meine Kollegen in breiter Oeffentlichkeit reden lassen werde, um den Beweis zu liefern, daß gerade durch das Verhalten des pp. Oellerich die Werftarbeiter immer wieder hinters Licht geführt sind und derartig beeinflußt, durch die oft recht traurigen Verhältnisse auf den Werften angestachelt, oder scharfgemacht wurden, daß von einer Inszenierung der stattgefundenen Kämpfe überhaupt nicht die Rede sein kann.

Zum Schluß möchte ich aber noch bemerken, daß derjenige, der den „Werftarbeiter" Nr. 19 gelesen hat, mir zustimmen muß, daß damit die leitenden Personen des Werftarbeiter-Verbandes alles andere als Stimmung für den Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht haben. Dort werden in Fortsetzung der famosen Ausführungen eines Herrn Kühl in Kiel Ausfälle gegen unsere Organisation beliebt, die nun der Wahrheit in durchaus widersprechenden Weise von dem pp. Oellerich wiederholt sind und mich veranlassen, diese Zeilen für die Oeffentlichkeit zu schreiben.

Selbstredend bin ich bereit, überall, wo es meine Kollegen verlangen, den Wahrheitsbeweis für meine Behauptungen in aller Oeffentlichkeit zu erbringen.

Sollte dadurch die Gesamtbewegung Schaden leiden, so haben wir dieses den Taten eines Oellerichs zu danken.

Wilhelm Gotthusen,
Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 19. Oktober.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Fra Diavolo.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Die Zauberflöte.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.
Berliner. Andalosia.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Flachsmann als Erzieher.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Traum ein Leben.
Lessing. Stein unter Steinen.
Zentral. Zur indischen Witwe. Nachm. 3 Uhr: Prinzeßchen Goldtraut.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Metropol. Auf — ins Metropol!
Kleines. Das vierte Gebot.
Trianon. Madame Torera.
Lustspielhaus. Der Herr Haushofmeister.
Thalia. Bis früh um Fünfe!
Carl Weiß. Der Weltumsegler wider Willen.
Luisen. Die Kinder der Exzellenz.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Apollo. Frau Luna. — Spezialitäten.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Herrnfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Folies Caprices. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Robert Koppel. Marshall, der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Edler.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten im Ballon. Hörsaal 8 Uhr: Die Entwickelung des Lebens.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.

Andalosia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endli.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Andalosia.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalosia.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.

Ein Sommernachtstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

Hidalla.
Freitag: Hidalla.
Sonnabend zum erstenmal: Das vierte Gebot.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore.
Hierauf: Der zerbrochene Krug. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

Theater des Westens.

Station Zoolog. Garten. Kantstr. 12.
Donnerstag: Die Zauberflöte.
Freitag: 5. Vorstellung im Freitags-Abonnem.: Der Bettelstudent.
Sonnabend nachm. 3 Uhr, kl. Preise: Maria Stuart.
Abends 7½ Uhr: Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Der Freischütz.
Abends 7½ Uhr: Der Opernball.
Montag: Alessandro-Stradella.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der Herr Haushofmeister.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten im Ballon.
Hörsaal 8 Uhr:
Die Entwickelung des Lebens.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Zentral-Theater.

4½ Uhr: Kinder-Vorstellung. Halbe Preise.
Prinzeßchen Goldtraudi.
Märchen in 4 Bildern. Im 3. Bilde:
Großer Aufzug der Tiere.
8 Uhr täglich: **Indische Witwe.**

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Freitag: Othello.
Sonnabend: Pech-Schulze.
Sonntag nachm.: Kean.
Abends: Othello.
Montag: Das Lumpengesindel.
Hierauf: Das Schwert des Damokles.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Direktion: **Richard Schultz.**
Heute und folgende Tage:
Eine tolle Nacht.
Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Madame Torera
(Madame L'ordonnance).
Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel.
Deutsch von Max Schoenau.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das Ende der Liebe.**

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit!
„Der Adelsnarr."
Sonntagnachmittag 4 Uhr:
„Ein Sohn des Volkes."

Apollo-Theater.

Täglich 8½ Uhr
unter persönl. Leitung v. Paul Lincke.
Frau Luna.
Vorher:
Die Oktober-Spezialitäten
Sonntag, 22. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft
und Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und P. Bilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgunst.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Hierauf: Zum Einsiedler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora.

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag von Herrn **Dr. Maurenbrecher** über: **Kunst und Politik.** Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes und Bericht der Revisoren. Diskussion. Eventuelle Wahl eines Schriftführers. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Mitgliedskarte legitimiert.

Uraufführung für Berlin, III. Serie:

Die Wölfin.
Von Giovanni Verga.

Fräulein Freschbolzen.
Komödie von Klara Viebig.
Darstellerin der Titelrollen: Frau **Rosa Bertens.**

Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 2½ Uhr:

Metropol-Theater.
15./16. Abteilung
Der Panzer
und
Nummer Achtzig

Carl Weiß-Theater.
10./11. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von W. Goethe.

10. Kunst-Abend
Mittwoch, den 15. November cr., abends 8½ Uhr,
Frau Klessek-Müller:
Internationaler Volksliederabend.
Pianistin: Fräulein Olga Pommerenk.
Einlaßkarten a 30 Pfg. in den bekannten 9 Zahlstellen.
229/20 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne

Extra-Vorstellungen

Sonntag, den 22. Oktober, nachm. 2½ Uhr im Deutschen Theater
„Minna von Barnhelm"
Lustspiel in 5 Akten von G. Lessing.
Frau **Agnes Sorma** in der Titelrolle.

Sonntag, den 29. Oktober, nachm. 2½ Uhr im Deutschen Theater
„Kabale und Liebe"
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedr. v. Schiller.

Eintrittskarten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind an allen Zahlstellen zu haben.

Die für Sonntag, den 15. Oktober, ausgegebenen Karten zu „Kabale und Liebe" werden an den Zahlstellen gegen solche zu dem 22. oder 29. Oktober umgetauscht.

Der Vorstand. J. A.: Heinrich Naft,
150/18 Bremerstraße 59. Fernsprecher: Amt II, 4241.

Buggenhagen. Moritzplatz.

Heute sowie jeden Donnerstag
Humoristische Soiree der
Fritz Steidl
Sänger
Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.
Anf. 8 Uhr. Nachher Tanzkränzchen

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Stets wechselnde Spielfolge.
Nach jeder Vorstellung:
Großer Extra-Tanz.

Dr. Simmel, Prinzeß-Str. 41,

Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Zirkus Albert Schumann

Heute abends präzise 7½ Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm. U. a.:
Neu! Neu!
Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart:
Die 9 heilig. Chungusen
Zauberer und Gaukler aus Mukden.
Neu und phänomenal!
Javaner-Truppe.
Grotesquekünstler aus Java.
Neu! Polly Dassie und August.
Sensation! Das einen halben
Saltomortale schlagende Pferd.
Die unübertrefflichen
John und Louis Boller
Vor- und Rückwärts-Saltomortali
auf dem Zweirad.
Zum Schluß: Einzig dastehender Erfolg! Der Tag des
Englischen Derby.
Das Leben und Treiben nach dem Original. Besond. hervorzuheben im dritten Akt: Das Rennen.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr
zum 41. Male:
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. × Miß Clifford a. D.
Bender × Giampietro
Josephi × Massary × Frid-Frid
Steidl × Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche! Anfang 8 Uhr.
Der Weltumsegler wider Willen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Rotkäppchen. Abends: Othello.
In Vorbereitung: In Berlin ist was los. Große Ausstattungspossen-Revue in 6 Bildern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Zum 179. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Erbschaftskomödie von Anton und Donat Herrnfeld.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Hünnstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Größte Attraktion der Welt!
Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig!
Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz schwersten Kalibers.
Nur noch kurze Zeit!
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur
in ihren milit. Infanterie-Exerzitien.
Japanische Infanterie.
Vier Soeurs Athletas.
Zum 20. Male:
Mexiko.
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzerleben.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Marshall
der Mann mit den Hüten.
Georg u. Gusti Edler
Tyroler.
14 erstklassige Nummern.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Preziosa.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Wolf.
Musik von C. M. v. Weber.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag z. letztenmal: Muttersegen.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Berliner Kinder.
Gr. Posse m. Ges. in 4 Akt. v. Salingre.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.
Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.)
In Vorbereitung: Vom Thron zum Schafott.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Hauptmann Marquis Itonye
Szene vom Kriegsschauplatz.
Rosa u. Jehan
Liane Leischner
Belle Astoria.
16 sensationelle Attraktionen.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Saisonschlager!
Die Schlächtermeisterin als Schauspielerin
oder: Skandal im Theater.
Große Posse
und 20 Spezialitäten-Nummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Sonnabend zum **50.** Male: Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel **Ad. Philipp**

ABER!

Herr Herzog

Sonntag nachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! **„Ueber'n großen Teich."**

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater

132 Linienstr. 132

Ecke Friedrichstraße.

Nach dem Zapfenstreich.

Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.

Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.

Täglich 8 Uhr. Vergrößert! Entree 50 Pf. Erneuert!

Das brillante Oktober-Programm.

Neu! Neu!

Darton Brothers

Handvolligeure.

Birtons Brothers

moderne Gladiatoren.

Ein Kater

Schwank in 1 Akt.

Eugen Nighton, mod. Jongleur.

Familienkarten sind in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

WINTERGARTEN

Heute

die in London an 1000 Abenden mit großem Heiterkeitserfolge gegebene Pantomime

Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel

Original-Aufführung

außerdem

Guerrero, span. Tänzerin. **Artois,** Reckkünstler. **Amann,** Mimiker. **Harndins,** Wundersterne. **Colle de Lossé,** Drahtseilakt. **Marrdor,** Goldamazone. **In Japan,** Ballett. **Meore,** engl. Sängerin. **Collins und Hart,** Exzentriks. **Die mysteriösen Husaren.**

Biograph.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**

Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstraße 97.

16 humoristische Spezialitäten **Bendix.**

Littke Carlsen.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr bei 40 Pf. Entree auf jedem Platze.

Verteilung von Geschenken.

Täglich im Konzertsaal 8 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr 2 Kapellen.

„Schrammeln", Ungarn und Nahasänger.

Ende des Konzerts 1 Uhr.

In Vorbereitung:

Rin-ins „Colosseum"!

Ausstattungs-Gesangs-Burleske.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.

Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.

Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Täglich

in den unteren Sälen

Gottschalk-Konzert.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.

Die schönsten 47332*

Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher Deutschlands. — Filiale Berlin.

Donnerstag, den 19. Oktober 1905, abends 1/2 9 Uhr:

General-Versammlung

in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. **Abrechnung vom 3. Quartal 1905.**
2. Vereins-Angelegenheit.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

125/14 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35:

Baudeputierten-Versammlung.

NB. Da wichtige Angelegenheiten zur Sprache kommen, ersuchen wir die Kollegen, daß jeder Bau vertreten ist. 130/11* **J. A.: Der Vorstand.**

Zur Beachtung für die Berliner Arbeiterschaft!

Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der **Lieguitzer Hutfabrik vormals Klein u. Co., G. m. b. H.,** im Streik, um eine Lohnkürzung bis zu 50 Prozent abzuwehren. Die Firma verkauft ihre Produkte in eigenen Verkaufsstellen und befinden sich ihre Läden in Berlin: 204/6*

Wilsnackerstraße 63,
Ritterstraße 19a,
Friedrichstraße 250,
Große Frankfurterstraße 94.

Die Firma rechnet besonders mit der Arbeiterkundschaft. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterschaft und erwarten, daß sie nicht eine Firma unterstützt, die wöchentliche Durchschnittslöhne von 6 Mark für Arbeiterinnen und 12—16 Mark für Arbeiter bis zu 50 Prozent herabdrücken will.

Der Zentralverein für Hutarbeiter und Arbeiterinnen.

Filiale Berlin.

Achtung! Achtung!

Etuisarbeiter und Arbeiterinnen.

Heute, Donnerstag, den 19. Oktober 1905, abends 6 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. **Die Verhandlungen mit der Vereinigung der Berliner Etuisfabrikanten.** 2. Diskussion. 25/16

Kollegen! Kolleginnen! Die Versammlung wird vor wichtige Entscheidungen gestellt sein, deshalb erwartet vollzähligen Besuch

Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Möbelpolierer.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal **Königstadt-Kasino,** Holzmarktstr. 72:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **G. Reuter: „Unsere Wege zum Ziele".** 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zu dem Beschluß der Ortsverwaltung: Organisierte Kollegen dürfen Vorarbeiterstellungen nur in Lohn bekleiden und keine Prozente nehmen.

Die Kollegen werden aufmerksam gemacht, daß die Arbeitsausgabe im Arbeitsnachweis, Germannstraße, für Polierer **vormittags von 8—10 Uhr** stattfindet. 94/18

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei **Kubat,** Blumenstr. 38:

Branchen-Kommissions-Sitzung.

Abrechnung der Billetts vom Herbstvergnügen.

Der Obmann.

Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 1/4 Uhr, bei Muhs, Mantenffelstr. 95:

Versammlung der Sitzmöbeltischler.

Tages-Ordnung:

1. Wie können die Mißstände in den Sitzmöbeltischlereien beseitigt werden? Referent: **R. Leopold.** 2. Berichte aus den Werkstätten. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Die Kommission.**

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15** (Saal I):

Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **„Partei und Gewerkschaft".** Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Die Konferenz der deutschen Klavierarbeiter in Zeitz. 4. Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Branchenkommission.**

Gewerkschaften! Parteigenossen!

Lichtbilder-Vorträge

des Herrn **Martin Krolik** aus Chemnitz über: **Die Entwickelung englischer, deutscher und schweizerischer**

Konsum-Genossenschaften

finden statt:

Donnerstag, d. **19. Oktober,** in **Fröbels Allertal-Theater,** Schönh. Allee 148,
Freitag, „ **20.** „ im **Cöslicner Hof,** Cöslinerstraße 8,
Mittwoch, „ **25.** „ im **Hofjäger-Palast,** Hasenheide 52/53,
Freitag, „ **3. November,** in **Obst's Festsälen,** Meiningerstraße 8, Schöneberg. 126/11*

Anfang abends 8 1/2 Uhr. — Auch Frauen haben Zutritt.

4571L*

Nach beendeter Saison

Ausnahmepreis!

Reichgestickte abgepaßte Portieren

Die komplette Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)

in **Viktoriatuch** . 5^{25} (Wert 8,50)

in schwer. **Wollserge** 5^{85} (Wert 10,50)

in **Plüsch** . . . 10^{50} (Wert 16,00)

Eine Partie **Wollportieren** mit **allerliebster Blumenkante** per Schal **2** Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog ca. 600 Abbild. sowie Extraliste gratis u. franko.

Extra billig! div. Teppiche

mit kleinen Webefehlern!

Reichel's

Hustentropfen

unübertroffen wirksam gegen **Husten, Heiserkeit, Verschleimung Halsschmerz** sowie alle **Beschwerden der Atmungsorgane.** Fl. 50 Pf.

Echt nur wenn mit Marke „Medico" verschlossen. Erhältlich in den Drogerien und bei

Otto Reichel, Berlin SO. 48, Eisenbahnstr. 4

Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in der „Brauerei Patzenhofer", Moabit, Turmstr. 24/25:

Oeffentliche polnische Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Zweck und Nutzen einer Arbeiter-Organisation.** 2. Diskussion.

NB. Die Genossen werden ersucht, ihre polnischen Arbeitskollegen hierauf aufmerksam zu machen. **Die Agitations-Kommission der P. P. S.**

Achtung! Gewerkschaften u. Vereine!

Bringe meine mit allem Komfort d. Neuzeit versehenen

Ritter-Festsäle, Ritter-Str. 71/75,

mit Bühne, zirka 700 Personen fassend, und **Vereinszimmer** in jeder gewünschten Größe in empfehlende Erinnerung. Ebenso erlaube ich mir auf meine zwei neuerbauten, 30 Mtr. lange, mit elektrischem Licht, Heizung u. vorzüglicher Ventilation versehenen Kegelbahnen hinzuweisen. Um geneigten Zuspruch bittet **Robert Volgt,** Ritterstr. 75. Fernsp. Amt IV No. 7509.

Wir empfehlen

Parteitags-Protokolle

die ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundsätze, ihrer Taktik bieten. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor.

Vergriffen sind die Protokolle von 1892, 1896, 1901—1903.

Halle.	1890.	Neuorganisation; Programmrede Liebknechts; Stellung zu Streiks und Boykotts; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen". M. —,50
Erfurt.	1891.	Festsetzung des Programms; Programmentwürfe; Ausschluß der „Unabhängigen"; Taktik der Partei. M. —,50.
Köln.	1893.	Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Wahlrecht und Beteiligung an preußischen Landtagswahlen. M. —,40
Frankfurt.	1894.	Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trusts, Ringe und Kartelle. M. —,25
Breslau.	1895.	Agrarprogramm; Hausindustrie. M. —,30
Hamburg.	1897.	Preußische Landtagswahlen; Militarismus. Broschiert M. —,35
Stuttgart.	1898.	Koalitionsrecht; Bergarbeiterschutz; Preußische Landtagswahlen; Zoll und Handelspolitik. Broschiert M. —,35, gebunden M. —,60
Hannover.	1899.	Bernstein-Debatte; Zuchthausvorlage; Militärfrage. Broschiert M. —,50
Mainz.	1900.	Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Broschiert M. —,50
Bremen.	1904.	Maifeier; Amsterdamer Kongreß; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. Broschiert M. —,70, gebunden M. 1,—
Jena.	1905.	Neuorganisation; Massenstreik; Maifeier; Jugenderziehung. Broschiert M. —,70, geb. M. 1,—

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. 235/15

Soeben erschien Modell 1906

mit bedeutenden Verbesserungen!

Kein Blaken! — Kein Rußen mehr!

4 D. R.-Patente.

„A. B. C."-Brenner

für

Petroleum-Glühlicht

Mk. 5.50

komplet m. Dauerstrumpf, Zylinder u. Docht.

Brennt heller wie Gasglühlicht und verbraucht dabei nur für zirka 1 Pfennig Petroleum pro Stunde.

Kein Verschneiden, kein Putzen des Dochtes; es gelangen nur auswechselbare Brennringe von großer Haltbarkeit zur Verwendung. Der Brenner ist so einfach, daß er von einem Kinde bedient werden kann, daher der Name „A. B. C."

Paßt für jede vorhandene 10''' u. 14''' Lampe und mittels Zwischenring auch auf jedes andere Bassin.

Mustergültig in Handhabung u. Brennweise! Das rationelste Licht der Jetztzeit!

Niederlagen:

Herm. Arnhold, Alexandrinenstr. 110.
O. Besold Ww., Alte Jakobstr. 51.
Louis Böttcher, Boxhagenerstr. 32.
Thomas Goodson, Eichhornstr. 11.
Karl Höse, Brandenburgstr. 15.
M. Hirschhorn, Stralauerbrücke 3.
O. Kahnt, Lützowstr. 13.
Abraham & Ehrlich, Lampenfabrik, Königstr. 45.
Oscar Heising Nachf., Wilhelmstr. 37.
Julius Klinghoff, Potsdamerstr. 84a.
Ernst Koch, Pallasstr. 7.
Adolf Nèvir, Unter den Linden 44.
O. P. Neuendorf. Friedrichstr. 127.
Paul Schenck, Reichenbergerstr. 30.
H. Vettin, Brunnenstr. 34.
A. Schneeweiß & Co., Chausseestraße 87.

Charlottenburg: F. Schröder, Schlüterstr. 59.
Gr. Lichterfelde: C. Steinborn, Klempnermstr., Chausseestraße 18.
Ober-Schöneweide: J. W. Kantner, Elisenstr. 10.
Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.
Rummelsburg: Georg Reiner, Schillerstr. 35.
Steglitz: Alb. Busse Nachf., Schützenstr. 50.
„ Ewald Buck, Albrechtstr. 4.
„ J. Dehlmann Nfl., Schloßstr. 30.
Weißensee: Gericke & Wolfram, Königchaussee 55.
Wilmersdorf: Franz Hinze, Bernhardstr. 10.
„ Friedr. Müller, Bruchsalstr. 14. 42/12*

Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft Dresden (E. G. m. b. H.).

Wir empfehlen der Arbeiterschaft Deutschlands folgende Marken:

No. II	2 Pf.	sowie als Spezialität:	
No. III	3 „	Liberté Egalité Fraternité	. . . . . 3 Pf.

Qualität hochfein und garantieren wir einerseits für reine Handarbeit, sowie andererseits, daß unsere Fabrikate aus ff. rein türkischen Tabaken hergestellt werden. — Generalvertreter für Berlin u. Umgebung ist Herr **U. Stangenberg,** Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 20a. 47302*

Soeben ist erschienen:

Protokoll

des Parteitages in

Jena.

Die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages haben in weitesten Kreisen lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Waren doch diese Verhandlungen von grundlegender Bedeutung für unsere Partei. Die Referate und die Debatte über **die Organisation, die Maifeier, den Massenstreik** sind im Protokoll ausführlich enthalten. Ferner enthält es die **Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion.** Ein umfassendes Sachregister und ein Sprechregister erleichtern das Nachschlagen.

235/16

Preis 70 Pfg., gebunden 1 Mark.

Porto 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 130.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Achtung!! 4702L*

„Stoffe“. Fertige Röcke.

Stoffe zu Kostümen, Regenröcken, Sportröcken.

◆◆ Stoffe zu Damenpaletots, Eskimo, Astrachan, Breitschwanz, ◆◆

fertige Paletots kaufen Sie billig

in der Werkstatt **Pankstr. 16a, I,** kein Laden.

Artus-Hof

Parlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.

Säle von 100—1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.

Jeden **Sonntag, Dienstag u. Freitag: Gr. Theater-Vorstellung.**

Jeden **Montag: Quartettsänger** und **humoristische Soiree.**

Jeden **Donnerstag: Gr. Konzert.**

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger, Gummiwarenfabrik** Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Zähne 2 M. an. — Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen. Plomben 1,50 M. Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. Bequeme Teilzahlung. Garantie für tadellosen Sitz. **Emil Schaefer.** Seit 9 Jahren nur **Urbanstr. 133,** pik-a-pik der Fichtestraße.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 817R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 818R*

Bettenlagerei. Brautleute, Privatleute, Ausnahmepreise. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Brautbetten, Bettinlette, Aussteuerwäsche spottbillig. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Gardinenverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Teppichverkauf. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Bekanntmachung. Spiegelverkauf, Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, Uhrketten. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Garderoben, Verschiedenes, verfallene Pfänder spottbillig. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Vermietungsbett neum Mark, Möbelstücke, verkauft Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Pianos, billigste, größte Bezugsquelle feinster Instrumente, Schwechten, Biese, gebrauchte 75,00, 150,00, neue 285,00. Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 944R*

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster Extraermäßigung. Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12. 887R*

Leihhaus Küstrinerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge 2c. *

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 890R*

Sofa wie neu 21,00. Meicke, Große Hamburgerstraße 18/19. 255/20

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 26655*

Nähmaschinen. Vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00 ohne Anzahlung. Alle Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. 35*

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16 Mark. Pfandleihe Gubenerstraße 3. †35*

Monatsanzüge, Winterpaletots von 6 Mark an, Hosen von 1,50 an, große Auswahl, für jede Figur, auch von Pfandleihen verfallene Herrengarderobe kauft man spottbillig direkt beim Schneidermeister Auguststraße 45, an der Rosenthalerstraße. *

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38,00, Herrenhosen 7—12,00. Täglich, auch Sonntags Verkauf. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 26885*

Herrenanzüge, Winterpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15 nur 3 Treppen. *

Gaskocherhaus! Zweiflochgaskocher! 3,00. Dreiflochgaskocher! Gasbraisen! 6,00. Gasplättesen! Gasbügelapparat! Gasbrennscheren! spottbillig! Gasuhren 1½! Gaskronen, Schaufensterlicht aller Art! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 946R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 26388

Teppiche, Steppdecken spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113. 281/5*

Betten, Tischdecken spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113.

Gardinen, Portieren spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113.

Winterpaletots, Remontoiruhren, Regulatoren, Gaskronen, Bilder, Spiegel, spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113.

571 Rosenthalerstraße 571, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen Portieren, Teppiche, Läuferstoffe, Steppdecken, Gardinen, Vitragen, Tülldettdecken, Bonnes kommes Brises-bises 2c. Gardinen-Zweig. Kein Laden. 281/4*

Möbelgelegenheit. Die in meinen drei großen Speichern lagernden Waren müssen wegen Ueberfüllung schnell geräumt werden. Es sind besonders prachtvolle Schlafzimmer, Salonzimmer, eichene Herrenzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, im ganzen, auch jedes Stück einzeln, spottbillige Büfette, Kleiderschränke, Wäscheschränke, Salonschränke, Bücherschränke, Ankleideschränke, Schreibtische 26,00 Waschtoiletten, Bettstellen, Ausziehtische, Säulentrumeaus 30,00, Paneelsofas, Salongarnituren, prachtvolle Ruhebetten mit Chalselongue-decke 22,50, Küchenmöbel, Zimmerteppiche 8,00, extragroße Salonteppiche 18,00 an, reichgestickte Uebergardinen, Diwandecken, Steppdecken, Gardinen, Spachtelstores, Plüschtischdecken 5,00, Speisezimmer, Salonkronen, Prachtlampen, Wanduhren, Salongemälde. Alles neue Gelegenheits-Verkäufe. Otto Lidekes Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke. Ankauf ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften, Nachlässe und sonstige Gelegenheiten. 802R*

Schlesinger, Turmstraße 85, ist der billigste und reellste Lieferant für Herrenanzüge. 896R*

Bett umständehalber, siebzehn, Michel, Dresdenerstraße 38. 2658b*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2253b*

Abfall- (fehlerhafte) Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 863R*

Möbelsuchende, Brautleute, empfehle meine Möbeltischlerei für Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel. Bunte Küche. Englische Schlafzimmer. Große Auswahl. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1902R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 905R*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 918R*

Salongarnitur, Umbausofa, Büfett, Paneelsofa, Ausziehtisch, Bücherspind, Schreibtisch, Kleiderspind, Vertiko, Säulentrumeau, Bettstellen spottbillig. Landsbergerstraße 77, Seitenlage. *

Teilzahlung! 50 Pfennig wöchentlich Möbel, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Bettbezüge 2c. Besuch eventuell Postkarte. Goldstein, Gipsstraße 22. *

Waschtoilette, Nachttische, Kleiderschrank, Tische, Stühle, Taschensofa, Spiegel, Bettstellen, wie neu. Pankow, Brehmestraße 52, Hauswirt. †137*

Weiße Federmuffe, Damenjackett, Korallenschmuck, Akkordzither, wissenschaftliches Buch von Frau Dr. Fischer-Dümkelmann billig zu verkaufen Lorzingstraße 3 (Barbiergeschäft).

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Bredereck, Engel-Ufer 20.

Nähmaschinen, hohe Vergütigung, wer kauft oder nachweist Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, Woche 1,00, Postkarte genügt. Köpnickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †88*

Hochelegante Winterpaletots und Herrenanzüge von 20 Mark an sowie nach Maß von 25 Mark an bis zu den elegantesten kauft man direkt bei Schneidermeister Andersson, Rosenthalerstraße 15 I. 27135*

Milchgeschäft, gutgehend, 8 Jahre einer Hand, fortzugshalber verkäuflich. Milchgeschäft, Postamt 31. 2711b

Grünau nahe Bahnhof, Gartenland, Wald- und Wiesenparzellen unter günstigsten Bedingungen. Baureife Baustellen verkauft Läpernick, Grünau, Falkenberg 123. 2714b

Entzückende Blusen, Kostümröcke, Jacketts aus guten Stoffen selbstgefertigt, verkaufe, da keine Ladenmiete, zu auffallend billigen Preisen. Littauer, Brunnenstraße 4 I. 2715b

Zigarrengeschäft, gutgehendes, preiswert zu verkaufen. Bade, Müllerstraße 126a/b. 2705b

Krautstraße 50, Saalfelds Möbelhalle, empfiehlt in sehr großer Auswahl Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Kleiderschrank 26,50, Kommode 14,00, Trumeau mit Stufe, Facetteglas 30,00, Bettstellen, Matratzen 20,00. Kein Laden, nur Keller und Fabrikraum, 100 Quadratmeter, staunend billige Preise. Berlin, Krautstraße 50, Saalfeld aus Stettin. 2710b

Kanarienhähne, Selbstzucht, Seiffertstamm, billig. Mahnke, Görlitzerstraße 32, II. Haustür. †11*

Küchenschrank, gebrauchter, Reibretter, billig, verkauft Märschke, Boymestraße 4. †131

Möbel, garantiert reelle Tischlerarbeit, preiswert, Abraham, Kottbuser Damm 93. †110*

Restauration, großes Vereinszimmer, Billard, Pianino, umständehalber zu verkaufen. Näheres Spedition Lychenerstraße 123. †51

Gränkramgeschäft mit Rolle verkäuflich Boyenstraße 30. †82

Restauration mit Fahlstellen, sechs Jahre in letzter Hand, verkäuflich Breslauerstraße 28. †35*

Wäschemonogramme, Dutzend 1,20, stickt Geserick, Boyenstraße 19.

Zange, Turmstraße 84. Sehr preiswert Double, Samtmanchester, Stoffreste, allen Zwecken passend, Resterhandlung. †73*

Pianino, braunes 130,— Turmstraße 8, parterre. 47/12

Kanarienhähne 6,00, Vorschläger (Seiffertstamm) Schloßplatz 2. 46/20

Schöne große Fe derbetten, Stand 20 Mark. Dresdenerstraße 38, vorn II. links. 47/13*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliebene gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Nußbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 47/14*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 892R*

Beleihung, allerhöchste, Möbel, Wirtschaften, Pianinos, Fahrräder, Nähmaschinen, Warenposten, Lagerspeicher, Schwedterstraße 11. 886R*

Festsäle (50—400 Personen) zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch sind noch einige Sonnabende und Sonntage im November und Dezember, sowie Totensonntag und Weihnachtsfeiertage zu vergeben. Kommandantenstraße 72, Klubhaus.

Masseur empfiehlt sich R. Belitz, Frankfurter Allee 76, vorn II. *

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Andreasstraße 38. 891R*

Vereine! Saal, Vereinszimmer. Sonnabende frei. Klubhaus (Weißbier) Annenstraße 16. 45/20*

Schreibmaschine, Buchführung, Stenographie, Sprachen. Salomon, Karlstraße 26. 909R*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16. Zweimonatliche Sonntagskurse (Monat 4,00) beginnen Sonntag 4 Uhr. 45/20*

Bücherankauf und Bücherbeleihung Kochstraße 56, I. Amt I 8831. *

Vereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Kegelbahnen, vergibt Ladewig, Alte Jakobstraße 83. 792R*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Vereinen und Gewerkschaften empfehle großes Vereinszimmer zu Sitzungen und Zahlstellen. Otto Lambrecht, Lychenerstraße 2/3. †51*

Vereinszimmer, größeres, Piano, Kegelbahn, zu vergeben Friedenstraße 67. 2636b*

Rähmschiuen kauft Bleul, Gubenerstraße 8. †35*

Vereinszimmer mit Pianino, 40 Personen fassend, noch einige Tage frei bei Wasewitz, Strousbergstraße 41. †35*

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Ackerstraße 174 II, nicht Laden! 2696b*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 2678b

Waschanstalt von Karl Hellwig, Köpenick, Müggelheimerstraße 36, empfiehlt sich zum Waschen jeder Wäsche. Großer Bezug 15, Leibwäsche 10, 3 Handtücher 10 Pfennig. Abholung Sonnabends. 2695b

Achtung, Ober-Schöneweide! Die von einer gewissen Seite verbreitete Behauptung, ich hätte für die Arbeiter, welche während des Streiks hier in der Zentrale der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gearbeitet haben, einen größeren Posten Holzpantinen geliefert, ist unwahr. Ich habe weder von vorn noch vom Hausflur aus einen Sack Holzpantinen geliefert und erwarte daher von dem Urheber dieser Verleumdung binnen acht Tagen einen Widerruf, widrigenfalls ich andere Mittel ergreifen werde. Helene Bienert, Seifengeschäft, Ober-Schöneweide, Rathenauerstraße 2. 2716b

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9 (Ballisadenstraße). 47/11*

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Einzelzimmer und billige kleine Wohnungen sofort. Näheres Wirt 37.

Schlafstellen.

Mädchen findet Schlafstelle Luisen-Ufer 46, 4 Treppen, Süd. 2703b

Saubere Schlafstelle an zwei Herren zu vermieten zum Ersten Urbanstraße 27 bei Gieseler. 2786b

Freundlich möblierte Schlafstelle (Herren). Schöneberg, Belzigerstraße 18, Seitenflügel 1 Treppe.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Treuer, Humorist, Improvisator, Anklamerstraße 24. 2640*

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Brunnenstraße 28. †72*

Gnörich, Volkshumorist (auch mit Gesellschaft), Fennstraße 1 a. †82*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Eisholz, Komiker, nur Gropiusstraße 6. 2702b*

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. H. Wolf, Zwickau, Elsässerstraße 40. 881R*

Tüchtige Bilderrahmenmacher für dauernde Beschäftigung gesucht. Kristen, Kottbuser-Ufer 32. 2646b*

Kistenmacher für Hand verlangt Eckert, Große Hamburgerstraße 20.

Große deutsche Versicherungsgesellschaft sucht fleißige Agenten gegen hohe Provision und später festes Gehalt und Provision. Offerten B. M. 40 Postamt 54. 2696b

Polierer auf Schiffe verlangt in und außer dem Hause Stockfabrik Ritterstraße 59. 2694b

Guten Nebenverdienst finden Herren und Damen. Offerten A. Z. Postamt 54. 2699b

Siegellackkocher verlangt Wilhelm Hader, Engel-Ufer 16. 950R*

Leistenpacker verlangt Goldleistenfabrik Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 951R

Eisenarbeiter, tüchtige, für Trägerplatz gesucht. Steffens u. Nölle, Süd-Ufer 16/17. 2703b

Polierer auf Celluloidschirmgriffe verlangt Ludwig, Brandenburgstraße 6.

Hausreinigung zu vergeben Reinickendorferstraße 54. †82

Mädchen am Balancier verlangt Paul Hübner, Markusstraße 5. 2707b

Mamsells auf einfache glatte Paletots verlangt Bollmann, Prinz Eugenstraße 7. 2704b

Straußfederfabrik Annenstraße 26, erste Etage, verlangt Legerinnen, Näherinnen, Lehrmädchen, hohes Gehalt. Jahresstellung. 46/19

Laufmädchen verlangt O. Lange, Schönhauser Allee 88, Portal II. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Holzarbeiter!

Der **paritätische Arbeitsnachweis** für die Holzindustrie befindet sich

Gormannstraße 13.

Die Vermittelungszeit ist für **Möbelpolierer, Drechsler, Stellmacher, Modelltischler** und **Maschinenarbeiter**

von 8 bis 10 Uhr vormittags,

für **Tischler** aller Branchen

von 10 bis 1 Uhr mittags.

und für **Einsetzer**

von 1½ bis 2½ Uhr nachm.

Die Kollegen werden ersucht, die obenangegebenen Zeiten strikte einzuhalten, damit die Vermittelung schnell und korrekt vor sich gehen kann.

94/16* **Die Ortsverwaltung.**

Lokalredakteur

für die „Pfälzische Post“ zum möglichst sofortigen Antritt **gesucht.**

Genaue Offerten bis zum 1. November unter „Redakteur“ an den Verlag der „Pfälzischen Post“, Ludwigshafen a. Rh., erbeten.

Tätiger Parteigenosse,

anf. 30er, Buchdruckfachmann, 12 Jahr journalistisch tätig, kaufmännisch gebildet, verheiratet, sucht zum 1. Jan. 1906 Stellung an Parteiunternehmen als 2. Redakteur, Betriebsleiter, Expedient 2c. Gute Empfehlungen stehen zur Seite. Gefl. Off. unter A. 3 an die Exped. d. Bl. erbeten.

2 Monteure,

selbständig, für auswärtige Montagen von Holzbearbeitungs- und Dampfmaschinen gesucht. Lohn 8 M. pro Tag. Offerten unter **O. O. 100** Postamt 18.

Lehrmädchen,

nicht unter 16 Jahren, sofort gesucht. **Selbstgeschriebene Offerten an Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, Wildenowstr. 30,** erbeten.

50 Verleger

für fugenlose Steinholzfußböden, selbständige Glätter, gesucht. „**Dolomant**“ **Deutsche Steinholzwerke, Charlottenburg,** Kantstr. 38a. 47139*

Geübte Schirmnäherinnen

finden bei sehr hohen Preisen dauernde Beschäftigung. 2588b

O. Frey, Seydelstr. 15.

Guter Drechsler auf Alabaster verlangt Ritterstraße 40. 2701b

Fasser

nach Kopenhagen wird gesucht bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Nur tüchtige Kräfte wollen sich melden. **Citygade 20, Kopenhagen.** 4712R*

Achtung! Bauhandwerker!

Der Streik der **Rohrer** dauert unverändert fort und ersuchen wir alle Bauhandwerker, weil verschiedene Firmen, die nicht bewilligt haben, an Arbeitswillige Arbeitsberechtigungskarten ausgeben, um Irrtümer herbeizuführen, streng darauf zu achten, und haben nur die von der Organisation herausgegebenen **gelben** Karten Gültigkeit, wenn dieselben mit dem **Stempel der Lohnkommission** versehen sind. 296/4

Die Lohnkommission der Rohrer Berlins u. Umgegend.

Bureau: Dragonerstr. 15.

Achtung! Weißgerber u. Färber. Die Aussperrung dauert fort.

Die Fabrikanten suchen für einen erhöhten Lohnsatz Leute aller Art zu bekommen. 109/20*

Nachstehende Firmen haben ausgesperrt und sind zu meiden:

Lederf. **Eick & Strasser,** A.-G., Drontheimerstr. 32—34.
- **Hagermann,** Kolonistr. 18/19.
- **Mayer,** Soldinerstr. 78—82.
- **Karplus & Herzberger,** Prinzen-Allee 60.
- **Schneider,** Prinzen-Allee 53.
- **Schubert,** Wollankstr. 59.
- **Schwarzmann,** Prinzen-Allee Nr. 78.
- **Leuchter & Böhm,** Gerichtstraße 23.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Etuis-Arbeiter, Buchbinder, Kartonnager u. Galanterie-Arbeiter!

Der **Kampf** der **Etuis-Arbeiter** um **Einführung eines Tarifes** dauert fort!

Es wird versucht, **Arbeitskräfte** aus **anderen Branchen** heranzuziehen!

Von der Firma **H. Arnold, Tapisseriewarenfabrik,** Köpenickerstraße 114, ist das Personal wegen **Zugehörigkeit zur Organisation** und weil es Einhaltung des Tarifes forderte, entlassen!

Diese Firma ist nach wie vor für **Steindrucker, Korbmacher, Kartonnagen- u. Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt!**

Die Buchbinderei von **W. Kämmerer,** Kochstr. 67, ist bis auf weiteres **gesperrt!** 25.15

Arbeiten, welche von der Firma Kämmerer vergeben werden, sind wie **Streikarbeiten** zu betrachten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Tischler u. Einsetzer!

Die **Bautischlerei Schneider, Görlitzer Ufer,** und der **Bau Schneider in Südende, Lichterfelderstraße,** Ecke Potsdamerstraße, sind wegen Differenzen gesperrt.

Achtung, Einsetzer, Bauarbeiter!

Der **Bau Schäfer in Charlottenburg,** Wilmersdorfer- und Sybelstraßen-Ecke, ist wegen Maßregelung für Einsetzer gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

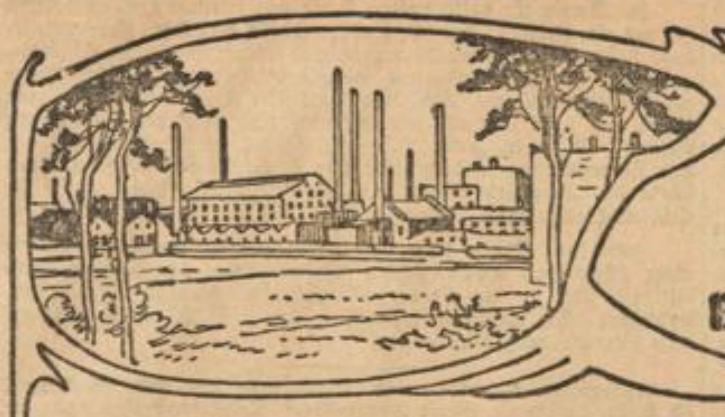
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bauhandwerker!

Der **Bau Bartsch, Halensee, Joachim Friedrichstr. 8,** ist für Bodenleger **gesperrt!** dort werden Parkettboden von Arbeitswilligen zu Preisen unter dem Tarif gelegt.

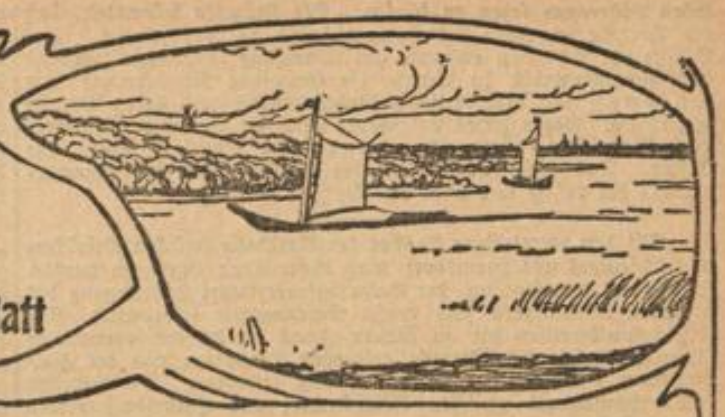
Die Kommission.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vorort

Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933. | Nr. 245. Donnerstag, den 19. Oktober 1905. | Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Bollersdorf bei Neuenhagen hält der Gesangverein „Eintracht" am 21. Oktober in dem Lokale von Otto Engel ein Vergnügen ab. Da versucht wird, Billetts in Arbeiterkreisen abzusetzen, das Lokal aber gesperrt ist, so weise man die Billetts zurück.

Friedrichshagen. Sonnabend, pünktlich 9 Uhr, Vereinsversammlung des Wahlvereins im Restaurant Petznick, Friedrichstraße 114. Tagesordnung: Bericht des Vertrauensmannes, der Revisoren, der Lokalkommission und Neuwahl derselben. Bericht vom Jenaer Parteitag. Referent Genosse Pinseler. Diskussion. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Tegel-Borsigwalde-Waidmannslust. Montag abend 8 Uhr findet in Trapps Festsälen in Tegel eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Paul Singer spricht über: „Die äußere und innere Politik". Ferner erfolgt die Wahl der weiblichen Vertrauensperson. Handzettelverbreitung, Sonntag früh 8 Uhr: Tegel bei Gehlhaar, Berlinerstraße; Borsigwalde bei Kube; Waidmannslust bei Grochow.

Rudow. Freitag, den 20. Oktober, abends 8½ Uhr, findet im Lokale von Palm die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes; Beratung des Statuts der Wahlvereine Groß-Berlins; Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung; Verschiedenes. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen jedes Mitgliedes erforderlich.

Vorort-Nachrichten.

Schulelend vor den Toren Berlins.

Ostelbien mit seinen schmachvollen Zuständen erstreckt sich bis an die Grenzen der Reichshauptstadt. Die kommunalpolitische Zerrissenheit Berlins und seiner Vororte, in ihrem Ursprung durch das liberale Berlin verschuldet, jetzt aber durch die preußische Regierung systematisch aus Haß gegen den „Wasserkopf Berlin" konserviert und gefördert, ermöglicht das kulturfeindliche obstelbische Treiben einer engherzigen, krämerhaften Geldsackherrschaft in der nächsten Nähe Berlins. Neben den elenden Krankenhausverhältnissen, dem Jammer der Armenverwaltung, offenbaren sich diese unseligen Verhältnisse besonders in der Verwahrlosung der Volksschule. Im Weichbilde von Groß-Berlin sind mannigfach, wie wir wiederholt berichten mußten, Schulen vorhanden, deren Gebäude und Einrichtungen sich würdig nur mit der einst berüchtigten Trakehner Gestütsschule vergleichen lassen. Derartige dem „Volk" gewidmete Institute finden sich nicht nur in verlorenen kleinen Landgemeinden, sie schänden große, aufstrebende Gemeinden in der unmittelbarsten Umgebung der Reichshauptstadt.

In dem Vorort Pankow, der eine Realschule besitzt und ein Gymnasium errichten will, das den weitgehendsten Anforderungen der Schulhygiene gerecht wird, steht als Wahrzeichen des alten Dorfes ein „Volksschulpalast", der vor nunmehr 50 Jahren errichtet wurde.

Schon des öfteren ist von einsichtsvollen Bürgern das Verlangen gestellt worden, dieses Gebäude als Schule zu kassieren, da es vollkommen veraltet sei. Doch stets wurde diese Forderung mit der Erklärung abgelehnt, daß die rapide Entwickelung des Orts eine Ueberfüllung der verfügbaren Gemeindeschulen mit sich bringe und die entstehenden Schullasten die Gemeinde erdrücken.

Was die beharrliche Verweigerung eines Schulneubaues bedeutet, vermag man nur nach genauer Kenntnis der jetzt benutzten Gemeindeschule zu beurteilen. Geben wir zur Schilderung dieses Schulgebäudes einem Berufenen das Wort.

Kein geringerer als der von der Gemeinde Pankow angestellte Schularzt Sanitätsrat Dr. Schäfer hat jetzt den Antrag gestellt, das in Frage stehende Schulgebäude ferner zu Schulzwecken nicht mehr zu verwenden. Er führt in der Begründung seines Antrages aus:

Das Schulgebäude sei durchaus veraltet und gehöre nicht mehr in dieses Jahrhundert. In allen schulhygienischen Werken sei der Flächenraum für ein Kind mit einem Quadratmeter, im einzelnen auch darüber mit 1,4 Quadratmeter vorgesehen. In den Schulen Berlins betrage dieser Flächeninhalt 1,8 Quadratmeter, auch 1,9 Quadratmeter. Von den einzelnen Regierungen sind diese Verhältnisse auch geregelt worden und die Zahlen, die auf ein Kind kommen sollen, angegeben.

In Preußen sei von der Regierung als Minimum ein Flächenraum von 0,6 vorgeschrieben. In der fraglichen Schule beträgt der auf ein Kind entfallende Flächenraum aber nur 0,54, in einem Zimmer sogar nur 0,5 Quadratmeter. Die Verhältnisse treten aber noch krasser hervor beim Kubikinhalt. Bei diesem komme die Höhe sehr in Betracht. Als Drchschnitt habe die Regierung 4—4,5 Meter vorgeschrieben. In den Schulräumen der fraglichen Schule betrage dieser dagegen nur 3,10, in verschiedenen Klassen sogar nur 2,95 Meter. Das sei eine Höhe, welche durchaus unzulässig sei.

Der auf ein Kind entfallende Normalrauminhalt solle 4 Kubikmeter sein; nach den Ausmessungen deer gedachten Schule kommen auf ein Kind aber nur 1,482 Kubikmeter, im höchsten Falle 2,38 Kubikmeter, es sei dies ungefähr die Hälfte desjenigen Rauminhalts, der auf ein Kind entfallen solle. Wenn man dazu noch den Umstand hinzurechnet, daß in den Klassenräumen nur eine höchst ungenügende und unzweckmäßige Ventilation sei, die, wenn sie in Betrieb gesetzt wird, nur Zug verursache, so müsse er behaupten, daß dies unhaltbare Zustände seien. Hierzu kommt noch die unzweckmäßige Heizung. Diese geschieht durch Kachelöfen, neben diesen kommen noch eiserne Oefen zur Verwendung. Kinder, welche in unmittelbarer Nähe eines solchen zu sitzen gezwungen seien, wären infolge des starken Temperaturwechsels beim Verlassen der Schule leicht zu Erkältungen geneigt, während die weit ab vom Ofen sitzenden Kinder frieren müßten.

Ein weiterer und sehr wichtiger Punkt sei die Beleuchtung. Diese sei vollkommen verkehrt. Die Kinder haben die Fenster im Gesicht und können deshalb die Schrift auf der Wandtafel nicht erkennen; um überhaupt von der Tafel lesen zu können, müssen die Vorhänge zugezogen werden. Herr Dr. Schäfer erklärt zum Schluß, daß die Beleuchtungsverhältnisse absolut unzulässig seien und auf die Augen der Kinder nur nachteilig wirken. Er könne nur sagen, **daß diejenigen Kinder, welche gezwungen werden, die Schule zu besuchen, gegenüber den anderen Schulkindern in ihrer Gesundheit arg beeinträchtigt sind.**

Wir haben dieser Anklageschrift nichts weiter hinzuzufügen.

Schon vor Jahren hatten wir auf diese Zustände hingewiesen und Abhülfe gefordert. Im Jahre 1900 wurden in dieser und in der Gemeindeschule in der Kaiser Friedrichstraße unter dem Dache provisorisch Klassen eingerichtet mit der ausdrücklichen Absicht, daß dieselben nur vorübergehend benutzt werden sollen. Inzwischen ist dieses Provisorium zur dauernden Institution geworden; es werden die Kinder in 2,45 Meter hohen Räumen eingepfercht.

Das vernichtende Urteil der Schularztes, das die Einwohnerschaft von Pankow einmütig zum Kampfe um die Beseitigung der amtlich bekundeten Kulturschande zwingen muß, scheint die volksschulfeindliche bürgerliche Verwaltungsmajorität auch ferner „unberührt" zu lassen. Bei Besprechung des ärztlichen Gutachtens in der Baukommission lehnten sämtliche Mitglieder der Kommission — natürlich mit Ausnahme des Sozialdemokraten — die Kassierung der „alten Dorfschule" ab. Der seit Jahren bestehenden Ueberfüllung der Schule in der Kaiser Friedrichstraße aber soll dadurch abgeholfen werden, daß bis zum Jahre 1907 ein Flügel in dem Schulgebäude angebaut werden soll.

Wenn die gymnasialfreundliche Gemeindevertretung nicht eine schleunige Remedur dieses Beschlusses eintreten lassen wird, dann muß gegen diesen gefährlichen Mißbrauch des Selbstverwaltungsrechts durch den privilegierten Besitz die Regierung angerufen werden. Die Kinder der Arbeiter sind es, die zum Besuche einer nach dem Urteile des Schularztes gesundheitsschädigenden Schule genötigt sind; die Arbeiterschaft muß und wird hier Wandel schaffen.

Charlottenburg.

Die Unterrichtsverwaltung über die Charlottenburger Waldschule. Ueber die Charlottenburger Waldschule in Westend liegt jetzt der erste ausführliche Bericht der preußischen Unterrichtsverwaltung vor. Das etwa 1 Hektar große, ziemlich hoch gelegene, etwas wellige, von hohem Kiefernwald bestandene Gelände wird als ganz besonders geeignet bezeichnet. Das Wasser ist einwurffrei. Im Freien sind Tische und Bänke in einfacher ländlicher Weise angebracht. Außerdem sind Turngeräte aufgestellt und zum Teil an Waldbäumen befestigt. Die Schule ist für 100 bis 200 Kinder bestimmt. Sie wurde mit 95 Kindern eröffnet. Am 16. August war die Zahl bereits auf 104, am 15. September auf 120 gestiegen. Die Verpflegung, die für den Kopf und Tag 50 Pf. kostet, ist gut und reichlich. Die Kinder machten schon nach wenigen Wochen einen überraschend günstigen Eindruck. Der Appetit war außerordentlich gut, die Stimmung fröhlich, die Aufmerksamkeit rege und der Gesamteindruck bei fast allen äußerst befriedigend. Nach 1½ bis 3 Monaten waren die Kinder derartig widerstandsfähig geworden, daß selbst während der regnerischen und kühlen Tage im Oktober kein einziges Kind trotz teilweise mangelhafter Fußbekleidung an einer Erkältung erkrankte. Außerdem wurde bei allen Kindern eine Gewichtszunahme im Durchschnitt von 5½ Pfund festgestellt. Die körperliche Kräftigung bewirkte eine regere und erfolgreichere Beteiligung am Unterrichte.

Rixdorf.

Achtung! Arbeitgeberwahlen zur Ortskrankenkasse. Heute Donnerstag, abends von 8—9 Uhr, finden die Wahlen der Delegierten der Arbeitgeber zur hiesigen Ortskrankenkasse statt. Es werden von seiten unserer Gegner Anstalten getroffen, unserer Liste eine Niederlage zu bereiten. Jeder Genosse, der bei der hiesigen Ortskrankenkasse Angestellte gemeldet hat, ist verpflichtet, unbedingt sein Wahlrecht auszuüben. Als Legitimation dient die Anmeldung. Das Wahllokal ist bei Hoppe, Hermannstraße 49/50.

Das Gewerkschaftskartell.

Weißensee.

Krankenkassenwahl. Heute abend von 6½ Uhr bis um 7½ Uhr finden im Lokale „Zum Prälaten", Lehderstr. 122, die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse statt. Ein jedes Kassenmitglied, das großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, muß sein Wahlrecht ausüben und die Liste des Gewerkschaftskartells, welche vor dem Wahllokal verteilt wird, an der Urne abgeben. Niemand darf fehlen.

Das Gewerkschaftskartell.

Verlängerung von Straßenbahnlinien. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat sich der Gemeinde Weißensee gegenüber bereit erklärt, die Linien 60 und 61 nach dem neuen Weißenseer Amtsgericht weiterzuführen. — Das Amtsgericht wird bis zum nächsten Herbst fertiggestellt sein, die Straßenbahnlinien sollen schon zum Frühjahr dorthin verlängert werden.

Die Große Berliner will durch kleine Gefälligkeiten ihre Opfer für den großen Fang ködern.

Pankow.

Selbst gestellt. Der 24 Jahre alte Arbeiter Otto Engel, der dringend verdächtig ist, den tödlichen Messerstich gegen den Gastwirt Thürling in Pankow-Heinersdorf geführt zu haben, hat sich selbst gestellt. Die Kriminalpolizei in Berlin hatte durch einen Arbeiter, der einmal mit Engel zusammen beschäftigt war, die Persönlichkeit des mutmaßlichen Täters festgestellt und suchte ihn hier, während die Pankower Kriminalpolizei und die Gendarmerie die Umgegend beobachteten. Engel war sofort nach der Tat nach Berlin gefahren, gestern nachmittag aber kehrte er in die Nähe von Französisch-Buchholz zurück, wo er bekannt ist und sich oft aufhielt. Als man ihm hier mitteilte, daß er in der ganzen Gegend gesucht werde, ging er wieder nach Berlin. Er merkte aber bald, daß ihm die Kriminalpolizei auf den Fersen war. Er entschloß sich, sich lieber selbst zu stellen. Er gibt zu, bei der Schlägerei beteiligt gewesen zu sein, verweigert aber über die Vorgänge, soweit sie Thürling betreffen, jede weitere Auskunft. Er will nur dem Richter Aussagen machen und verlangt, diesem vorgeführt zu werden.

Nowawes.

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung fand am Dienstag im Singerschen Lokale statt, woselbst Genosse Kotzke-Berlin über die Vorteile des Zehnstundentages referierte. Der Redner erörterte in feinen Ausführungen die Schäden einer langen Arbeitszeit und zeigte an der Zusammensetzung des Reichstages, daß von diesem Parlament vorläufig eine gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages nicht zu erwarten ist und die Arbeiter in dieser Frage nur auf die Kraft ihrer Organisationen angewiesen sind, die sie zu starken wirtschaftlichen Machtfaktoren ausbauen müssen. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner am Schlusse seines interessanten Vortrages. — Hierauf gab Genosse Reinhardt ein Bild der Textilarbeiterbewegung am hiesigen Orte. Danach haben im Laufe dieses Jahres die Arbeiter in den Betrieben, wo sie gut organisiert waren, verschiedene Forderungen eingereicht; so beanspruchten am Anfang dieses Jahres die in der Netzfabrik Beschäftigten eine Lohnerhöhung, die ihnen nach kurzem Ausstande bewilligt wurde; darauf folgte der Hausweberstreik, welcher mit einem teilweisen Erfolge beendigt wurde; ferner erlangten die Arbeiter in der Teppichfabrik von Hozak den Zehnstundentag; auch der kürzlich beendete Streik in der Kammgarnspinnerei war von einem teilweisen Erfolge begleitet, indem die Arbeitszeit von 11 auf 10½ Stunden verkürzt wurde; ein Schmerzenskind für den Verband bildet jetzt die Netzfabrik, wo das am Anfang des Jahres Errungene bald verloren gehen wird, da viele Arbeiter und Arbeiterinnen sich durch den bekannten Anschlag, worin ihnen ein Judaslohn von 25. Pf. geboten wird, wenn sie aus dem Verbande austreten, verleiten ließen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Immerhin hat sich die Zahl der organisierten Textilarbeiter hier am Orte im Laufe dieses Jahres von 160 auf 400 erhöht. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, diese Zahl noch weiter zu steigern, um die äußerst traurige Lage der hiesigen Textilarbeiter durch die Organisation verbessern zu können. — In der Diskussion übte Genosse Gruhl scharfe Kritik an dem Indifferentismus so vieler in den Fabriken beschäftigter Textilarbeiter und forderte die Gewerkschaften auf, mehr den Klassenkampf zu propagieren. Nachdem der Vorsitzende Gemoll um kräftige materielle Unterstützung der ausgesperrten Berliner Metallarbeiter ersucht hatte, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Wilmersdorf.

Buddelei auf dem Dorfe. Macht in Berlin schon die Straßenbuddelei wegen ihres Schneckenganges selbst den sonst wohlgesinnten Bürger wild, so ist es in den Vororten einfach zum Verzweifeln, wenn irgendwo neue Pflastersteine gesetzt werden sollen. Seit langen Wochen ist in Wilmersdorf die Holsteinische- sowie die Güntzelstraße aufgerissen, ohne daß die Arbeit vom Fleck kommt. Die ganze Gegend gleicht einem grundlosen Morast und ist zu Fuß nur mit Lebensgefahr zu passieren. Die Langsamkeit der Arbeiten wäre kaum zu entschuldigen, wenn es sich um menschenleere Straßen handelte, die abseits vom Verkehr liegen. Die hier erwähnte Gegend des vornehmsten der Berliner Vororte wird jedoch von drei Straßenbahnlinien durchfahren, nämlich von den Linien 67, 91 und 92, welche, wie ein jeder Fahrgast weiß, zu den frequentiertesten gehören, und deren Wagen bei der Fahrt nach Berlin vielfach schon längst besetzt sind, bevor sie das Gebiet der Stadt erreicht haben. An der Stelle, wo die Pflasterungsarbeiten vor sich gehen, sind provisorisch Ueberleitungsschienen gelegt, wie dies an vielen Stellen geschieht, wo gebuddelt wird. Wir wissen nicht, ob an der Pflasterung oder an der Schienenlegung die Schuld liegt; genug, es geschieht seit einigen Wochen fast allstündlich, daß die Straßenbahnwagen beim Hinüberleiten an dieser Stelle aus den Schienen springen. Bis dann alles wieder eingerenkt ist, vergeht durchweg eine kleine halbe Stunde, während welcher das Publikum fluchend um den Unglücksfall herumgeht. An einen geordneten Betrieb ist unter diesen Umständen natürlich nicht zu denken; man sieht die erwähnten Straßenbahnwagen entweder eine halbe Stunde lang gar nicht oder nach wieder hergestellter Ordnung endlich in langer Reihe dahergondeln. Die Kommunalverwaltung des großen Dorfes täte gut, sich endlich ernsthaft um die Abstellung dieses unerträglichen Mißstandes zu kümmern.

Die Wilmersdorfer Seepark-Angelegenheit hat nunmehr vor Gericht ihren Abschluß gefunden. Im Dezember 1903 hatte die Wilmersdorfer Gemeindevertretung beschlossen, zur Anlage des Seeparkes ein an der Westseite des Wilmersdorfer Sees gelegenes, 1158 Quadratruten großes Grundstück für 400 000 M. freihändig anzukaufen. Sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses erhob sich in einigen Kreisen der Bürgerschaft eine Entrüstung, die auch in öffentlichen Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden war, indem dem damaligen stellvertretenden Amts- und Gemeindevorsteher (Schöffen Rammrath), der Mitbesitzer jenes Grundstückes ist, der Vorwurf gemacht wurde, er habe seine amtliche Kenntnis von einer Verordnung des Landrates, der zufolge der durch die Gemeinde zu erwerbende Teil des Geländes an der Augusta- und Schramnstraße zu einer öffentlichen Platzanlage verwendet werden solle, dazu benutzt, um das Grundstück vorher anzukaufen und daraus zum Nachteil der Gemeinde Nutzen und Bereicherung für sich zu ziehen. Daraufhin hatte der Landrat von Stubenrauch als Vorgesetzter des Gemeindebeamten gegen die Verbreiter der Nachricht (Mitglieder eines Wilmersdorfer Vereins) Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In dem Termine vor dem Schöffengerichte ist jetzt ein Vergleich zustande gekommen, indem die Beklagten die Erklärung abgaben, daß sie sich von der Haltlosigkeit ihrer Behauptungen hätten überzeugen müssen, und daß sie die von ihnen getanenen Aeußerungen bedauerten. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. Die Gemeindeverwaltung hatte übrigens im Jahre 1904 in einer eingehenden Denkschrift den geplanten Geländeankauf erörtert.

Tegel.

Keine Eingemeindung des Tegeler Sees. Die Tegeler Gemeindevertretung hat sich Dienstag mit der Frage der Eingemeindung des Tegeler Sees in Berlin beschäftigt. Es lag eine Mitteilung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vor, in welcher es heißt: „Wenn die Stadtverordnetenversammlung in Berlin auch bezüglich der Eingemeindung des Tegeler Sees einen Beschluß gefaßt hat, so sind mir doch weitere Beschlüsse oder Eingaben des Berliner Magistrats nicht zugegangen." — Der Gemeindevorsteher schloß hieraus, daß die Meldungen über eine teilweise Eingemeindung des Tegeler Sees und eines Landstreifens falsch gewesen sind und die Angelegenheit wurde dann in geheimer Sitzung weiterberaten. — Wir können demgegenüber mitteilen, daß Berlin sein Projekt noch nicht fallen gelassen hat. Tegel will nun aber Berlin zuvorkommen, indem diese Gemeinde das Gelände am See von den Berliner Wasserwerken bis zum Spandauer Schiffahrtskanal, das südlich vom See, nördlich von der Tegel-Hasselhorster Chaussee begrenzt wird und zum Gutsbezirk Jungfernheide gehört, eingemeinden will. Der Antrag liegt bereits beim Regierungspräsidenten in Potsdam. Welche Stellung der Berliner Magistrat hierzu nun einnehmen wird, bleibt abzuwarten.

Reinickendorf.

Der Vertrag über die Legung von Gas- und Wasserrohre im Reinickendorfer Terrain führte zu einem Rechtsstreit, dem die Gemeinde Reinickendorf unterlegen ist. Und zwar glaubte die Stadt Berlin, die mit der Gemeinde Reinickendorf Vertrag hatte, sie von ihrem Tegeler Gaswerk mit Gas zu versorgen, auch einen Teil für Berlin erforderlichen Gases durch Reinickendorf leiten, eventuell das Röhrennetz doriselbst erweitern zu dürfen. Diesem widersprach die Gemeinde Reinickendorf und es klagte die Stadtgemeinde Berlin auf Anerkennung des Rechtes, in Reinickendorf ein erforder-

Riches Röhrennetz legen zu dürfen. Die Klägerin behauptete, daß der Vertrag im Falle des Bedarfs dahin zu verstehen sei. Das Landgericht Berlin erkannte auf Abweisung der Klage, während das Kammergericht in Berlin die Gemeinde Reinickendorf zur Duldung der erforderlichen Rohrleitungen und deren Legung verurteilte. Gegen dieses Erkenntnis hatte die Gemeinde Reinickendorf Revision beim Reichsgericht eingelegt, aber ohne Erfolg. Das Reichsgericht hielt die Ausführungen des Kammergerichts für richtig und wies die Revision zurück.

Mit dem viergleisigen Ausbau der Nordbahn zwischen Reinickendorf-Rosenthal und Hermsdorf wird dieser Tage begonnen werden. Zu der mit dem Ausbau der Bahn erforderlichen Höherlegung des gesamten Bahnkörpers sind große Sandmengen erforderlich. Die Eisenbahn-Direktion hat zu diesem Zweck die bei der sogenannten schwarzen Brücke bei Glienicke gelegenen Sandberge von der Freiherrlich v. Veltheimschen Gutsverwaltung erworben. Die Arbeiten des Bahnausbaues zwischen Reinickendorf und Hermsdorf werden etwa 1 Jahr in Anspruch nehmen.

Berliner Nachrichten.

Zu dem berühmten Kapitel „Berliner Standesbeamte" schreibt uns ein Leser: Seit Montag ist es mir verständlich, warum so viele Menschen ängstliche Scheu zeigen, mit Behörden in Verbindung zu treten. Müßte es sich doch schon um die Ermittelung eines Kapitalverbrechers handeln, ehe ich mich jetzt entschließen könnte, meine Wahrnehmung einer Behörde mitzuteilen, von der ich eine Behandlungsweise zu gewärtigen habe, wie sie mir und verschiedenen anderen Personen Montag von einem hiesigen Standesbeamten zuteil geworden ist. Der Vorgang ist folgender:

Nachdem ich von einem mir bekannten ehrbaren Mädchen, welches einige Jahre älter ist als ihr Verlobter gebeten war, bei der Eheschließung vor dem Standesamt als Zeuge zu fungieren, war ich eigentlich auf die Bekanntschaft des Herrn Standesbeamten gespannt, der es, wie mir die Braut des weiteren mitteilte, fertig gebracht hatte, ihr in Abwesenheit ihres Verlobten von einer Verbindung mit einem erst 24 Jahre alten Manne abzuraten. Als Schreckmittel benutzte der Standesbeamte die afrikanischen Wirren, in die der Verlobte, der nebenbei gesagt Ersatzreservist ist, in seiner Eigenschaft als Militärpflichtiger noch hineingezogen werden könnte. Meine Erwartungen sollten noch übertroffen werden. Zunächst wurde einem mit mir als Zeuge fungierenden königlichen Telegraphisten in nicht gerade freundlicher Weise bekannt gemacht, daß man Privattelegraphisten überhaupt nicht kenne und daß man keine Weiterungen machen müßte, wo sie nicht angebracht wären. Sodann kam das kaum glaubliche. Dem Bräutigam wurde in kurzen Worten unter Hinweis auf die afrikanischen Wirren mitgeteilt, daß so junge Leute überhaupt noch nicht zu heiraten brauchten. Nachdem dann unsere Unterschriften dem Protokoll hinzugesetzt waren, stellte, allerdings während der Herr Standesbeamte noch sprach, der junge Mann im Flüstern an mich die Frage, ob für die Aufnahme des Protokolls Gebühren zu entrichten seien. Nun wurden wir beide darüber belehrt, daß während der Amtshandlung niemand als der Herr Standesbeamte zu sprechen hätte. Im ersten Augenblick war ich zu meinem Glück — ich sage ausdrücklich zu meinem Glück! — von dem bei dieser Gelegenheit angeschlagenen Ton so betroffen, daß ich überhaupt keine Worte finden konnte. Als ich dann im Wartezimmer meiner Entrüstung über eine solche Behandlungsweise Ausdruck gab, erhob sich eine vergrämte Frau, die ihren unmündigen Kindern einen Stiefvater geben wollte. Sie erklärte mir, daß sie sich vor einigen Tagen einer ebenso liebevollen Behandlungsweise zu erfreuen gehabt hätte und daß sie jetzt schon in der Erwartung, vor den Gestrengen treten zu müssen, zittere. In ihrem Falle war dem Herrn Standesbeamten der Erwählte — es handelte sich um einen 52jährigen, rüstigen, jeder Arbeit gewachsenen Mann — zu alt.

Vor dem Standesamt in Berlin N., Wildenowstraße, scheint eben keiner das Rechte treffen zu können. Oder finden nur die keine Gnade, die sich dem oberen Zehntausend nicht zuzählen können? Jetzt frage ich: Ziemt sich eine solche Handlungsweise für einen Standesbeamten? Ich pfeife auf eine liebenswürdige Behandlung, verlange aber eine solche, die einen Unterschied zwischen einem Kasernenhof und einer Behörde zuläßt. Ist der in Betracht kommende Standesbeamte, den ich für einen verabschiedeten Offizier halte, an der Hauptmanns- oder Majorsecke gestrandet, so halten wir Zivilisten uns doch noch für zu gut, als Blitzableiter für etwaigen Aerger dieserhalb zu dienen.

So die Zuschrift unseres Lesers. Leider können wir, wenn wir frühere Vorgänge in Betracht ziehen, auch an der Richtigkeit dieser Mitteilung kaum zweifeln. Verhält es sich mit dem Benehmen des erwähnten Standesbeamten so, wie hier geschildert worden, so ist nur das eine zu tadeln, daß der Bräutigam den Beamten nicht in seine Schranken gewiesen hat. Kommt der Mann in künftigen Fällen mit unpassenden Einwänden, so möge der Bräutigam ihm kurz und bündig antworten, daß er seine Pflicht tun und sich nicht um Dinge scheren solle, die ihn nichts angehen.

Untergrundbahn Potsdamerplatz—Alexanderplatz und Schwebebahn Gesundbrunnen—Rixdorf. Die Unterkommission, welche von der Verkehrsdeputation eingesetzt ist, um die von der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft und der kontinentalen Gesellschaft eingereichten Projekte auf Weiterführung der Hochbahn als Unterpflasterbahn nach dem Spittelmarkt, und auf Errichtung einer Schwebebahn Gesundbrunnen—Rixdorf vorzuberaten, hat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters nach vierstündiger Beratung beschlossen, der Verkehrsdeputation, die für nächsten Montag berufen ist, vorzuschlagen: 1. das Projekt der Hochbahngesellschaft Potsdamerplatz—Leipzigerplatz—Voßstraße—Wilhelmsplatz—Taubenstraße—Hausvogteiplatz—Niederwallstraße—Spittelmarkt, Wallstraße—Alexanderplatz unter Abänderung einiger der vorgeschlagener Vertragsbedingungen den Gemeindebehörden zur Genehmigung zu empfehlen. 2. Das Projekt der Schwebebahn einer bautechnischen Prüfung durch die städtische Bauverwaltung unterziehen zu lassen. —

Aus Anlaß der Aussperrung in der Elektroindustrie hatte die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat ersucht wurde, Schritte zu tun, um die Beschäftigung von Feuerwehrleuten an Stelle der Ausgesperrten zu verhindern. Die Beratung dieses Antrages wurde für die diesswöchentliche Sitzung zurückgestellt. Er ist jetzt der veränderten Sachlage entsprechend in folgender modifizierten Form eingebracht worden: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, Schritte zu tun, um die Beschäftigung von Feuerwehrleuten in der Privatindustrie aus Anlaß von Streiks und Aussperrungen zu verhindern."

Eis für Krankenzwecke. Der Geschäftsausschuß der ärztlichen Standesvereine wird sich in seiner nächsten Sitzung mit einem Antrage beschäftigen, der eine Verfügung fordert, daß in den Apotheken Eis besonders am Sonntag vorrätig gehalten werde. Begründet wird der Antrag mit einem Hinweis darauf, daß es seit Geltung der Polizeiverordnung über die Sonntagsruhe im Eishandel unmöglich sei, an Sonn- und Feiertagen Eis in größerer Menge käuflich zu erhalten.

Eine neue Polizeiärztin. Beim Berliner Polizeipräsidium ist seit kurzem Frau Dr. med. Natalie Ferchland als Aerztin angestellt. Es liegt ihr die Untersuchung der zum erstenmal eingelieferten zweifelhaften weiblichen Personen ob. Die Stellung wurde vor fünf Jahren geschaffen, um die Möglichkeit auszuschließen, daß unschuldige Frauen zwangsweise von männlichen Aerzten untersucht werden, doch mußte sie damals in Ermangelung von Aerztinnen deutscher Approbation mit einer in der Schweiz approbierten Medizinerin besetzt werden, der deshalb, des leidigen Zopfes wegen, nicht alle Funktionen der männlichen Polizeiärzte zugestanden werden konnten. Immerhin ist es interessant, daß eine Aerztin, der nach der Anschauung der Zunft das Prädikat einer Kurpfuscherin zukam, in amtlicher Eigenschaft tätig war.

In Herzberge ist jetzt ein früherer Werkmeister Schielein, der einige zwanzig Einbrüche verübt hat. Schielein, der wegen Diebstahls schon vorbestraft ist, war früher auf größeren Werken angestellt und hatte sich damals über die Verhältnisse seiner Mitarbeiter genau unterrichtet. Diese Kenntnisse nutzte er aus, nachdem er auf die schiefe Ebene geraten war. Seit August v. J. außer Stellung, erwarb er seinen Lebensunterhalt im wesentlichen durch Einbrüche, mit denen er namentlich seine früheren Kollegen heimsuchte. Den letzten Zug machte er bei einem Werkmeister in Moabit, dem er Sparkassenbücher, Wäsche und allerhand Wirtschaftssachen stahl. Bei dem Versuch, silberne Messer und Gabeln an den Mann zu bringen, wurde er festgenommen. Nach einem mißlungenen Selbstmordversuch wurde er nach der Charité gebracht und von dort nach Herzberge, wo sein Geisteszustand beobachtet wird. Viele Sachen, die der Einbrecher an verschiedenen Stellen erbeutet und dann versetzt hatte, konnten den Eigentümern wieder zugestellt werden, andere dagegen sind noch herrenlos, so eine Menge Plüschdecken und Wäschestücke, die Schielein nach Entfernung der Zeichen bei Gast- und Schankwirten untergestellt hatte, um sie bei Gelegenheit abzuholen.

Ein Familiendrama in der Pücklerstraße endete Dienstag nachmittag mit dem Tode von Mutter und Kind. In dem Hause Nr. 8 wohnt seit 6 Jahren im vierten Stock des Quergebäudes der 34 Jahre alte Schlosser Konrad Sucker mit seiner 29 Jahre alten Frau Hulda, geb. Hilbig, und seinem zwei Jahre alten Sohne Kurt. Sucker war in erster Ehe mit einem Dienstmädchen verheiratet. Seine Frau starb schon nach zwei Jahren an der Schwindsucht. Ein Jahr später heiratete er Hulda Hilbig, die als Tochter eines Steuerbeamten zu Teklinow im Kreise Schildberg geboren wurde und in Berlin als Näherin arbeitete. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor. Sie war glücklich, bis vor 1½ Jahren der älteste Sohn Albert im Alter von drei Jahren starb. Seitdem hatte Sucker eine Abneigung gegen seine Frau, obwohl sie an dem Tode des Knaben durchaus keine Schuld trug. Der Widerwillen wurde immer größer, soviel sich auch Frau Sucker Mühe gab, durch ein freundliches Wesen und Ordnung in der Häuslichkeit die Zuneigung ihres Mannes wiederzugewinnen. Am Sonnabend abend wurde Sucker aus seiner Arbeit in einer Fabrik in Moabit entlassen. Er blieb die ganze Nacht weg und kam erst am Sonntag nachmittag um 3 Uhr nach Hause. Die Entlassung verschwieg er seiner Frau. Nach einem heftigen Zank, der sich hieran anknüpfte, legte sich Sucker schlafen. Am Montag morgen um 6 Uhr ging er wieder weg und kam die nächste Nacht abermals nicht nach Hause. Dienstag vormittag um 11 Uhr brachte der Postbote einen Brief für Sucker. Seine Frau öffnete ihn und fand darin den Entlassungsschein ihres Mannes. In großer Aufregung teilte sie ihrer Nachbarin diese Ueberraschung mit. Als diese sie verlassen hatte, ging sie an die Tat. Als die besorgten Hausgenossen die Wohnung hatten öffnen lassen, fanden sie die Frau auf dem Sofa und ihren Sohn im Kinderwagen. Beide waren tot. Frau Sucker hatte den Knaben und sich selbst mit Lysol vergiftet. Ein Rest des Giftes stand in einer Flasche auf dem Küchentische. Sucker kehrte erst um 3 Uhr nachts nach Hause zurück. Die Leichen waren unterdessen schon nach dem Schauhause gebracht worden.

Zwei Opfer des Eisenbahndienstes. Der Eisenbahnschaffner Heinrich Finke aus Charlottenburg hatte Dienstag abend einen Südringzug im Dienstcoupé zu begleiten. Als um ¾8 Uhr der von Halensee nach dem Potsdamer Bahnhof kursierende Zug auf der Station Schmargendorf eintraf, wurde Finke vermißt. Man hatte ihn zuletzt auf der Station Halensee den Zug besteigen sehen. Die Nachforschungen ergaben, daß F. unmittelbar nach der Ausfahrt aus Halensee von dem Zuge abgestürzt sein und einen grausigen Tod erlitten haben muß. Teile seines Körpers fand man auf dem Bahndamm an den Schienen liegen. Der Unglückliche muß eine Strecke weit vom Zuge mitgeschleift worden sein, wobei ihm der Kopf vom Halse getrennt wurde. Ob F. von dem Zuge, den er zu begleiten hatte, überfahren worden ist oder von einem anderen, in entgegengesetzter Richtung fahrenden Zuge beim Absturz aus dem Coupé erfaßt wurde, konnte nicht festgestellt werden. Unaufgeklärt ist es auch, auf welche Weise F. aus dem Coupé gestürzt ist. — Ein ähnlicher Unglücksfall ereignete sich gestern früh in der Nähe der Station Wildpark. In der fünften Morgenstunde wollte der in Golm bei Potsdam wohnhafte 66jährige Bahnwärter Karl Pleßner beim Bahnübergang Viktoriastraße 43, unmittelbar vor der Wildparkstation, das Gleis überschreiten. Bei der Dunkelheit und dem vorherrschenden Nebel bemerkte er das Herannahen der Lokomotive eines Rangierzuges nicht. Er wurde von der Maschine erfaßt und derart zermalmt, daß er unkenntlich wurde. Erst durch einen in der Kleidung vorgefundenen Zettel war es möglich, die Persönlichkeit des Getöteten festzustellen. Der Verunglückte, der Vater von fünf zum Teil noch unerwachsenen Kindern ist, wollte sich im nächsten Jahre pensionieren lassen.

In einer Strafsache wegen Streikvergehens ergeht an die Arbeiter, welche 1903 während der Aussperrung bei der Firma Stabernack u. Co. in Tempelhof vorstellig wurden, hiermit die Bitte, ihre Adresse baldigst der Redaktion des „Vorwärts" zu übermitteln.

Die Freie Volksbühne veranstaltete am letzten Sonnabend im großen Saale der Brauerei Friedrichshain ihr Herbstfest. Das reichhaltige musikalische Programm wurde durch treffliche Künstler und Künstlerinnen zu erfreulicher Ausführung gebracht. Zwar war das Programm nicht aus einem einheitlichen Gesichtspunkte aufgestellt und konnte daher auch nicht die einheitliche Stimmung der Genießenden auslösen, die zu bewirken das Ziel solcher Veranstaltungen bleiben muß, aber die einzelnen Vorträge waren durchweg interessant und fesselten die Volksbühnengemeinde, die sich recht zahlreich eingefunden hatte. Neben dem Konzertsänger Herrn Alexander Dallmann und der Konzertsängerin Frau Pfänder-Frühe erfreute der Battlesche gemischte Chor, unter Leitung seines Dirigenten Herrn Max Battke, durch treffliche Darbietung von Bruchs Schön Ellen und Mendelssohns Loreley-Finale. In Frl. Pommerenk lernte die Volksbühne eine ganz ausgezeichnete Pianistin kennen; sie und der Violinist Herr Alfred Wittenberg brachten eine der eigenartigsten und packendsten Schöpfungen Beethovens, die Kreutzersonate zu vollendeter Wiedergabe. An den Kunstteil schloß sich der Festball. Das anregende Herbstfest gibt Gewähr, daß die Leitung der Freien Volksbühne auch im kommenden Winter neben den Theater-Vorstellungen ihren Mitgliedern mannigfaltige reiche Kunstfreude und edle Geselligkeit bereiten wird.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wildenschaft der Technischen Hochschule zu Charlottenburg. Der zehnte Lehrgang (Winter 1905/06) beginnt am 30. Oktober in der Gemeindeschule III zu Charlottenburg, Schloßstraße 2. Abgehalten werden folgende Kurse: Deutsch, Schreiben, Aus der modernen Literatur, Rechnen, Algebra (Rechnen mit unbestimmten Zahlen), Geometrie, Ausgewählte Kapitel aus der Mechanik, Uebungen im Zeichnen, Praktische Einführung in die Strafprozeßordnung, Gesundheitslehre. Daneben werden veranstaltet Exkursionen nach gewerblichen und ähnlichen Anlagen mit Vorträgen; Museumsführungen; gemeinschaftliche Theaterbesuche. Teilnehmergebühr für jeden Kursus (bis zum 16. März) 50 Pf. Anmeldungen werden am 28. Oktober, abends von 8½—9½ Uhr in der Gemeindeschule III entgegengenommen. Programme sind erhältlich vom Ingenieur W. Wagner, Berlin W. 35, Flottwellstraße 6.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Freitag, den 20. d. M., abends 8½ Uhr, Herr Privatdozent Dr. Roloff seinen Vortragskursus über „Allgemeine Kolonialgeschichte seit der Entdeckung Amerikas" in der Aula des Französischen Gymnasiums, NW. Reichstags-Ufer 6. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. (für alle sechs Abende) sind zu haben bei: Georg Belling, W. Leipzigerstr. 128; A. Schütz, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, O. Sophienstr. 20; F. E. Lederer, W. Kurfürstenstraße 70; Bernhard Staar, SW. Friedrichstr. 5; Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, SW. Dessauerstr. 14 (8—3 Uhr).

Zweck und Nutzen einer Arbeiterorganisation lautet das Thema einer öffentlichen polnischen Versammlung, die Sonntag nachmittag 2 Uhr in der Brauerei Patzenhofer, Moabit, Turmstr. 24, stattfindet. Die Agitationskommission der P. P. S. ersucht uns, auf diese Versammlung hinzuweisen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29, Hamburg.), Filiale Rummelsburg. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Gustav Tempel, Boxhagenerstraße Ecke der Neuen Bahnhofstraße.

Zentralverband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Rixdorf. Mitglieder-Versammlung bei Schmidt vorm. Hoppe, Berlinerstr. 14, abends 10 Uhr.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 10 Uhr, Rosenthalerstr. 11/12: Versammlung. Vortrag: Partei und Gewerkschaft.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend beginnt der Kursus in der 4. Abteilung in Lichtenberg, Schul-Aula, Kronprinzenstraße, pünktlich 9 Uhr. Vortrag über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers.) Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Strafe. Strafen sind alle Strafen, auch Geldstrafen und dergleichen. Wird ein Zeuge nach etwaiger Bestrafung befragt, so hat er alle Strafen, die ihn wegen einer Straftat betroffen haben, anzugeben; ob dieselben wegen Verletzungen der Straßenpolizeiordnung oder wegen Reisigsammeln oder weshalb sonst auferlegt sind, ist für die Beantwortung der Frage gleich. In der Regel wird ein Zeuge nicht nach etwaiger Bestrafung befragt, mit Ausnahme der Bestrafung wegen Meineids. Will der Zeuge mit Sicherheit nicht befragt werden, so teilt er seine Strafen vor dem Termin schriftlich dem Gericht mit und beantragt, ihn nicht wegen der Strafen in dem Termin fragen zu lassen. — **H. L. 14.** Den zu Unrecht erforderten Betrag sowie einen der Stempelstrafe gleichkommenden können Sie einbehalten. — **Richard 7—8.** Ist wegen der Fälligkeit nichts vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist des Darlehns, auch wenn es eingetragen ist, bei Summen bis 300 M. einen, bei größeren Summen drei Monate. — **G. M.** Sie können als Weiterversicherer Marken einer Klasse kleben, welche Sie wollen. — **1890.** 1. und 2. Ja. — **E. B. 95.** Nein. — **N. K. 59.** Den Weg zur Erlangung des Armenrechts finden Sie S. 524, 592 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts verzeichnet. Ehescheidungsgründe, die dem beleidigten Ehegatten 6 Monate lang bekannt waren, können in einer Ehescheidungsklage nicht mehr geltend gemacht werden. Sie gelten als verziehen. — **A. B.** 1. und 3. Ja. 2. Nein. — **M. N. 315.** Ein Invalidenrentner kann so viel verdienen als er in der Lage ist; eine Grenze gibt es nicht. — **Child.** Ein zwecks Abfindung wegen Alimentenforderung des Kindes geschlossener Vergleich bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht. Persönliche Anwesenheit des Vaters bei der Auszahlung ist nicht erforderlich. Wird ein Vergleich ohne vormundschaftsgerichtliche Genehmigung geschlossen, so ist Nachforderung zulässig. — **J. K. 59.** Den Grund der Notierung erkennen auch wir nicht. Ihre Beschwerde war an eine durchaus falsche Adresse gerichtet. Glauben Sie, daß die innere Einrichtung der H.-B.-Schule Aenderungen bedarf, so wenden Sie sich an einen der Stadtverordneten oder an die Stadtverordneten-Fraktion.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—71 pr. 100 Pfund, IIa 58—63, IIIa 52—57, IVa 43—50. Kalbfleisch Ia 86—93, IIa 75—85, IIIa 62—72, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 50—60. Schweinefleisch 69—76. Rotwild Pfund 35—50 Pf. Hasen Stück 3,00—4,00, klein 1,25—2,50. Kaninchen Stück 0,50—1,00. Krammetsvögel 20—22 Pf. Rebhühner, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,60—0,90, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,70—0,90, alte IIa 0,00—0,00. Hühner, alte 1,40—1,80, junge 1,00—1,40 das Stück. Tauben, junge 0,35—0,50, alte 0,30—0,35. Enten, junge 1,40—2,00. Gänse Ia, 3,50—4,20, IIa 2,50—3,00 per Stück, Ia 0,55—0,60, IIa 0,40—0,54 per Pfund. Hechte 95—104 M., Schleie, unsort. 91—113, Aale, groß 00,00, mittel 00,00 M. Plötzen 00—00 M. Karpfen 00—00, Lachs 00,00, Schellfische 22—28, Flunder 19—21 M. pro 100 Pfund. Schottische Vollheringe (gesalzen) 36—38 M. Krebse, kleine, Schock 00—00, unsortiert 00,00 M. Eier, Schock 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 115—120, IIIa 110—115, abfallende 100—108. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 1,90—2,20, Rosen 1,50—1,75, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schock 4,00—7,00, Weißkohl 4,00—6,00, Rotkohl 4,00—6,00, Saure Gurken, neue Schock 2,—.

Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	758	WSW	5	Regen	5	Haparanda	759	NW	2	wolkenl	—6
Hamburg	759	WSW	4	bedeckt	4	Petersburg	762	OSO	1	Nebel	—1
Berlin	761	WSW	2	wolkenl	2	Scilly	763	O	4	bedeckt	9
Frankf. a. M.	763	SW	3	wolkig	3	Aberdeen	765	WNW	2	heiter	2
München	765	SW	1	wolkig	—1	Paris	766	S	1	heiter	2
Wien	765	NO	1	wolkenl	1						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. Oktober 1905.

Ziemlich kühl bei schwachen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 17. Oktober. Elbe bei Aussig + 1,37 Meter, bei Dresden — 0,18 Meter, bei Magdeburg + 2,72 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 3,40 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,86 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,10 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,86 Meter, bei Frankfurt + 1,69 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 2,52 Meter. — Warthe bei Posen + 0,52 Meter. — Netze bei Ulsch —,— Meter.

METZNER
Kinderwagen

Korbwaren, Bettstellen
Grösstes Lager Berlins
Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
Verkauf fast in Fabrikgebäuden.
1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein grösseres Belehnungs Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist.
Katalog gratis.

Aeltestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer

Charlottenburg.
F. Kunstmann,
nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.

Großes Lager
Reparaturen schnell und billig.
Billige Preise. 1692*

August Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63,
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen
Spezial-Geschäft. Gegr. 1872.

Otto Bredow, Rixdorf, Hermannstr. 56.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
Putz- und Modewaren.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.